...enstag, 15. Februar 1983 - D ***
...tblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
...en 38,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, ...britannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 38 - 7.W. - Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 100 Pts. Kanarische Inseln 125 Pts.

In Dresden bekennen Tausende ihren Willen zum Frieden

In vier Kirchen kritische Gespräche über Militarisierung in der „DDR"

dpa/AP/dw, **Dresden/Bonn**

Ungeachtet massiver Warnungen und Drohungen durch die staatlichen Instanzen der „DDR" haben Tausende von Jugendlichen in Dresden ihr von der offiziellen Ostberliner Linie abweichendes Friedensengagement bekundet. Zum 38. Jahrestag der Bombardierung Dresdens drückten sie ihre tiefe Beunruhigung über die wachsende Militarisierung des Lebens in Mitteldeutschland aus.

Der Landesjugendpfarrer der Evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens, Harald Bretschneider, beschrieb die Situation so: Die Angst vor der Militarisierung in aller Welt, „aber auch in unserem Land", habe zu einem „erstaunlichen Friedensengagement" geführt. Er sprach auf einer kirchlichen Veranstaltung in Dresden und berichtete, viele kritische Basisinitiativen und andere Aktionen hätten einen „immens wirksamen Zuspruch". Dies habe manches in Bewegung gebracht. Die Wurzeln dieses Engagements sah der evangelische Pfarrer in der Gewissensnot junger Menschen zwischen dem Anspruch des Staates auf Verteidigungsbereitschaft und der Einsicht in die Aussichtslosigkeit einer Friedenssicherung, die auf militärische Überlegenheit setze.

Es habe zwar auch Resignation gegeben, fügte Bretschneider hinzu, doch die Zahl jener, die sich weiter um ein Friedenszeugnis bemühen, sei erstaunlich. Der Pfarrer sprach in der Annenkirche, in der Fragen zu aktuellen Problemen der Friedensarbeit beantwortet wurden. Ein erheblicher Teil der Fragen galt einem waffenlosen Wehrdienst und der vormilitärischen Ausbildung in den Bildungseinrichtungen.

Eines der drängenden Probleme ist dabei offenbar die obligatorische Schießausbildung in den zum Abitur führenden Oberschulen. Jugendliche Verweigerer könnten von der Schule verwiesen werden, womit ihnen auch der Weg zum Studium versperrt sei, wurde während der Veranstaltung erklärt. Eine der Fragen lautete deshalb: „Riskieren wir nicht, daß in einigen Jahren kaum noch christliche Intelligenz in der DDR existiert?" Andere Fragen bezogen sich auf das persönliche Verhalten junger Bürger in Mitteldeutschland. Etwa: „Wie kann ich mich verhalten, wenn ich bei der Einberufungsüberprüfung vor die Alternative gestellt werde: Armee oder Gefängnis?"

Der „DDR"-Staatssicherheitsdienst hat offenbar im Vorfeld dieser kirchlichen Veranstaltung versucht, potentielle Teilnehmer von einer Mitwirkung abzuhalten. „Ist Ihnen bekannt, daß Studenten der Technischen Universität Dresden unterschreiben mußten, daß sie nicht zu den heutigen kirchlichen Veranstaltungen gehen würden?" stand auf einem Zettel.

Wie während der Veranstaltung in der Annakirche bestätigt wurde, gab es in jüngster Zeit eine größere Anzahl von Prozessen und Verurteilungen Wehrpflichtiger, die aus Gewissensgründen beantragt hatten, einen waffenlosen Dienst zu leisten, jedoch zum Waffendienst einberufen wurden und diesen ablehnten. In der „DDR" gibt es im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland keinen zivilen Ersatzdienst. In den Baueinheiten der Streitkräfte soll aber ein waffenloser Dienst aus religiösen oder ähnlichen Gründen möglich sein.

Der frühere Bischof Albrecht Schönherr sagte in einer der Veranstaltungen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens, die Christen in der „DDR" hätten auch eine Mitverantwortung in ihrer Gesellschaft. Diese könne nicht so wie in einer Demokratie oder pluralistischen Gesellschaft wahrgenommen werden, sondern im Be-

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Friedensengagement

GERNOT FACIUS

Die Veranstaltungen galten der Erinnerung an die Vergangenheit, der Bombardierung Dresdens vor 38 Jahren. Aber die Botschaft betrifft die Gegenwart: Diejenigen, die in Mitteldeutschland inmitten einer militarisierten Umwelt ihr Friedensengagement bekennen, denken nicht an Resignation oder gar an Rückzug.

Wenn etwa 4000 Jugendliche sich an Friedensgesprächen in vier Gotteshäusern der Stadt beteiligen, wenn 2000 junge Menschen zu einer ökumenischen Feierstunde in die Dresdner Hofkirche kommen, dann beweisen diese Zahlen eine tiefe Verwurzelung der Friedenssehnsucht in der Bevölkerung. Der Januar-Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zur Friedensproblematik war auch ein Indiz dafür: Die Menschen wollen, daß ihre kirchlichen Autoritäten die wachsende Militarisierung des Lebens beim Namen nennen.

Die Machthaber reagieren auf ihre bekannte Art. Die Dresdner Stadtleitung der Einheitspartei SED stellte den Jugendlichen eine „Friedensmanifestation" entgegen, bei der alle Vokabeln der offiziellen Ostberliner „Friedenspolitik" deklamiert wurden. „Mahnwachen" der Jugendorganisation FDJ wurden vor der Ruine der Frauenkirche postiert. Nicht zur Erinnerung an die Bomben vom Februar 1945 vielmehr sollten die Fackeln der FDJ einschüchtern, spontane Demonstrationen unterdrücken. Denn die Lichterprozession vom Februar 1982 hatte den Staatssicherheitsdienst aufgeschreckt. Aber auch dies gehört zu den Nachrichten aus Dresden: Gruppen junger Christen ließen sich von dem Staats-Aufgebot nicht beeindrucken.

Die evangelische Kirche hatte auch diesmal eine Möglichkeit gefunden, wie jugendlicher Protest sich äußern konnte, ohne daß die Protestierenden Gefahr liefen, unversehens mit der Staatsmacht zu kollidieren. Auf Zetteln wurden „Anfragen" an Frauen und Männer der Kirche eingereicht; der Fragende brauchte so nicht seine Identität preiszugeben. Doch auch in der Anonymität blieben die Ängste der Menschen nicht verborgen. Auch in der „DDR", das spiegeln die Fragen und Hinweise wider, hat sich nach dem Amtsantritt Jurij Andropows in Moskau der Druck auf regimekritische Bürger verschärft.

In Jena werden fast Tag für Tag junge Menschen verhaftet, die sich kritisch zur „Friedenspolitik" der SED äußern. Angesichts solcher bedrückender Fakten ist der unerschrockene friedliche Protest von Dresden, um den Jugendpfarrer Harald Bretschneider zu zitieren, ein „erstaunliches Friedensengagement".

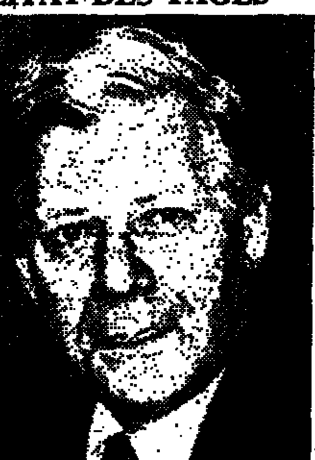
POLITIK

...G Metall: Vor ...em 6. März ...assiver Druck

gba, **Bonn**

...s für Tarifpolitik zuständige ...tandsmitglied der IG Metall ...s Janßen rechnet nicht mit einem Tarifabschluß vor dem Aus...en der Friedenspflicht am 28. ...uar. Für die Zeit „unmittelbar ... Auslaufen der Friedens...ht" – also in den Tagen vor ... Wahltermin am 6. März – ruft ...en in der jüngsten Ausgabe ... Funktionärszeitschrift „Der ...erkschafter" deshalb zu „mas...n Aktionen" auf. In allen Tarif...eten müsse die IG Metall dann ...ssiv Druck machen". Janßen ...rt die Funktionäre in diesem ...el weiterhin auf, „die nahtlose ...einstimmung zwischen den ...ommenspolitischen Vorstel...en der Arbeitgeber und der ...ervativen Politiker" mit allem ...druck deutlich zu machen. So ...e man darauf hinweisen, „daß ... nicht am Sonntag den ‚Lohn...en-Minister' Blüm und seine ...i wählen und am Montag von ...G Metall die Verhinderung der ...pause erwarten" könne. Die ...tgeber und ihre „politischen ...rshelfer" machten die Ver...fung der ökonomischen mit ... politischen Auseinanderset... notwendig.

...ITAT DES TAGES



...h will Vogel nicht die ...cheinwerfer wegnehmen.

...rühere Bundeskanzler Helmut ...idt im Wahlkampf zu der Frage, ...n er sich so zurückhalte.
FOTO: WEREK

...t für Bürgerrechtler

DW. **Bonn/Moskau**

... 48jährige Moskauer Mathe...ker und Publizist Vadim Jan...st zu vier Jahren Lagerhaft und ...Jahren Verbannung verurteilt ...en. Das Urteil wurde – wie erst ... bekannt wird – bereits am 21. ...ar gefällt. Dies teilte die Gesell...t Kontinent e. V. in Bonn mit. ...ow war im August letzten Jah...nter dem Vorwurf der „antiso...schen Agitation und Propa...a" verhaftet worden. Zur Last ...t wurden ihm neben veröffent...en Aufsätzen in der Zeitschrift ...tinent" auch ein 40 Seiten lan...Offener Brief an die russischen ...iter" zu den Ereignissen in ...

...führer verurteilt

dpa, **München**

...r dem Münchner Landgericht ... zwei Arbeiter aus Krakau, die ...ugust 1982 eine Linienmaschi...er polnischen Luftfahrtgesell...ft LOT mit einer Bombenat...e zur Kursänderung nach ...chen gezwungen hatten, zu je ...inhalb Jahren Haft verurteilt ...len. Der Richter befand die ...en Polen eines „Verbrechens ...Angriffs auf den Luftverkehr in ...n minderschweren Fall" für ...ldig.

...hlen in Assam

dpa, **Neu-Delhi**

... nordostindischen Bundes... Assam haben gestern unter ...fen Sicherheitsvorkehrungen ...en für ein neues Landesparla... begonnen. Von den mehr als ...Kandidaten, die sich um die 122 ...mentssitze bewarben, gehö...ie meisten der Kongreßpartei ...Ministerpräsidentin Gandhi an. ... großen Oppositionsparteien ...ottieren die Wahl, die in drei ...pen durchgeführt wird. Bluti...useinandersetzungen um die ... haben seit Anfang Februar ...ts 92 Opfer gefordert.

Moskau vergibt Großauftrag an Hitachi-Konzern

dpa/VWD, **Tokio**

Moskau will den japanischen Elektronikkonzern Hitachi mit dem Bau einer Produktionsanlage für Farbfernseher in der Sowjetunion beauftragen. Wie ein Hitachi-Sprecher gestern bestätigte, sollen die Verhandlungen in Kürze beginnen. Das Unternehmen gab keine weiteren Einzelheiten bekannt. In einem Bericht der Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai" war von einem Auftragsvolumen von mehr als 64 Millionen Dollar (rund 157 Millionen Mark) und einer jährlichen Kapazität von 400 000 Geräten die Rede. Es wäre der erste sowjetische Großauftrag für die japanische Elektronikindustrie. Vertreter von Hitachi werden auch in der 220 Mann starken Delegation mitreisen, die die japanische Industrie- und Handelskammer Ende des Monats unter ihrem Präsidenten Shigeo Nagano für fünf Tage nach Moskau schickt. Es ist die größte private Wirtschaftsdelegation, die Japan in den Ostblock entsendet. Sie soll versuchen, den im Zuge der Afghanistan- und Polen-Krisen reduzierten Wirtschaftsbeziehungen neuen Auftrieb zu geben. Wie es heißt, folgt Nagano einer Einladung aus Moskau.

Lüders entlassen

dpa, **Santiago**

Der chilenische „Super-Minister" Rolf Lüders ist gestern von Staatspräsident Pinochet entlassen worden. Neuer Finanzminister wurde der bisherige Zentralbankpräsident Caceres, neuer Wirtschaftsminister Martin, der bisher kein öffentliches Amt innehatte. Mehrere Oppositionspolitiker und Gewerkschaftsführer hatten vor sieben Tagen eine Verfassungsklage gegen Lüders wegen der staatlichen Intervention und Liquidierung einer Reihe von Banken eingereicht.

Massaker in Zimbabwe

AP, **New York**

In der Provinz Matabeleland in Zimbabwe sollen Regierungstruppen etwa 500 Zivilisten standrechtlich erschossen haben. Nach einem Bericht des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Newsweek" sollen die Truppen von Ministerpräsident Mugabe entsandt worden sein, nachdem es in Matabeleland zu Überfällen und Entführungen durch Verbände des Matabele-Stammesführers Nkomo gekommen war.

WIRTSCHAFT

Entscheidung im März

rtr, **München**

Das Bundeskartellamt wird voraussichtlich Anfang März über die beantragte 75,5prozentige Beteiligung des französischen Staatskonzerns Thomson-Brandt an der Grundig AG entscheiden. Dies hat ein Sprecher der Wettbewerbsbehörde angekündigt. Zu der vom bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann vorgeschlagenen Alternative – einer Kooperation von Siemens, Bosch, Thomson-Brandt und Philips bei dem Fürther Unternehmen – wollte das Kartellamt keine Stellungnahme abgeben, da ein solches Modell bisher nicht angemeldet worden sei. Seite 9

Rekord bei Porsche

AP, **Stuttgart**

Mit einem Rekordergebnis bei Umsatz und Ertrag hat der Stuttgarter Sportwagenhersteller Porsche das Geschäftsjahr 1981/82 abgeschlossen. Der Gesamtumsatz wuchs um 28 Prozent auf 1,49 Milliarden Mark. Seite 11

Aktien uneinheitlich

DW. **Frankfurt**

Bei ruhigem Geschäft entwickelte sich am Aktienmarkt keine einheitliche Tendenz. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 114,0 (113,7). Dollarmittelkurs 2,4205 (2,4052) Mark. Goldpreis pro Feinunze 500,50 (504,40) Dollar.

WETTER

Nachtfrost

DW. **Essen**

Im Norden sonnig bei Temperaturen um minus 3 Grad. Im Süden neblig und zeitweise Schneefall, Temperaturen bis minus 5 Grad.

Arens wird Verteidigungsminister

„Time": Sharon soll mit Amin Gemayel über Rache der Falangisten gesprochen haben

DW. **Jerusalem/Washington**

Israels Botschafter in den USA, Moshe Arens, wird die Nachfolge Ariel Sharons als Verteidigungsminister antreten, sobald das Parlament seine Nominierung bestätigt hat. Dies hat die Kanzlei von Ministerpräsident Begin gestern in Jerusalem bestätigt.

Arens, der in den nächsten Tagen nach Israel zurückkehrt, gilt wie Sharon als „Falke". Er lehnte 1979 den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag ab und war auch gegen die Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten. Doch erklärte Arens am vergangenen Wochenende in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen: „Ich haben eingesehen, daß Camp David Bestandteil unserer Politik geworden ist, und deswegen habe ich meine Opposition gegen die Vereinbarungen aufgegeben."

In einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft NBC wandte sich Arens gegen einen „verfrühten Abzug" der israelischen Truppen aus Libanon, der ein „furchtbarer Fehler" wäre. Israel müsse erst einmal völlig sicher sein, daß Libanon nicht erneut zu einem „Stützpunkt für PLO-Terroristen" werde. Kurz zuvor hatte der amerikanische Vizepräsident George Bush in einer CBS-Sendung erneut dringend zu einem schnellen Abzug der israelischen, syrischen und palästinensischen Streitkräfte aus Libanon aufgerufen. Zugleich äußerte sich Bush „sehr besorgt" über die Spannungen zwischen den USA und Israel.

Ariel Sharon hat sich gestern in Tel Aviv mit militärischem Zeremoniell von seinen Mitarbeitern im Verteidigungsministerium verabschiedet. Vor Soldaten aller Waffengattungen bezeichnete Sharon die israelischen Streitkräfte als die „Armee mit den höchsten moralischen Werten".

In einem nicht veröffentlichten Abschnitt des Berichts der israelischen Untersuchungskommission über die Massaker an tausend Palästinensern in Beirut soll Sharon schwerer belastet worden sein als bisher bekannt wurde, meldet das US-Nachrichtenmagazin „Time". Einen Tag nach der Ermordung des designierten libanesischen Staatspräsidenten Beshir Gemayel sei Sharon mit der Familie von dessen Bruder Amin, dem heutigen Staatschef, zusammengetroffen.

Bei „Time" heißt es dazu: „Sharon soll den Gemayels gesagt haben, daß die israelische Armee nach West-Beirut einrücken werde, und daß er das Einrücken der christlichen Streitkräfte in die palästinensischen Flüchtlingslager erwarte. Sharon soll mit den Gemayels auch erörtert haben, daß für die Falangisten die Notwendigkeit bestehe, den Mord an Beshir zu rächen."

Dies sei eine „infame Lüge", ließ Sharon dem israelischen Rundfunk „im Namen der Kanzlei des Verteidigungsministers" mitteilen. Eine Stunde später erklärte jedoch der staatliche Pressedienst, daß „das Verteidigungsministerium den Bericht von ‚Time' nicht offiziell dementiert hat".

Sharons Sprecher Uri Dan hat durchblicken lassen, der Minister habe nach wie vor Ambitionen, nach einem Ausscheiden Begins aus der Politik Ministerpräsident zu werden.

Seite 2: Israels Demokratie

Massen-Demonstration in Warschau für „Solidarität"

Einigen Priestern ist der Primas zu kompromißfreudig

AFP/AP/KNA, **Warschau**

Eine Kundgebung für die verbotene polnische Gewerkschaft „Solidarität" und gegen das Militärregime, an der mehrere tausend Warschauer Bürger teilnahmen, ist von Zomo-Sondereinheiten der Miliz auseinandergetrieben worden.

Dabei setzte die Miliz Tränengasgranaten gegen die Demonstranten ein. Die Kundgebung fand auf den Tag genau 14 Monate nach Verhängung des inzwischen ausgesetzten Kriegsrechts über Polen statt. Die Miliz nahm mehrere Personen fest. Angehörige der Zomo-Truppen schlugen auf zwei ältere Frauen ein.

Ein erster Demonstrationszug hatte sich am Sonntag nach einem Gottesdienst in der St.-Josephs-Kirche gebildet, zu dem ehemalige Internierte aufgerufen hatten. Zunächst verhielt sich die in Seitenstraßen aufgefahrene Miliz passiv. Die Demonstranten zogen dann zur Heilig-Kreuz-Kirche, wo eine weitere Messe gelesen wurde. Dabei riefen sie in Sprechchören: „Nieder mit der Junta, hinaus mit der Junta, die Militärregierung auf den Roten Platz, die neuen Gewerkschaften auf den Friedhof, hier ist Polen!" Die mehrtausendköpfige Menge rief auch den Namen Lech Walesas und des Untergrundführers der „Solidarität", Zbigniew Bujak.

Nach dem Gottesdienst in der Heilig-Kreuz-Kirche formierte sich ein neuer Demonstrationszug. Die Kundgebungsteilnehmer versuchten, den Schloßplatz im Zentrum Warschaus zu erreichen, als die Miliz eingriff.

Der Primas der katholischen Kirche Polens, Jozef Kardinal Glemp, hat gestern bei einer Predigt in der Warschauer Andreas-Kirche seinen Kurs gegenüber Partei und Regierung gerechtfertigt. In seiner ersten Predigt seit seiner Ernennung zum Kardinal sagte Glemp, manche Leute meinten, der Primas solle „streitbarer und schärfer" auftreten. Die Kirche müsse jedoch den Leitsätzen des Evangeliums treu ergeben sein. „Dieses Programm mag kurzfristig unpopulär erscheinen, aber der Primas muß in Erfüllung seines Dienstes an der Nation diesem Programm gegenüber treu sein", sagte der Kardinal.

Einige Priester, die im allgemeinen mehr Kontakt zu den Gläubigen haben als der Primas, hatten Glemp eine zu kompromißfreudige Haltung gegenüber der polnischen Führung vorgeworfen. Sie bezichtigten den Kardinal, die Regierung während des Kriegsrechts nicht klar genug verurteilt zu haben.

In Kirchenkreisen hieß es dazu, die von Glemp geübte politische Zurückhaltung solle für die am 18. Juni beginnende zweite Polenreise des Papstes ein günstiges Klima schaffen. Regierung und Kirchenleitung seien dabei, den Zeitplan der Reise Johannes Paul II., die sieben Stationen umfassen soll, gemeinsam auszuarbeiten.

Kardinal Glemp rief in seiner Predigt auch zur Ablehnung „irdischer Werte" wie „Reichtum, Lust und Ehre" auf, die die menschliche Würde niederdrückten, und mahnte zu einer Rückbesinnung auf die „himmlischen Werte" wie „Armut, Tränen und Liebe zur Wahrheit". Die „enorme Propaganda", mit der versucht werde, „eine Person oder eine Gruppe bekannter Personen" in die Gesellschaft zu integrieren, stünden im Widerspruch zum Evangelium. Die Kirche könne niemals diese Werte aufgreifen.

Kyprianou wiedergewählt

AFP, **Nikosia**

Die griechische Bevölkerung auf Zypern hat am Sonntag ihren Staats- und Regierungschef Spyros Kyprianou (50) für weitere fünf Jahre wiedergewählt. Der Zentrumspolitiker erhielt mit einem Stimmenanteil von 56,54 Prozent eine größere Mehrheit, als allgemein erwartet worden war. Seine Gegner, der Konservative Glafkos Klerides (63) und der Sozialist Vassos Lyssarides (62), kamen jeweils auf 33,93 und 9,53 Prozent der gültigen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 95 Prozent. Auf Zypern herrscht Wahlpflicht. Kyprianou hat seinen Wahlsieg der Unterstützung durch die auf Moskau ausgerichtete kommunistische AKEL-Partei zu verdanken. Eine Beteiligung der Kommunisten an der neuen Regierung hat Kyprianou in Nikosia ausgeschlossen.

Seite 2: Etappensieg

PLO gegen Reagan-Plan

Palästinenser sehen Fes-Plan als Minimum an

dpa/AFP/AP, **Algier**

Der Palästinensische Nationalrat könnte in Algier der Gründung einer palästinensisch-jordanischen Konföderation unter der Bedingung zustimmen, daß der palästinensische Teil ein vollberechtigter Staat sein müsse.

Diese Einigung zeichnete sich gestern zum Auftakt der einwöchigen Tagung der 350 Mitglieder des „Exilparlaments" ab. Die radikalen Palästinenser-Gruppen hatten bisher gefordert, vor Beratungen über eine Konföderation mit Jordanien müßte erst einmal ein Palästinenser-Staat gebildet werden.

Eine Fünf-Punkte-Resolution, über die der Nationalrat entscheiden muß, sieht eine Erklärung vor, wonach der arabische Friedensplan von Fez das Minimum für die politische Aktion der Araber darstelle. Im ersten Punkt der Resolution wird unterstrichen, daß die politische Aktion vom militärischen Kampf begleitet wird.

Anschließend wird der Nahost-Plan des US-Präsidenten Reagan verurteilt, weil er im Widerspruch zu den „unveräußerlichen Rechten" der Palästinenser stehe. Die anderen Punkte betreffen die geplante Konföderation mit Jordanien und die Bestätigung der PLO als einziger Vertreterin des palästinensischen Volkes.

Vor EG-Parlamentariern hat Israels Ministerpräsident Begin Friedensgespräche nicht nur mit der PLO, sondern auch mit denen abgelehnt, „die Befehle der PLO ausführen". Dem Camp-David-Abkommen zufolge können Palästinenser gemeinsam mit Jordaniern an solchen Gesprächen teilnehmen.

Frau Thatchers Geldbremse greift

WILHELM FURLER, **London**

Großbritannien zählt jetzt zu den Ländern mit den niedrigsten Inflationsraten. Nach offiziellen Statistiken ging die Rate, mit der die Einzelhandelspreise im Januar im Jahresvergleich gefallen sind, auf 4,9 Prozent zurück; Erfolg einer konsequenten Politik des knappen Geldes.

Eine Inflationsrate von weniger als fünf Prozent war in Großbritannien zum letzten Mal vor 13 Jahren registriert worden. Vor weniger als drei Jahren, im Frühjahr 1980, war sie auf 21 Prozent und damit auf den höchsten Stand in der jüngeren Geschichte des Landes gestiegen, nachdem die damals neue konservative Regierung den Mehrwertsteuersatz drastisch auf 15 Prozent angehoben hatte. Selbst die größten Optimisten in der Regierung von Frau Thatcher hätten das jetzige Erfolgsergebnis noch vor wenigen Monaten nicht für möglich gehalten.

Bei ihrer Anti-Inflationspolitik wurde die Regierung Thatcher allerdings nicht unerheblich von außen unterstützt. So hat die gedrückte Weltkonjunktur insbesondere die Rohstoffpreise niedrig gehalten. Und die Importpreise für Waren aus wichtigen Importländern wie Deutschland sind in den vergangenen Jahren vergleichsweise langsam gestiegen.

Doch dies soll den Erfolg der Regierung Thatcher nicht schmälern. Vor allem die inzwischen in der Tat bescheidener gewordenen Forderungen nach Lohn- und Gehaltsanhebungen sowie die Beschneidung der Geldmengen-Ausweitung gehen allein auf ihre Anti-Inflationspolitik zurück. Was die Regierung Thatcher insbesondere für sich beanspruchen kann, ist der äußerst sparsame Umgang mit Geld.

So werden, wie aus dem jüngsten Regierungs-Weißbuch hervorgeht, die gesamten öffentlichen Ausgaben Großbritanniens für das derzeitige Finanzjahr, das Ende März zu Ende geht, um etwa zwei Milliarden Pfund unter dem noch im letzten Frühjahrs-Budget anvisierten Rahmen liegen.

Durch diese Ausgabenkürzung sowie durch den Abbau der Staatsverschuldung auf nur noch 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts konnte die Beschränkung der Geldmengen-Ausweitung erfolgreich gesteuert werden, ohne daß dabei das Zinsniveau in unvertretbare Höhen geklettert wäre. Stärker als etwa in Deutschland wiegen in Großbritannien Zinsen und insbesondere Hypothekenzinsen in jenem Korb, der die für die Ermittlung des monatlichen Preisindexes herangezogenen Waren und Dienstleistungen für die Lebenshaltung enthält.

Im übrigen ist anzunehmen, daß die Regierung Thatcher in diesem Frühjahrs-Budget ein wenig von ihrem konsequenten Anti-Inflationskurs abweichen wird. Immerhin stehen Wahlen vor der Tür. Und es gibt in Großbritannien nicht wenige, die die extrem hohe Arbeitslosigkeit in Höhe von gegenwärtig 3,2 Millionen oder 13,8 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung als einen viel zu hohen Preis erachten, der für die Erfolge an der Inflationsfront bezahlt werden mußte.

Daß sich die Hoffnung der Regierung, der drastische Rückgang der Preissteigerungsrate werde eine Konjunkturerholung induzieren, bisher nicht erfüllt hat, wird von Premierministerin Thatcher und ihren Ministern auf die extrem schwache Weltkonjunktur zurückgeführt. Immer häufiger verweisen sie auf das Ausland.

Im übrigen ist die konservative Regierung der festen Überzeugung, daß das Arbeitslosen-Problem gerade in Großbritannien ein strukturell bedingtes und damit unausweichliches Schicksal darstellt, das auf wirtschaftspolitische Fehlleistungen sich einander ablösender Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten vor allem unter Labour zurückzuführen ist.

Reagan erwägt Kompromiß für Raketen-Gespräche

Wünsche der Europäer sollen berücksichtigt werden

SAD/AP/AFP, **Washington**

US-Präsident Reagan hat sich bereit erklärt, in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa die Wünsche mehrerer europäischer Verbündeter zu berücksichtigen und zu erwägen, der Sowjetunion einen Kompromißplan vorzuschlagen.

Als Hintergrund für die neue Flexibilität Reagans wurde von Vertretern des Weißen Hauses darauf hingewiesen, daß Vizepräsident George Bush nach der Rückkehr von seiner Europa-Reise Reagan über den Wunsch mehrerer europäischer Regierungschefs nach einer „Zwischenlösung" informiert hatte.

Bisher hatte Reagan auf einer Null-Lösung bestanden, wonach die USA auf die geplante Stationierung von 572 Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern in Europa nur dann verzichten würden, wenn die Sowjetunion zur Demontage aller ihrer 340 SS-20-Raketen in Europa und Asien sowie ihrer 240 älteren Raketensysteme der Typen SS 4 und SS 5 in Europa bereit sei.

Bush sagte dazu am Sonntag gegenüber der US-Fernsehgesellschaft CBS, die Null-Lösung bleibe zwar nach wie vor das Ziel Reagans. Um aber bei den Genfer Verhandlungen zu einer Zwischenlösung auf dem Weg zu einer endgültigen Vereinbarung zu kommen, habe Reagan die Möglichkeit eines Alternativangebots ins Auge gefaßt.

Die USA würden auf jeden Fall Ende des Jahres mit dem Aufstellen von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern beginnen, sollte bis dahin keine Einigung in Genf erzielt worden sein, betonte Bush. „Der Aufstellungstermin steht fest, und wir werden nicht schwanken und uns davon zurückziehen." Die Verbündeten hätten Verständnis für diese Position.

Bush wies erneut das Angebot des sowjetischen Parteichefs Jurij Andropow zurück, die sowjetischen Mittelstreckenraketen auf die Zahl der französischen und britischen Atomwaffen zu verringern. Dies würde Europa von den amerikanischen Sicherheitsgarantien „abkoppeln", sagte Bush. Er hoffe, daß die Verhandlungen bis zum Jahresende zu einer Einigung führen werden. Die USA seien aber bereit, „so lange wie notwendig" zu verhandeln.

Heute in der WELT

...ungen: Investitionen – Auf...wung heißt Vertrauen S.2
...DR": Die Städteplaner werfen ... Ruder herum S.3
...ten: Schon mit 58 in den Ruhe...d S.4
...SSR: Disziplin allein schafft noch ...n besseres Leben S.5
...um: Personalien und die Mei...g von WELT-Lesern S.7
Wirtschaft: Die Westimporte Ost-Berlins gingen zurück S.9
Sport: Menea – Comeback eines großen Sprinters S.14
Fernsehen: Italiens Staats-TV gegen die Kommerziellen S.14
Kultur: Medizin wie mit Florett – Transplantationen S.15
Aus aller Welt: 11000 Gläubiger haben ein Dach über dem Kopf S.16

...ee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die ...r um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Modell Berlin

Von Rüdiger Karutz

Was lange währt, wird endlich gut", verheißt das Sprichwort. Mehr oder weniger gespannt harren die Berliner in diesen Tagen darauf, ob der Volksmund auch bei der sich abzeichnenden Senats-Liaison zwischen der CDU und der FDP neuer, sprich bürgerlicher, Machart recht behält. Seit zwei Jahren fördern bekanntlich fünf der sieben FDP-Parlamentarier im Parlament die Arbeit des CDU-Senats – in erster Linie deshalb, weil Richard von Weizsäcker ihn führt.

Seit Monaten weben nun im politischen Windschatten des bundesweiten Wahlkampfes die jeweiligen Spitzenkräfte im verborgenen an dem gemeinsamen Regierungs-Segel, mit dem Berlin durch die kommenden harten Jahre kreuzen könnte. Zwei Jahre nach den Wahlen vom Mai 1981, die der CDU haarscharf die absolute Mehrheit versagten und die FDP um 6000 Stimmen vor dem Schicksal der Hamburger und hessischen Liberalen bewahrten, strebt die FDP nun fort – von den Galeeren-Bänken der Mit-Ruderer hinauf zur Kommandobrücke.

Es ist der letzte, folgerichtige Zeitpunkt, das Hilfswerk der FDP-Fraktionsmehrheit zu belohnen: Nur die gemeinsame Arbeit, nur der gerecht geteilte Erfolg von CDU und FDP im Senat kann die Liberalen über die Neuwahlen von 1985 retten. Unter den Berlinern könnte sich das Parteien-Duo zusammen in den nächsten Jahren eine solide, gar absolute Stimmenmehrheit erwerben.

In der Art, wie Weizsäcker mit äußerster Gelassenheit und Umsicht die Installation des neuen Senats vor*nimmt, zeigt sich: Er hat, ganz offenkundig, das Erscheinungsbild* des bedrohten organisierten Liberalismus in der Bundesrepublik insgesamt im Auge.

Denn ähnlich wie die haltbare Saarland-Koalition seinerzeit Gräben einebnete, könnte das „Modell Berlin" den überzeugenden Nachweis der Leistungsfähigkeit bürgerlicher Dauerbündnisse vorlegen. Ein Senats-Gespann Weizsäcker/Hermann Oxfort bürgt für Qualität.

Etappensieg

Von Evangelos Antonaros

Zyperns Staatschef Spyros Kyprianou ist in seinem Amt bestätigt worden, aber die wahren Sieger der Wahl vom Sonntag sind die Inselkommunisten. Ohne einen eigenen Kandidaten aufzustellen, haben sie jetzt mehr Einfluß denn je zuvor. Daß es so ist, wird sich demnächst zeigen, wenn sie Kyprianou mit Forderungen aller Art überhäufen werden.

Die moskauhörige Partei AKEL ist seit Entstehen der Inselrepublik die stärkste und bestorganisierte politische Formation Zyperns gewesen. Aber Kyprianous Vorgänger, Erzbischof Makarios, hat es immer wieder verstanden, die Inselkommunisten auszutricksen. Unter seinem profillosen Nachfolger ist es den AKEL-Oberen hingegen gelungen, aus dem politischen Abseits hervorzutreten.

Diese Machtentfaltung hat sich bisher in drei Etappen vollzogen: Bei der Parlamentswahl im Mai 1981 zogen die Kommunisten als stärkste Fraktion ins Parlament. Ein Jahr später zwangen sie Kyprianou zum Abschluß eines „Minimum-Programms", das ihnen ein Mitspracherecht in wichtigen politischen Fragen einräumt. Mit der Präsidentenwahl jetzt haben sie einen Mann an der Staatsspitze, der ihnen politisch verpflichtet ist.

Mag sein, daß nur ein kleiner Teil der Inselgriechen, die der AKEL-Partei ihre Stimme geben, ideologisierte Kommunisten sind. Aber die AKEL-Führung hört vorbehaltlos auf das Kommando Moskaus. Eine „kommunistische Machtübernahme" – wie sie vom unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Klerides befürchtet wird – *mag übertrieben erscheinen. Aber bei ihren Zwischenerfolgen* werden es die Kommunisten Zyperns nicht belassen. Einige Regierungsämter werden sie demnächst verlangen. Und die Außenpolitik der kleinen aber strategisch wichtigen Inselrepublik werden sie ganz gewiß mitzugestalten versuchen. Das Fazit: In keinem anderen Mittelmeerland hat Moskau so einflußreiche Gesinnungsfreunde wie auf Zypern.

Sprachlose Narren

Von Joachim Neander

In den Veranstaltungen mancher Karnevals- und Fastnachtsvereine wurde in diesem Jahr auffallend viel gesungen und geschunkelt. Über den wahren Grund wird nur hinter vorgehaltener Hand und gar nicht lustig geredet. Es gibt nicht mehr genug Büttenredner. Die wenigen Routiniers hasten nach einem Minutenfahrplan von Auftritt zu Auftritt. Nachwuchs ist rar oder indiskutabel. Selbst um die Fernsehauftritte wurde nicht wie früher gekämpft. Wo nichts ist, kann nicht gesendet werden.

Das läßt sich auf mehrere Arten deuten. Vielleicht geht es uns ja gar nicht so schlecht, wie wir uns einreden, denn in der wirklichen Not gedeihen Witz und Narretei bekanntlich ganz von selber.

Es könnte aber auch sein, daß es den Narren aus anderen Gründen die Sprache verschlagen hat. Seit Jahren fällt ein großer Teil der professionellen Zeitkritik pünktlich in blutiger Humorlosigkeit über den deutschen Karneval und seine Anhänger her und reibt ihnen so ziemlich alles Böse unter die Nase, was sich gerade finden läßt. Da kann einem der Jux, so überhaupt vorhanden, schon im Halse stecken bleiben.

Es gibt noch eine dritte Interpretation: Danach hätten Fastnacht und Büttenreden überhaupt ihre Funktion verloren. Wo die reale Welt angefüllt scheint mit Aberwitz und Absurditäten, wo in den Nachrichten oft mehr „Realsatire" ist, als sich Witzbolde ausdenken können – warum da noch künstlich etwas zusammenbasteln? Was ist eine Büttenrede etwa gegen manche Parlamentsdebatte oder gegen ein hochschulpolitisches Juso-Papier aus den siebziger Jahren? Da bliebe dann tatsächlich nur noch Singen und Schunkeln.



„Als was soll ich gehen . . .?" ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Aufschwung heißt Vertrauen

Von Heinz Pentzlin

Die „Neue Zürcher Zeitung" hat in der letzten Woche einen Diskussionsbeitrag veröffentlicht, in dem dargelegt wurde, daß die frei schwankenden Wechselkurse, die nicht selten hektische Ausschläge aufweisen, weltweit zu einem Rückgang der Investitionen beigetragen haben. Denn wie kann ein Unternehmer, der hart an der Kostengrenze arbeitet – so wird am Beispiel eines kleinen Schweizer Unternehmens im Wettbewerb mit deutschen Konkurrenten bei einem Sinken des DM-Kurses gegenüber dem Schweizer Franken ausgeführt – wie kann er es verantworten, in Anlagen mit mehrjähriger Nutzungsdauer zu investieren, wenn er durch Veränderungen des Währungskurses gegenüber seinen ausländischen Wettbewerbern nicht mehr wettbewerbsfähig bleibt?

Nun mag gewiß darüber gestritten werden, in welchem Umfang die freien Kurse mit ihren übermäßigen Schwankungen sich als Investitionshemmnis ausgewirkt haben. Bei manchen Unternehmen hat sicherlich die Risikovermehrung, die sie gebracht haben, dazu geführt, daß sie Investitionen zurückgestellt haben; und sicherlich haben die Verluste, die nicht wenige Unternehmer als Folge von Kursschwankungen erlitten, zu dem großen Umfang des Unternehmenssterbens beigetragen, das wir in den letzten Jahren erlebten.

Doch der Hinweis auf die Risiken, die in den letzten Jahren aus den weltweiten währungspolitischen Veränderungen entstanden sind, ist nur ein Beispiel dafür, wie durch Entscheidungen, die auf höchster internationaler Ebene und stärker noch durch Entscheidungen, die von den Regierungen der einzelnen *Staaten getroffen werden, der* Wirtschaft Risiken erwachsen, die immer größer werden, während ihre Kraft, die Risiken zu tragen, immer mehr geschwächt wird. In gleicher Richtung wirkt die Politik der Regierungen, die immer mehr die Möglichkeiten der Wirtschaft, neue Kraft – und das heißt für sie vor allem: Kapital – zu schaffen und zu sammeln, einengt.

Da ist, zum Beispiel, Ungewißheit über Entscheidungen der Regierungen etwa, die mit der Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben, aber auch mit anderen Belastungen, neue Erschwerungen für die Wirtschaft befürchten lassen. Da besteht Unsicherheit über die Auswirkungen des Regierungskurses: Steigen die Währungskurse, oder fallen sie? Kommt es zu einer Verknappung auf dem Kapitalmarkt und zu Zinserhöhungen? Gibt es einen Rückgang der Nachfrage? All das schafft Risiken, die zusätzlich zu den zur Marktwirtschaft gehörenden Risiken hinzukommen. Und diese Risikovermehrung hat die Neigung zu neuen Investitionen geringer werden lassen; vor allem auch deshalb, weil die Existenzgefährdung in den letzten Jahrzehnten – wie es das gewaltige Anschwellen der Konkurswelle 1981 und 1982 nur zu deutlich gezeigt hat – größer geworden ist.

Es gehört zum Wesen des Un*ternehmers in der Marktwirt*schaft, Risiken einzugehen. Doch den Risiken müssen entsprechende Chancen gegenüberstehen. Nun sind seit langem die Chancen, allein schon durch die Steuerbelastung, stark geschmälert. Von dem Gewinn, den er erzielen kann, bleiben einem kleinen Unternehmen im besten Fall knapp vierzig, meist nur etwa dreißig Prozent. Rechnete man in den fünfziger und sechziger Jahren damit, daß Kapital, das neu investiert wurde, acht bis zehn Prozent Ertrag brachte, wenn die Erwartungen, die mit der Investition verbunden waren, sich erfüllten, so ist man heute froh, wenn es noch vier bis fünf Prozent bringt. Erfüllen sich die Erwartungen aber nicht, dann geht nicht nur das investierte Kapital verloren, sondern die Existenz des Unternehmens steht auf dem Spiel.

Denn infolge der Ertragseinengung ist das Eigenkapital der Unternehmen in den letzten Jahrzehnten nicht entsprechend den durch inflatorische Preiserhöhungen aufgeblähten Umsätzen gewachsen, sondern sogar zurückgegangen. Neue, mit Risiko verbundene Investitionen können deswegen zumeist nicht mehr mit eigenem Kapital – mit „Risikokapital" – finanziert werden. Es müssen dafür Kredite aufgenommen werden. Bringt nun die Investition nicht das erwartete Ergebnis, dann sind die für ihre Durchführung aufgenommenen Kredite eine schwere Belastung, die für das Unternehmen tödlich wirken kann.

In dieser Situation ist jede Vermehrung der Risiken, die sich aus einer Ungewißheit über die künftige Regierungspolitik und deren unmittelbare Auswirkungen auf die Belastung der Unternehmen und den Wirtschaftsablauf in seiner Gesamtheit ergibt, die schlimmste Hemmung für die Investitionen der Unternehmen. Gewiß, ein Teil von Investitionen wird auch bei trüben Aussichten durchgeführt werden, wie Ersatzinvestitionen und Investitionen, die über eine Rationalisierung Kosteneinsparung versprechen. Solche Investitionen helfen, die Wirtschaft weiter in Gang zu halten. Sie schaffen aber keine neuen Arbeitsplätze, keinen Aufschwung.

Investitionen, die diesen Erfolg bringen sollen, sind nur bei einer Minderung der Risiken möglich, die von einer die Wirtschaft in Unsicherheit haltenden Finanz- und Wirtschaftspolitik geschaffen werden; das heißt: in einem Klima, das vom Vertrauen in den Kurs der Regierung geprägt ist. Solange unübersehbare politische Risiken bestehen, können alle anderen Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur keine dauerhafte Wirkung haben. Die einzige erfolgversprechende Konjunkturpolitik ist die Politik eines klaren, beständigen wirtschaftspolitischen Kurses.



Das Risiko muß überschaubar sein: Industrieroboter in der Endmontage FOTO: CLAUS HAMPEL

IM GESPRÄCH Heinz Riesenhube[r]

Senkrechtstarter mit Fliege

Von Peter Philipps

Heinz Riesenhuber wäre für jede Regierung ein Pfund, mit dem sie wuchern könnte. Konzentriert, kompetent und engagiert in der Arbeit, dabei mit der Gabe des Witzes und der Selbstironie ausgestattet und auch noch rhetorisch begabt, hat sich der neue Bundesforschungsminister in kürzester Zeit Respekt und Anerkennung in seinem Amt erworben.



Raus aus den Elfenbeintürmen: [M]inister Riesenhuber FOTO: JUPP DARCHINGER

Als promovierter Naturwissenschaftler und erfolgreicher Manager bei Töchtern der Frankfurter Metallgesellschaft AG weiß der heutige Herr über einen 6,9-Milliarden-Etat, womit er handelt. Im Bereich der deutschen Wissenschaft hatte man auch deshalb die Berufung des passionierten Fliegenträgers mit Freude vernommen und ist bis heute nicht enttäuscht worden.

Praxisbezug – dieses Leitthema leuchtet über all seinen Taten. Er legt es den jungen Wissenschaftlern ans Herz und versucht ihnen zumindest zeitweiligen Wechsel von Forschungslabors in den Elfenbeintürmen zur praktischen Betätigung vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen schmackhaft zu machen.

Praxisbezug heißt auch die Formel mit der er versucht, die verkrustete und von seinen Vorgängern zum großen Teil auf Jahre festgezurrte Förderungspolitik im Wissenschaftsbereich zumindest an einigen Stellen zu öffnen. Objektförderung ist zwar auch für ihn ein unverzichtbares Instrument, doch will er sie nur für Einfälle gelten lassen. Ansonsten steht Riesenhuber glücklicherweise auf dem Standpunkt, daß nicht Bürokraten, sondern Unternehmer über den Sinn von Forschung im Einzelfall entscheiden und das Risiko tragen sollen.

Praxisbezug ist auch für seinen persönlichen Weg der Leitstern. Einmal Politiker, immer Politiker – dies ist für ihn eine Horrorvision. Und so ragt der 47jährige Frankfurter, der nicht nur wie ein Bayer heißt, sondern auch so kernig ausschaut, auch in diesem Punkt aus der Masse des vom öf[fentlichen] Dienst geprägten Bu[n]destages heraus.

Der erfahrene Bonner Chroni[st] Walter Henkels erkannte sch[on] früh bei dem seit 1976 im Bunde[s]tag Sitzenden: „Leute wie Hei[nz] Riesenhuber sind aus dem St[off] aus dem die Bosse kommen." Ri[e]senhuber ist in der Tat ein Ma[nn] mit Hintergrund. Neider d[er] „Senkrechtstarters" mit eigen[er] „Rampe" sprachen hingegen abf[ä]llig von einem zu ausgeprägten E[hr]geiz. Doch Riesenhuber, der in si[ch] und einem ausgeprägten chris[tli]chen Glauben ruht, sieht da[r]in nichts Negatives, sondern [er ist] selbstbewußt: „Was ist gegen [ge]sunden Ehrgeiz einzuwenden?"

Die Qualitäten des Heinz Riese[n]huber in der politischen Ausein[an]dersetzung hat im übrigen [...] mehr als 17 Jahren schon ein an[de]rer Senkrechtstarter der Frankf[ur]ter CDU am eigenen Leib erfahr[en] müssen: In einer Kampfabsti[m]mung unterlag Walter Wallman[n] Riesenhuber wurde Vorsitzen[der] der Jungen Union in Hessen. [...] Mitstreiterin war Beatrix Wa[...] inzwischen verehelichte Riesen[hu]ber, damals Kreisvorsitzende [der] Jungen Union in Frankfurt. [...] und seine vier Kinder nennt [...] ohne Scheu „mein erstes Hobby[".]

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDKURIER

Das in Konstanz herausgegebene Blatt schreibt über die Nachrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik:

Die Meinungen sind geteilt: Die einen halten es für einen großen Fehler, wenn der Westen mit der ausgesprochenen Absicht in Genf verhandelt, die von Präsident Reagan eingebrachte Null-Lösung aufzugeben und mit einer irgendwie gearteten Verminderung der Mittelstreckenraketen der Sowjets zufrieden zu sein. Von der Gegenseite wird ins Feld geführt, bei allen Verhandlungen müßten Abstriche gemacht werden, solle ein tragfähiges Resultat erreicht werden. Auf der Wehrkunde-Tagung in München wurde deutlich, daß die maßgeblichen Politiker zwar die Null-Lösung – also den Abzug aller sowjetischen SS-20-Raketen und als Folge davon die Nichtaufstellung der amerikanischen Pershing-2-Raketen – für optimal halten, sie indes als nicht realisierbar betrachten. Eine vermutlich realistische Einschätzung der Verhandlungsmöglichkeiten, die allerdings einen für die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik gefährlichen Haken enthält. Sollten sich Sowjets und Amerikaner in Genf im Laufe dieses Jahres auf eine Verminderung der Zahl der SS-20-Raketen einigen, bleibt die große Frage für die Bundesrepublik: Was geschieht dann mit dem NATO-Doppelbeschluß? Soll dann der Westen ganz auf die Aufstellung der Pershing-Raketen verzichten, oder soll nur eine geringere Zahl stationiert werden? Die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik um die Nachrüstung ginge dann wohl weiter. Auf diese möglichen Folgen einer Kompro[...]mißlösung in Genf müßten [...] Parteien – außerhalb des W[...] kampfes die Menschen in der B[un]desrepublik vorbereiten.

Frankfurter Rundschau

Hier heißt es über den PLO-Nationalr[at]:

Die zur Debatte stehenden F[ragen] sind nicht nur für die Zukun[ft] dieser Organisation, sondern au[ch] für die des Westufers und Ga[za] Gebiets von Bedeutung: Wird si[ch] Yassir Arafat, der Zusammen[...] beit mit Jordanien den diplom[ati]schen Weg sucht, über die Kon[...] renz hinaus durchsetzen, oder w[ird] die radikale „Verweigerungsfro[nt] ihm einen solchen Kompromiß [un]möglich machen? Allgemein w[ird] zugestanden, daß die Zeit für [...] Israelis arbeitet und daß es ka[um] mehr etwas zu verhandeln ge[ben] wird, wenn man der massiven jü[di]schen Siedlungstätigkeit nicht [...] anderes realistisches Progra[mm] entgegensetzt.

LE FIGARO

Das Pariser Blatt merkt zur Tagung [des] Palästina-Nationalrates in Algier an:

Am Ende des Treffens von Alg[ier] sollte klar sein, ob die PLO s[ich] dafür entscheidet, ihre Ziele [...] politischem Weg zu erreichen [...] nicht mehr durch den bisher [...] unerläßliches Mittel angesehe[nen] Terrorismus. ... Die PLO war [...] cherlich niemals so nahe da[ran] von den Mächtigen als wirklic[her] Gesprächspartner betrachtet [zu] werden. Aber nichts ist bisher [ent]schieden, und die Partie wird [von] den Führer der PLO sehr hart [...] den. Wenn die „Arafat-Linie" [...] dieser Woche siegt, ... so wer[den] die Palästinenser sehr viel m[ehr] gewonnen haben, als sie es in J[ah]ren des blinden Terrorismus [...] konnten.

Israels Demokratie funktioniert, seine Regierung weniger

Der Kompetenz-Wirrwarr im Sicherheitsbereich hat schon früher zu schweren Pannen geführt / Von Rafael Seligmann

Das Zustandekommen einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Prüfung der Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatilla, deren effektive Arbeitsweise und Votum sowie die hieraus gezogenen Konsequenzen – unter anderem der Rücktritt des Verteidigungsministers Sharon – sind als Beweis für das Funktionieren der israelischen Demokratie gewürdigt worden. Allerdings bleibt ein entscheidendes Problem auch weiterhin ungeklärt: die Verteilung der Kompetenzen im Sicherheitsbereich des jüdischen Staates. Nicht zuletzt der Zuständigkeitswirrwarr im Verteidigungssektor Israels hatte die Massaker in Beirut erst ermöglicht beziehungsweise ihren Abbruch verzögert.

In den nicht seltenen Krisen- und Kriegszeiten hatte das Fehlen eindeutiger Entscheidungsbefugnisse für Israel teilweise verheerende Folgen. Dieses Manko ist ein Erbe David Ben Gurions, Israels Staatsgründer hatte darauf bestanden, neben seinem Amt als Premierminister auch das Schlüsselressort Verteidigung zu übernehmen. Diese Personalunion bewährte sich unter Ben Gurions Führung auf*grund seiner unumstrittenen* Kompetenz und Autorität. Nach einer gesetzlichen Definition fragte während Ben Gurions Amtszeit niemand. Alle akzeptierten, daß „der Alte" das letzte Wort hatte, nicht zuletzt der von Ben Gurion ernannte Generalstabschef Moshe Dayan. Kaum hatte sich Ben Gurion jedoch 1954 für ein Jahr aus der aktiven Politik zurückgezogen, setzten bereits Zuständigkeitskonflikte im Sicherheitssektor ein.

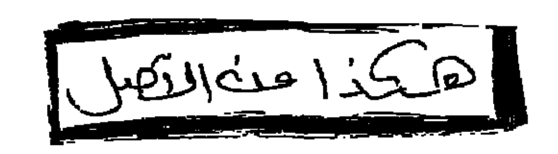
Das Grundgesetz – Israel besitzt keine Verfassung – legt lediglich den Primat der Politik fest. Artikel 29 lautet: „Die Regierung ist befugt, im Namen des Staates, entsprechend dem Gesetz, jede ihr notwendig erscheinende Handlung auszuführen, sofern diese nicht durch Gesetz einer anderen Körperschaft zusteht." Wo allerdings die Grenze der Zuständigkeit zwischen Armee, vertreten durch den Generalstabschef, und Regierung verläuft, blieb bis heute ebenso ungeklärt wie die genaue Umschreibung der Kompetenzen des Verteidigungsministers innerhalb des Kabinetts.

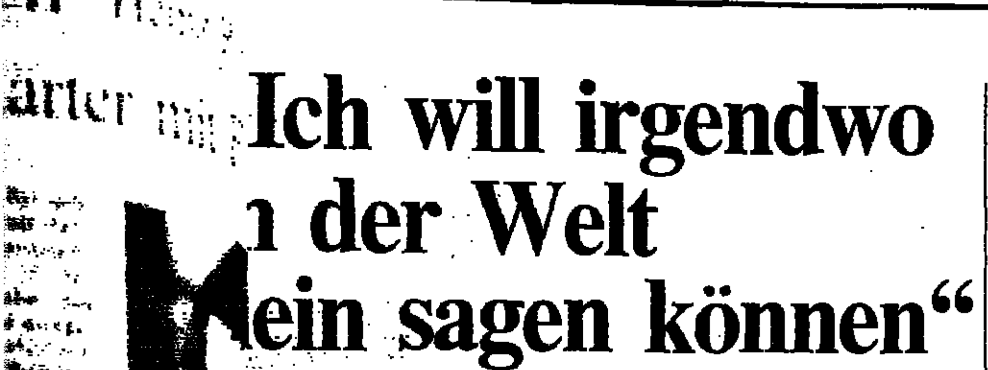
In der „Lavon-Affäre" wurden erstmals die Gefahren deutlich, die sich aus der unklaren Kompetenzverteilung im Sicherheitssektor ergeben konnten. Zu Beginn des Jahres 1955 verübte der militärische Abwehrdienst Israels Anschläge auf britische Einrichtungen in Ägypten. Kairo gelang es rasch, das Komplott aufzudecken. Die Attentäter wurden zu hohen Strafen verurteilt, einige sogar hingerichtet. Das Bekanntwerden des Komplotts führte in Israel zu heftigen Diskussionen. Die Armee und der Verteidigungsminister, damals Lavon, schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Daraufhin wurde der Verteidigungsminister entlassen und durch David Ben Gurion er*setzt, der kurze Zeit später* auch an die Spitze der Regierung zurückkehrte. Damit trat wieder Ruhe im Sicherheitsbereich ein – zumindest bis zum Rücktritt Ben Gurions im Jahr 1963. Gesetzliche Konsequenzen wurden aus der „Lavon-Affäre" allerdings keine gezogen.

Die Personalunion zwischen Regierungschef und Verteidigungsminister blieb unter Ben Gurions Nachfolger Levi Eshkol zunächst weiter bestehen. Am Vorabend des Sechstagekrieges (1967) erzwang die öffentliche Meinung die Betrauung Dayans mit dem Sicherheitsressort. Damit war der nächste Konflikt bereits vorprogrammiert: Während des Krieges ignorierte der damalige Generalstabschef Yitzhak Rabin einen ausdrücklichen Befehl Dayans, die Truppen nur bis 30 Kilometer östlich des Suezkanals vorrücken zu lassen. Diese Entscheidung wurde nachträglich vom Premierminister gutgeheißen. Rabin gelang es, gegen die Einwände seines Ressortleiters Dayan, auch den Premierminister und die Kabinettsmehrheit von der Notwendigkeit ei[ner] Besetzung der Golan-Höhen überzeugen.

Auch 1973, zu Beginn [des] Yom-Kippur-Krieges, kam [es] zu heftigen Auseinander[set]zungen zwischen der dam[ali]gen Regierungschefin Go[lda] Meir, dem Verteidigungsm[ini]ster Dayan und dem Gene[ral]stabschef Elazar. Die Ursa[...] dieser Konflikte beschrieb [...] nach dem Krieg unter [...] Vorsitz des obersten Rich[ters] Agranat eingesetzte unab[hän]gige Untersuchungskomm[is]sion 1974 folgendermaßen: [...] besteht keine eindeutige K[om]petenzverteilung zwischen [den] Ämtern des Regierungsch[efs,] des Verteidigungsminis[ters] und des Generalstabschefs [...] und es fehlt eine klare Auss[age] über die Beziehung von Sta[at] und Armeeführung."

Konsequenzen aus die[sem] Verdikt unterblieben bis he[ute.] Es ist zu hoffen, daß [...] Israels Parlament unter [...] gegenwärtigen Schock zu e[iner] eindeutigen Festlegung [...] Verantwortung im Sicherh[eits]sektor entschließt.





„Ich will irgendwo n der Welt ein sagen können“

Von ROLF GÖRTZ

o ich herkomme, da lebst du immer hinter Zäunen. Hast du einen überwunden, du bald vor dem nächsten – m höchsten Zaun, der alle en einschließt. Wenn du das rgendwo sagst, wenn du gar tierst, dann kommst du in engen Zaun. Mit jedem Pro- mmer enger – bis du ganz bist.“ Der lettische Seemann s Prokopovits hat in den 31 n seines Lebens nie etwas afka gelesen. Er kennt nicht l den Namen. Was er sagte, ine letzte, fast verzweifelte rt auf meine wiederholte warum er sich denn von Frau scheiden ließ, warum und seine kleine Tochter ließ und in den Westen floh. äuft er durch Madrid, ist frei otzdem nicht glücklich.

Sietinsone, eine Lettin, die adris auf einem sowjetischen zur See fuhr und wie er auf anarischen Inseln desertier- eine andere Antwort auf die Frage. „Ich will irgendwo Welt nein sagen können, ich nein meine – und ja, ich ja meine. Und ich will für harte Arbeit gerade soviel erhalten, daß ich davon leben wie ein Mensch, der über sich verfügen kann.“ Mit dieser rt wußten die Damen des ationalen Flüchtlingskomi- enig anzufangen. Sie wollten etwas Politisches hören.

beiden Flüchtlinge aus dem um hatten Jahre gebraucht, e sich – jeder für sich – zur entschlossen. Und weitere ehe sie es wirklich riskier- llein von dem sowjetischen reistützpunkt auf den Kana- Inseln desertieren Jahr für 0 bis 35 Rumänen, Russen, und Ungarn in die Freiheit. blonde Lettin Ilga fuhr elf zur See, zuletzt als Bäckerin m Süßwasserversorger „Si- . Zu viert hausten die Frau- einem engen Loch, in dem ur zwei zur gleichen Zeit en konnten. Sie hielt durch, ne Frau kaum je anderswo ibel für ihre Arbeit bekom- onnte.

Zuhause in Wilna erschien n Reise zu Reise trostloser mseliger. Der Kapitän und litkommissare, die auf hoher m Mutterschiff regelmäßig nterricht an Bord kletterten, ihnen erzählt, die Armut daher, weil sie soviel für die Kapitalismus unterdrückten völker abgeben müßten. überall in der Welt leben sie er als wir in der Sowjetrepu- ettland. Selbst die Neger in haben glücklichere Gesich- meine Leute zu Hause, und auch bessere Kleider und e.“

Hause gab es gnation und Schnaps

Hause stieß sie auf Resigna- nd auf den Schnaps, mit dem as Elend herunterzuspülen . „Lauf weg, wenn du !“ sagte die Mutter vor der Reise. In Santa Cruz de fe gingen sie zu dritt von wie immer ohne Papiere. und Seefahrtsbücher hält apitän unter Verschluß. Ei- r drei war der russische Auf- ohne den sich kein Balte im bewegen darf. Im Marktge- konnte sie dann untertau-

Wochen später fuhr ich sie o durch Madrid. Sie erzählte vom Polituntericht, als ich s Gebäude zeigte, wo die enz für Sicherheit und Zu- narbeit in Europa tagt. Ilga nie etwas davon gehört. chten nahm an Bord der r auf, gab sie an den Kapitän und damit hatte es sich. Sie nie etwas von dem Papst len; sie weiß nicht einmal, Kirche“ etwas mehr als die meist verfallenen, manch- hönen Gebäude in meiner t“ sind.

Ilga lehnte auch Andris den zum Essen ab. Auch seine ichte fängt beim Alkohol der n an. „Schnaps schwächt. Und die Russen, die sich in unserem Lande täglich mehr ausbreiten, wissen schon, wie man einem Volk das Rückgrat rausholt.“ Sechs Rubel kostet eine Flasche – bei einem Monatsgehalt von 140 Rubel, womit die meisten auskommen müssen, ist das sehr viel. 28 Rubel zahlt man für die Wohnung – meist nur ein Zimmer – und 25 Rubel kostet die Nacht in der dreckigen Ausnüchterungszelle der Polizei.

Der Alkohol, die anschließende Erniedrigung und schließlich die planvolle Verarmung lassen bei vielen Balten allmählich den nationalen Widerstand erlahmen. Andris konnte sich vor dem üblichen Militärdienst von drei Jahren drücken. Der Arzt, der ihn untauglich schrieb, bekam dafür Ostseeschollen von seiner Tante. Der junge Lette meinte, daß er unweigerlich wegen seines Hasses auf die Russen für fünf Jahre im Strafbataillon gelandet wäre. Zusammenschlüsse gibt es bestenfalls in Folkloregruppen – „aber deshalb gleich mehrere russische Lieder lernen, nur um ein lettisches oder estnisches Volkslied singen zu dürfen – da habe ich lieber Deutsch gelernt“.

Die Schweden lehnten Andris' Asylgesuch ab

So sehen die Balten vor allem an der Küste zu, wie neben ihren Städten und Dörfern Lager aufgebaut werden, in die viele Sträflinge aus fernen Sowjetrepubliken kommen. Sie bauen Fabriken auf oder wie in Tallin einen gewaltigen Kriegshafen. „Und dann besetzen sie Haus für Haus unserer Dörfer und Städte, bis die Statistiken eines sagen: Das hier ist Rußland.“

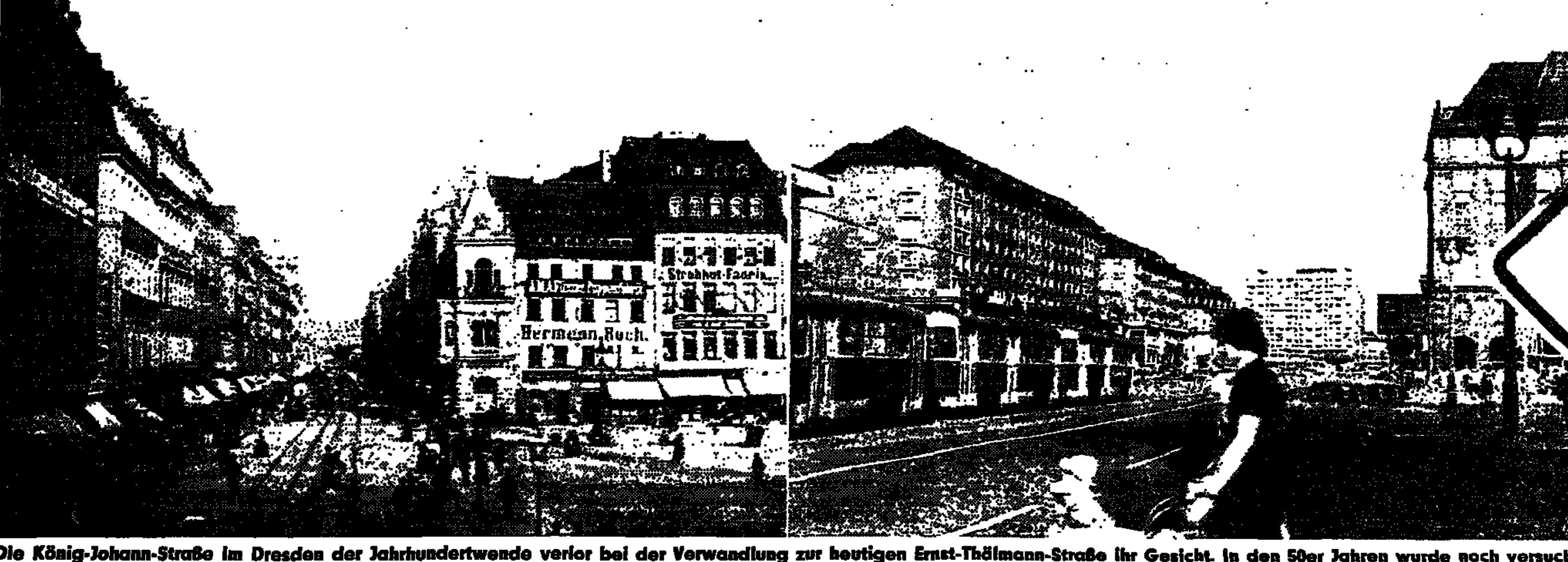
Schon am zweiten Tag nach seiner Flucht erfuhr Andris, daß die Sowjetunion auch auf ein freies Volk starken Druck ausüben kann. Die schwedische Botschaft in Madrid lehnte sein Asylgesuch ab. Denn Stockholm fürchtet Ungemach, wenn die sowjetische Regierung erfährt, daß „ein U-Boot-Spezialist“, von dem die schwedische Sensationspresse schrieb, Aufnahme fand. In ahnungsloser Naivität hatte Andris einem schwedischen Beamten auf dessen Frage erzählt, daß er die sowjetischen U-Boote in der Ostsee sehr wohl kenne. Er wußte nicht, daß dieser „Beamte“ ein Journalist war, der in seinem Bericht den jungen Letten zum U-Boot-Mann machte. Ein zweifelhafter Erfolg. Andris muß jetzt vier Monate auf Asyl in den USA warten.

Um zu fliehen, heuerte Andris bei der größten Fischereikolchose der Sowjetunion in Libau an. Dreimal verpflichtete er sich für eine Reise von je fünf Monaten. Das Mißtrauen, es könnte zu einer Meuterei kommen oder ganze Schiffsbesatzungen ihr weltumspannendes Gefängnis verlassen, ließ die Sowjets sich dieses System ausdenken: Alle fünf Monate werden die Besatzungen der großen Kutter und Trawler ausgewechselt.

Die vielen hundert vor der westafrikanischen Küste fischenden Sowjetschiffe verfügen im Atlantik über zwei feste Stützpunkte: die Kanarischen Inseln und Luanda in Angola. Begegnen sie im Hafen oder auf See U-Booten, Kreuzern oder Fregatten ihrer eigenen Flagge, wird ihnen gesagt: „Die sind nur zu eurem Schutz hier.“

Drei Tage im Monat müssen die Kutter und Trawler ihr Geschirr verstauen und selber Krieg spielen. Die Befehle gibt oft ein ferner Stabsoffizier, eingesetzt auf einem Mutterschiff. „Bei uns an Bord gab es Räume, die wir nie betreten oder öffnen durften.“ Kutter der kleineren Kolchosen des Baltikums sind mit Panzerplatten und Betondecks ausgerüstet, auf denen jederzeit Kanonen und Raketenwerfer montiert werden können, die – so vermuten die Matrosen – im Schiffsinneren unter Verschluß liegen.

Drei Tage im Monat kam vom Versorgungsschiff der Politprofessor an Bord des Kutters von Andris. In Zeiten der Übung und des Marxismusunterrichts können noch so viele Fischschwärme auf dem Oszillographen ihres Sonargerätes erscheinen – sie brauchen die Netze nicht zu fürchten. (SAD)



Die König-Johann-Straße im Dresden der Jahrhundertwende verlor bei der Verwandlung zur heutigen Ernst-Thälmann-Straße ihr Gesicht. In den 50er Jahren wurde noch versucht, stilistisch an den früheren Baustil anzuknüpfen (Gebäude ganz rechts); doch dann dominierten schon sehr bald die eintönigen Fassaden-Fronten. FOTO: SAMMLUNG KARISCH

Die Städteplaner werfen das Ruder herum

Von D. GURATZSCH

Vor 38 Jahren, am 15. Februar 1945, als die Qualmwolken und der Feuersturm den Blick auf Dresden verhüllten und die Überlebenden der verheerenden Bombenangriffe in endlosen Strömen über die Landstraßen flüchteten, erschütterte noch einmal ein gewaltiges Beben den Boden der furchtbar verwundeten Stadt: Die Kuppel der Frauenkirche, die 200 Jahre lang allen Kriegen und auch dem Inferno der Bombennacht getrotzt hatte, stürzte krachend in sich zusammen. Die Feuerglut hatte ein Filmarchiv im Keller des mächtigen Gotteshauses, das zu den bedeutendsten Werken der Weltarchitektur gezählt wurde, entzündet und eine gewaltige Explosion ausgelöst.

Der riesige Trümmerberg, an dessen Fuß vor einem Jahr junge Christen zur größten Kundgebung der Friedensbewegung in der „DDR“ zusammenkamen, ist bis heute Symbol für eine der tiefsten Zäsuren in der europäischen Stadtgeschichte: für die tiefe Verwundung der Lebens- und Identifikationsmittelpunkte ganzer Nationen durch den Krieg.

Diese Erinnerung tut not, um die Dimension der kulturellen Verwerfung zu verstehen, die auf diese Erfahrung erst noch folgte. Inzwischen nämlich wird, mindestens im westlichen Deutschland, die sich anschließende Aufbauphase als noch tieferer Einschnitt gewertet. Mehr noch als alle Verwüstungen des Krieges, sagte der Präsident des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Hans Maier, zum Auftakt des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975, hätten die Betonkästen und die Abrißwut der Nachkriegs-Städtebauer das Gesicht der Städte zerschlagen.

Die Radikalität dieser zweiten Zerstörung ist selbst noch in Dresden zu spüren, wo schon die erste Zerstörung die gesamte Innenstadt auf 15 Quadratkilometer Fläche ausgelöscht hatte. Beim Neuaufbau der Stadt ließen sich die Planer von den alten Strukturen des einst für seine Schönheit berühmten „Elbflorenz“ nicht beirren und behandelten den leergeräumten Altstadtbereich (18 Millionen Kubikmeter Schutt) wie eine grüne Wiese am Rand der Stadt.

Wo einmal ein Straßennetz war, wurden die Häuserzeilen kreuz und quer auf die freie Fläche gestellt. Lediglich im Gebiet rings um den Altmarkt schloß sich die Bebauung in vergröbertem Raster alten Straßenverläufen an. Die neue Prager Straße, Ersatz für die alte Hauptgeschäftsstraße gleichen Namens, wurde mit überdimensionierten Betonklötzen jeder städtebaulichen Einbindung entzogen. Daß an den Anfängen dieser Strukturplanung auch westliche Experten wie der hannoversche Stadtplaner Rudolf Hillebrecht mitgewirkt haben, das beweist die Korrumpierbarkeit des Sachverstandes durch die schrankenlosen Machtmittel zentralistischer Planung.

Es relativiert zugleich die Lieblingsauffassung westlicher und östlicher Ideologen des Städtebaus, daß Architektur ihrem Wesen nach das getreue Abbild herrschender Gesellschaftsverhältnisse sei. Die verquere Ethik des Zeilenbaus, der Glaube an die Priorität des Verkehrs, die Anbetung der „Charta von Athen“, die eine räumliche Trennung der Funktionen Arbeiten, Wohnen und Freizeit vorsah – dies alles ist jahrzehntelang Gemeindebesitz der Städtebauer in Ost und West gewesen.

Im nachhinein freilich behalten die Ideologen auf eine vertrackte Weise recht. Daß in Dresden so verschwenderisch (und stadtzerstörerisch) mit dem Boden umgegangen werden konnte, hat seinen natürlichen Grund in der „Gesellsrhaftsordnung“. Hier sind die privaten Hausbesitzer nämlich nicht nur durch die Bomben der Gegnerstaaten des Zweiten Weltkrieges um ihren Besitz gebracht, sondern danach auch noch durch den eigenen Staat endgültig enteignet worden. Sie durften nicht einen einzigen Ziegelstein von ihren ausgebrannten Häusern forttragen und mußten sogar noch die Abbruchkosten für die Ruinen bezahlen.

Die schrankenlose Verfügung über Grund und Boden führte aber nicht zu Städten, die, wie der Dresdner Aufbau-Slogan verhieß, „schöner denn je“ gestaltet wurden, sondern zur Auflösung der Stadt in monotone Betonmonolithen und in maßstablose Vorstadtsiedlungen, die den Charakter der Stadt negierten. In der Bautechnologie brachte die angestrebte „äußerste Optimierung“ keine schnellere „Lösung der Wohnungsfrage“ als in der Bundesrepublik (1973 wurde ein Fehlbestand von 850 000 Wohnungen errechnet). Sie bescherte den Städten der „DDR“ auch nicht jene „städtebaulich-architektonische Gestaltung“, die, wie inzwischen die „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur“ fordern, „durch emotionale Wirkung bei den Bürgern unserer Republik Lebensfreude, Schönheitsempfinden, gesellschaftliche Aktivität und Leistungsbereitschaft fördert und deren Verbundenheit zur sozialistischen Heimat vertiefen hilft“. Dafür gebar sie so zweifelhafte Erscheinungen wie die Großtafelbauweise (sie beherrscht heute die Neubautätigkeit zu 85 Prozent) und den Typenbau, die heute das ganze Land mit äußerlich völlig identischen Kreationen der „WBS 70“ (Wohnungsbauserie 70) überziehen.

Die Monopolisierung der gesamten Wohnungsbauplanung in der Hand des Staates (der private Wohnungsbau erreicht in der „DDR“ einen Anteil von ganzen zehn Prozer*) erzeugte eine selbst im Absolutismus nur andeutungsweise erreichte Eintönigkeit und Gleichförmigkeit des Bauens. Wenn die „Bauschaffenden“ der „DDR“ einmal angetreten waren, „die durch den Bau- und Bodenwucher zerklüfteten Städte neu zu ordnen und vor allem das Wohnungselend des Proletariats beseitigen zu helfen“ (der greise Erbauer der Stalinallee, Hermann Henselmann, in einem Rückblick), so müssen sie sich von einem gerade in der „DDR“ mit Ausstellungen und Festreden gefeierten Zeugen beschämen lassen: Karl Friedrich Schinkel. Als Chefarchitekt im angeblich so „reaktionären“ Preußen erkannte dieser Mann schon vor 150 Jahren: „Die Einförmigkeit im Stil der Wohnhäuser hat etwas Unangenehmes, weil jedermann sofort das Gezwungene empfindet, den Besitzern von sehr verschiedenen Vermögens- und Berufsverhältnissen und überhaupt von versrhiedenen Ansichten des Lebens eine so gleichartige Form der Wohnungen aufzudrängen.“

Dieses „Gezwungene“, das in der Tat etwas über den Gesellschaftszustand der „DDR“ aussagt, ist heute das Erkennungszeichen der gesamten Neubautätigkeit in diesem Land, und zwar in einem Umfang, der auch den Regierenden inzwischen unheimlich geworden ist. Denn das Ziel des Städtebaus in der „DDR“ war ja einmal die gebaute Proklamation der „Befreiung des Menschen durch den Menschen“ gewesen. Die „sozialistischen Großstädte“ sollten weltweit vom „humanistischen Menschenbild“ und von der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus künden. Wie sie sich indessen entwickelt haben, bewirken sie das Gegenteil.

Mit großem publizistischem Aufwand, aber ohne sonderliches Echo in der Bundesrepublik, wurde deshalb vor wenigen Monaten das Ruder im Städtebau der „DDR“ herumgerissen. Zwar soll die „Lösung der Wohnungsfrage“ in unverminderter Anstrengung weitergehen (nach dem Programm von 1976 sollen bis 1990 für 200 Milliarden Mark drei Millionen Wohnungen gebaut oder modernisiert werden). Zwar sollen die gigantischen, alle Maßstäbe sprengenden Trabantenstädte zu Ende gebaut werden (wie Halle-Neustadt sind auch Leipzig-Grünau und Berlin-(Ost)-Marzahn für jeweils 100 000 Einwohner projektiert, also doppelt so groß wie das vielzitierte Märkische Viertel in West-Berlin), aber das Schwergewicht der Bautätigkeit soll sich nun auf die Erhaltung, Modernisierung und Rekonstruktion, auf das Bauen in den innerstädtischen Bereichen sowie in den Klein- und Mittelstädten verlagern.

Plötzlich ist wieder von der „vorhandenen Bausubstanz“ die Rede, die „aufgewertet“ werden müsse, von der Gleichwertigkeit „baukünstlerischer und ökonomischer Aspekte“, von der „harmonischen Verbindung von Altem und Neuem“, von der „Einmaligkeit der Stadt, des Ortes“. Die Flächenausdehnung der Städte soll „sinnvoll begrenzt werden“; ihre Funktionen will man, ganz im Gegensatz zur Charta von Athen, nun wieder verflechten, der „übermäßigen Ballung“ in bestimmten Regionen entgegenwirken.

Wie ist es zu diesem radikalen Umschwung in der zentralistischen Städtebauplanung gekommen? Gewiß gibt es auch in der „DDR“, wo Bürgerinitiativen nach westlichem Vorbild verboten sind, so etwas wie einen Druck von der „Basis“, von der Bevölkerung her. Nicht zufällig ist deshalb in den neuen Richtlinien immer wieder vom „Wohlbefinden und der Verhaltensweise der Menschen“ die Rede, auf die der Städtebau künftig eine stärkere „soziale Wirksamkeit“ entfalten müsse. Den Ausschlag aber gaben handfeste ökonomische Belange. So sind die volkswirtschaftlichen Gesamtaufwendungen für den Wohnungsbau am innerstädtischen Standort nach „DDR“-Berechnungen um 30 bis 40 Prozent geringer als in Stadtrandlage. Bei der Modernisierung von Altbauten können an Zement und Stahl sowie an Transportkosten sogar 70 bis 80 Prozent eingespart werden.

Deshalb sollen die Modernisierungsmaßnahmen bis 1985 auf 150 Prozent, die Instandhaltung auf 200 Prozent gesteigert werden. Bei Fassaden- und Dachreparaturen soll die „industriemäßige Durchführung“ von heute fünf auf dreißig Prozent zunehmen. Beim Wohnungsneubau werden weitere Rationalisierungsschritte vorgeschrieben: Senkung des Bauaufwands um 15 Prozent, des Raumheizungsbedarfs um 40 Prozent. Insgesamt soll die Zahl „technologischer Linien“ von heute 500 auf das Vierfache erhöht werden, um „Erscheinungen der Eintönigkeit und Schematismus“ entgegenzuwirken.

Es wäre überraschend, wenn sich diese Ziele nur halbwegs erfüllten. Wie um sie zu beschwören, werden sie in diesen Tagen erstmals auch einem westlichen Lesepublikum verkündet: im neuen Heft der Hamburger Zeitschrift „Stadt“. Auf 60 Seiten schreiben hier – ein Novum im ost-westlichen Kulturaustausch – ausschließlich „DDR“-Architekten und -Planer über „Elbflorenz und Spreeathen – Städtebau in der DDR“ (so der Titel des Heftes). Mit seinen reichen Illustrationen und seiner ausführlichen Bibliographie ist das Heft ein kulturelles Ereignis. Eine Garantie für die Einlösung der Versprechen ist es nicht.

„Da fließt noch viel Wasser die Elbe hinunter“, haben sich die Dresdner angewöhnt zu sagen. Immerhin könnten sie dem Heft entnehmen, daß die Pläne für den Wiederaufbau ihrer prominentesten Ruine erst einmal wieder auf Eis gelegt sind. „Die Ruine der Frauenkirche“, schreibt ihr Stadtarchitekt Heinz Michalk, „ist als Mahnmal – alles nur Mögliche für den Frieden zu tun – weiter zu gestalten. Weitergehende Maßnahmen bleiben künftigen Generationen vorbehalten.“



Auf den Trümmern alter Villen entstanden Großtafelbauten. Wie hier auf der Räcknitzhöhe in Dresden prägen sie seit den 70er Jahren vielerorts in der „DDR“ die Baulandschaft.

Franke falsche Erklärungen vorgeworfen

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hat dem früheren Minister Egon Franke (SPD) Abgabe falscher Erklärungen vorgeworfen. Anlaß dazu war die Aussage von Franke, auch seine Amtsvorgänger hätten für die besonderen humanitären Bemühungen im Verhältnis zur „DDR" auf Belege verzichtet.

Staatssekretär Ludwig Rehlinger erklärte gestern, vor der Amtszeit von Franke sei „stets und ohne Einschränkung nachgewiesen worden, wofür und wieviel Haushaltsmittel aufgewendet worden sind". Diese Nachweise seien „ohne Ausnahme" von den zuständigen Stellen des Parlaments kontrolliert worden. Nie habe es Beanstandungen gegeben. Zugleich verwies Staatssekretär Rehlinger darauf, daß diese Belege noch heute, 13 Jahre nach dem Amtsantritt von Franke, vorgezeigt werden könnten. Vom innerdeutschen Ministerium wurde zugleich darauf hingewiesen, daß das Kontrollgremium des Parlaments die humanitären Bemühungen im Blick auf Bürger in der „DDR" ausdrücklich von den gegen Franke erhobenen Vorwürfen ausgenommen habe.

Freigekaufte in Haft

Inzwischen wurden der WELT Einzelheiten über die Beratungen in dem Kontrollgremium bekannt. Unter anderem hat Ministerialdirektor Edgar Hirt, der engste Mitarbeiter von Franke, angegeben, er habe 200 000 Mark für eine Familie in der „DDR" gezahlt, um sie in den Westen bringen zu können. Bisher ist diese mehrköpfige Familie aber keineswegs frei. Recherchen anderer Behörden haben ergeben, daß sich noch alle Familienmitglieder in der „DDR" befinden: die Eltern sind sogar noch inhaftiert. In einem anderen Fall hat Hirt angegeben, er habe einem Arzt, der aus einem Ostblockland – nicht aus der „DDR" – freigekauft worden sei, eine Praxis eingerichtet. Den Namen des Arztes wollte er aber auch dem Kontrollgremium nicht nennen.

Bei einem Agentenringaustausch in Chile will der frühere Minister Franke 1977 hohe Schmiergelder gezahlt haben. Die dafür angegebene Summe – man spricht von mehreren hunderttausend Mark – fehlten aber erst 1979 in der Kasse. Geradezu abenteuerlich klingt die Schilderung, die Hirt im Zusammenhang mit der Austauschaktion des Kanzlerspions Guillaume gegeben hat. Damals war ein internationales Austauschpaket geschnürt worden, und ein in Südafrika einsitzender KGB-Offizier sollte an der Zonengrenze den Sowjets übergeben werden.

500 000 DM „draufgelegt"

Hirt schilderte, der KGB-Offizier Koslow sei mit einer Sondermaschine nach Frankfurt gebracht worden. Dort sei er in einen Hubschrauber verfrachtet worden, in den auch er, Hirt, und ein südafrikanischer Beamter eingestiegen seien. An der Zonengrenze habe der Südafrikaner erklärt, er werde Koslow nur einem sowjetischen Verbindungsoffizier namens „Boris" übergeben, der aber nicht anwesend gewesen sei. Um den Südafrikaner umzustimmen, habe er, Hirt, etwas „drauflegen" müssen. Er sprach von 500 000 Mark, die bezahlt worden seien. Später stellte sich allerdings heraus, daß mehrere Teilbeträge in einem Zeitraum von einem halben Jahr mit mehr als 460 000 Mark abgeflossen sind.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Befürworter des Bonner Kurses gewinnen Boden

Kieler FDP im Zwiespalt: Mal mit, mal gegen die CDU

STEFAN HEYDECK, Bonn

Unverhohlen kritisiert in Brunsbüttel an der Elbe ein FDP-Anhänger, daß er einerseits am 6. März mit seiner Stimme für die Fortsetzung der Bonner „Koalition der Mitte" sorgen soll; daß er aber eine Woche später bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein „gegen meinen Willen die Bundesregierung im Stich lassen" soll. Unter starkem Applaus ruft er im Hotel zur Traube Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff zu: „Das stört uns!"

Es ist das einzige Mal, daß Lambsdorff auf seiner Wahlkampfreise durch das nördlichste Bundesland die widersprüchlichsten Koalitionsaussagen für Kiel und Bonn vorgehalten werden. Geschickt löst er den Zwiespalt mit dem Hinweis, er wolle als Liberaler keinen „Einheitsbrei" und im übrigen werde man „auch in Zukunft in Bayern Franz Josef Strauß mit



seiner 60-Prozent-Übermacht die Leviten lesen". Und dann meint er, ohne die Nordlicht-FDP wegen ihrer SPD-Koalitionsaussage direkt anzugreifen, im bundesweiten Trend sprächen sich zunehmend nicht nur FDP-Wähler für die Fortsetzung des Bündnisses aus. „Das Risiko ist größer für die landespolitische Entscheidung."

Dieses Gefühl scheint sich auch bei der Parteiführung in Kiel, die mit dem Motto „Damit Glaubwürdigkeit eine Chance hat" angetreten ist, breitzumachen. So gibt es in einem neuen Landtagswahlkampf-Flugblatt keinen Hinweis mehr auf die SPD und – mitten im Kampf um Stimmen – sollte am Wochenende noch einmal das Konzept überdacht werden.

FDP-Wahlkampf in Schleswig-Holstein. Das ist nicht nur ein Ringen um Prozente. Das ist auch ein Gerangel zwischen linkem und rechtem Flügel im Lande, zwischen der Kieler Parteiführung und dem Kurs der Bundes-FDP.

So wird auf den Plakaten im Norden unter dem Motto „Damit Glaubwürdigkeit eine Chance hat" nicht wie sonst überall mit dem Foto von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, sondern mit dem des Landesvorsitzenden Uwe Ronneburger um die Zweitstimme geworben. Noch unübersehbarer sind die offenkundigen Seitenhiebe auf Genscher in einem Handzettel („Ehrlich in der Sache"): Die „Schleswig-Holstein-FDP" sei nach dem Bonner Koalitionswechsel „Wortführer der Liberalen, die sich mit Art und Weise des Wechsels nicht abfinden konnten" gewesen „und Uwe Ronneburger war – als Gegenkandidat von H.-D. Genscher – Hoffnungsträger all der Liberalen, die einen neuen, glaubwürdigen Anfang machen wollten", gewesen.

Noch Ende Januar schlug FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer bei einer Wahlkampfreise durch den Norden eine feindliche Stimmung entgegen, „wie sie überall im November zu spüren war". Doch offensichtlich ist das zumindest für die Basis vorbei. Der Bundestagsabgeordnete Wolf-Dieter Zumpfort, der mit Mühe auf Platz 3 der Landesliste gekommen war: „Die Leute wollen keinen innerparteilichen Streit mehr." Das wird auch im Bonner Thomas-Dehler-Haus registriert. Seit dem Freiburger Parteitag melden sich dort immer mehr Schleswig-Holsteiner, die auch nach dem 6. März eine Koalition zwischen Union und Liberalen wollen.

Das Emnid-Institut hat bei einer Befragung von 1200 Schleswig-Holsteinern Ende Januar herausgefunden, daß dort bei den Bundestagswahlen die SPD auf 45, die CDU auf 44 und die FDP sowie Grüne auf jeweils rund fünf Prozent kämen. Dagegen würden bei den Landtagswahlen am 13. März die CDU 49, die SPD 42, die FDP deutlich unter vier Prozent und die Grünen etwa fünf Prozent erhalten.

Trotz des zumindest „gestörten" Verhältnisses hat sich die Bundes-FDP nach erheblichem Zögern doch noch zu einer Großveranstaltung im Norden entschlossen. Am letzten Wochenende vor der Bundestagswahl wollen Genscher, Lambsdorff und Adam-Schwaetzer gemeinsam werben.

Bei einer Serie von Auftritten konnte in diesen Tagen Lambsdorff als einer der Wegbereiter der neuen Koalition bereits deutlich Zustimmung feststellen. Wenn auch auf seinen Veranstaltungen zunächst Zurückhaltung und Skepsis zu spüren war („So ist das hier nun mal"), so löste sich die Spannung immer nach kürzester Zeit. Der Minister stieß regelmäßig auf Anerkennung, weil er offen und manchmal sogar schonungslos das Bild der Wirtschafts- und Finanzpolitik skizzierte. Daß bei seinen Reden prominente Landespolitiker fehlten, schien niemanden zu stören. Denn seinen Zuhörern ging es nicht um Umwelt-, Rechts- und Innenpolitik, sondern um die drängenden Fragen der Arbeitslosigkeit, Rentensicherung und künftiger Investitionen.

Schon mit 58 in den Ruhestand

Bundesregierung plant entsprechendes Rahmengesetz, um den Arbeitsmarkt zu entlasten

GISELA REINERS, Bonn

Nach dem Wahltermin am 6. März kann alles ganz schnell gehen und noch in diesem Jahr ein Rahmengesetz über die Vorruhestandsregelung verabschiedet werden. Und wenn sich die Tarifpartner dann noch rasch einigen, können schon im nächsten Jahr Arbeitnehmer mit 58 Jahren in den Vorruhestand treten. Sie gehen nicht „in Rente" – dieser Schritt folgt erst mit 63, wenn die flexible Altersgrenze erreicht ist. Das sind die Pläne der Bundesregierung zur Entlastung des Arbeitsmarktes unter weitgehender Schonung der Rentenkassen.

Künftig soll also, wer will, schon mit 58 Jahren seinen Job aufgeben können und damit für einen Arbeitslosen – das soll eine Bedingung sein – seinen Platz frei machen.

Da in dieser Zeit der Wirtschaftskrise die Kassen der Sozialversicherung leer sind, kann weder die Renten- noch die Arbeitslosenversicherung gleichzeitig die Beitragsausfälle verkraften und Zahlungen an den Ruheständler leisten. So müssen also auch die Tarifpartner, vor allem aber diejenigen, die Arbeit und Einkommen haben, ihren Beitrag leisten. Der Gesetzgeber will nur die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Arbeitsverwaltung in Nürnberg erstellen.

Ein Prozent für den Vorruhestand

Wer also seinen Platz in Fabrik und Firma räumt, soll mindestens 68 Prozent seines letzten Nettolohns von seinem Arbeitgeber erhalten. Das ist auch die Höhe des Arbeitslosengeldes. Es gibt allerdings auch Varianten, die bis 75 Prozent gehen, um den vorgezogenen Ruhestand besonders attraktiv zu machen. Die Regierung hat sich noch nicht festgelegt, doch ist angesichts der gespannten Lage eher mit 68 oder 70 Prozent zu rechnen als mit mehr. Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg soll dem Arbeitgeber zwischen 40 und 50 Prozent seiner Zahlungen erstatten (sie müßte ja auch bei Arbeitslosigkeit zahlen), allerdings eben mit der Auflage, den Arbeitsplatz wieder zu besetzen. Den Rest sollen die Sozialpartner aufbringen, so die Beschäftigten über einen Verzicht auf einen Teil ihrer Lohnerhöhung.

Wenn zum Beispiel die Tarifanhebung (wie für dieses Jahr erwartet) durchschnittlich 3,5 Prozent beträgt, so soll ein Prozentpunkt davon für das Vorruhestandsgeld abgezweigt werden. Ob diese Gelder in einen Fonds eingezahlt oder verrechnet werden, ist offen. Nach Ansicht der Bundesregierung sollen die Tarifpartner das Problem lösen.

Offen scheint auch noch zu sein, ob die Nettolöhne, die der Berechnung des Vorruhestandsgeldes zugrunde gelegt werden, jedes Jahr entsprechend den Tarifabschlüssen angepaßt werden und welche Versicherungsbeiträge in welcher Höhe von wem zu leisten sind. Auf jeden Fall sollen Renten- und Krankenversicherungsbeiträge weiter fließen, schon um die spätere Rente nicht durch Beitragsausfall zu schmälern. Bei der Arbeitslosenversicherung wird es schwierig: Während die Haushaltspolitiker gern Geld in ihre Kassen bekämen, wenden die Ordnungspolitiker ein, es sei unsinnig, von jemandem, der seine Arbeit freiwillig aufgibt, Beiträge zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu fordern.

Offen ist auch noch, wie die Wiederbesetzung der frei gewordenen Arbeitsplätze vor sich gehen, wer dies bestätigen soll. Es gibt Pläne, diese Aufgabe dem Arbeitsamt zuzuweisen. Es wird aber auch eine Beteiligung der Betriebsräte vorgeschlagen.

Der arbeitsmarktpolitische Effekt wird von der Bundesregierung auf eine halbe Million geschätzt. Man geht davon aus, daß rund 936 000 Arbeitnehmer zwischen 58 und 65 Jahre alt sind. Die Summe teilt sich auf in 526 000 58- und 59jährige und 410 000 60- bis 65jährige. Aufgrund einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg glaubt man davon ausgehen zu können, daß von der ersten Gruppe 50 Prozent, von der zweiten etwa zwei Drittel, insgesamt 533 000 Menschen von dem Angebot Gebrauch machen werden. (Die flexible Altersgrenze wird inzwischen von 80 Prozent in Anspruch genommen.) Angesichts von drei Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt, mit denen die Regierung noch während dieses Jahrzehnts rechnet, wären eine halbe Million Vorruheständler schon eine Entlastung.

Ein weiterer großer Vorteil bestünde darin, daß die zwischen den Tarifpartnern zu treffende Regelung mit einer gewissen Laufzeit ausgestattet werden könnte. Das würde erlauben, daß bei einer besseren Konjunktur oder bei einsetzendem Arbeitskräftemangel aufgrund der Bevölkerungsentwicklung (Mitte der 90er Jahre treten die geburtenschwachen Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt) die Vereinbarungen wieder rückgängig gemacht werden können.

Nicht nur wegen der ins Auge gefaßten Reversibilität dieser Lösung ist die geplante Regelung eine Abkehr der Regierung von einer bisher verfolgten Linie. Noch in der Koalitionsvereinbarung vom 28. September ist die Rede davon, daß per Gesetz die flexible Altersgrenze gesenkt werden soll. Arbeitsminister Blüm (CDU) drückt das in der von ihm gepflegten volkstümlichen Sprache so aus: „Lieber bezahlen wir dem Opa die Rente, als dem Enkel das Arbeitslosengeld."

Döding-Plan diente als Grundlage

Eine Vorziehung des Rentenalters wäre aber, davon hat er sich inzwischen überzeugen lassen, ohne versicherungsmathematische Abschläge nicht zu finanzieren. Diese hätte aber kaum ein Ruheständler hinnehmen können, denn nach Berechnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin hätte das eine Kürzung der Rente, die mit 63 bezogen wird, um 7 Prozent pro Jahr bedeutet. Die durchschnittliche Rente eines Arbeiters beträgt jedoch mit 63 Jahren 1328 Mark. Mit 58 hätte er nur noch 850 Mark im Monat. Dafür würde niemand seinen Arbeitsplatz räumen, denn er müßte Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

Die SPD betrachtet diesen Sinneswandel in der Union mit einer gewissen Verärgerung und zeiht den Arbeitsminister, sich mit fremden Federn zu schmücken – wohl nicht ganz zu Unrecht. Denn die geplante Vorruhestandsregelung baut auf dem sogenannten Döding-Plan auf, einem Vorschlag des Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (ursprünglich gedacht als Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens), der vom damaligen SPD-Sozialminister Ehrenberg seit Anfang 1982 unterstützt und ausgebaut worden ist.

Widerstand regte sich damals vor allem bei der FDP, die sich, wie auch die Arbeitgeber, gegen jede Form von Arbeitszeitverkürzung sperrte. Auch heute wird in Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) ein „retardierendes Element" gegen die Vorruhestandsregelung gesehen, während die SPD trotz ihrer Verschnupfung Unterstützung des Regierungsvorhabens signalisiert hat.

Bei Prüfsteinen Nähe zu SPD signalisiert

GÜNTHER BADING, Bo[nn]

Als einen „Beitrag zur Versach[li]chung" des Wahlkampfes will d[er] DGB-Vorsitzende Ernst Breit c[...] von den Gewerkschaften herausg[e]gebenen „Wahlprüfsteine '83" v[er]standen wissen.

In der jüngsten Ausgabe d[er] Funktionärszeitschrift der IG M[e]tall „Der Gewerkschafter" all[er]dings wird ein Vergleich dies[er] Prüfsteine mit den Programm[en] der Bundestagsparteien vorgele[gt]. Die Tendenz wird dabei schon [in] der Vorbemerkung deutlich: „[Die] SPD hat ein Wahlprogramm, das [zu] allen angesprochenen Bereich[en] ausführliche konkrete Antwort[en] gibt." Verglichen werden da[bei] Prüfstein für Prüfstein nicht et[wa] die konkreten Aussagen der Part[ei]en, sondern eine von der Funkt[io]närszeitschrift selber erstellte Z[u]sammenfassung der Programme.

Schon optisch ist die Nähe z[ur] SPD im „Gewerkschafter" de[ut]lich: Obwohl CDU/CSU und F[DP] die Regierung stellen und die S[PD] diesmal die Herausforderer-Ro[lle] der Opposition im Wahlkampf übernehmen hat, wird die Zusa[m]menfassung der Parteiaussag[en] stets in der Reihenfolge SPD – Union – FDP abgedruckt. Vierm[al] – es gibt die vier „Prüfsteine" [Ar]beitslosigkeit, Mitbestimmung, [so]ziale Sicherheit und Frieden – kann auf diese Weise das zusa[m]menfassende „Ergebnis" des A[us]sagenvergleichs mit dem Satz [be]gonnen werden: „Die SPD erf[üllt] den Prüfstein." Daß das Ergeb[nis] für CDU/CSU und FDP aus die[ser] Sicht entgegengesetzt laut[et], nimmt nicht wunder.

Als Vorspann zu disesem „V[er]gleich" der Wahlprogramme ist [ein] Beitrag des DGB-Vorsitzend[en] Ernst Breit abgedruckt. Da[rin] weist er zum wiederholten M[ale] darauf hin, daß die „Prüfstei[ne]" keinesfalls die Wahlentscheidu[ng] des einzelnen Arbeitnehmers [be]rühren sollten. Sie seien ledigl[ich] ein „Beitrag zur politischen W[il]lensbildung" und als solcher a[uch] mit dem Prinzip der Einheits[ge]werkschaft vereinbar, das von [par]teipolitischer Neutralität ausge[ht].

Breit leistet allerdings sub[tile] Wahlhilfe für die SPD, de[ren] Hauptziel eine hohe Wahlbet[eili]gung ist, da diese sich erfahrun[gs]gemäß zugunsten der SPD a[us]wirkt. Vor allem will die SPD v[er]hindern, daß erneut ein Teil [der] eigenen Anhängerschaft zu Ha[use] bleibt. Und dazu schreibt E[rnst] Breit u. a.: „Ich würde es für v[er]hängnisvoll halten, wenn Arb[eit]nehmer sich von den unerfre[uli]chen Begleiterscheinungen [den] Blick für die Bedeutung die[ser] Bundestagswahl verstellen [lie]ßen." Der Arbeitnehmer müss[e] sich zweimal überlegen, ober „aus aktueller Stimmung der [Un]lust und des Überdrusses dar[auf] verzichtet, seine Stimme in [die] Waagschale zu werfen".

Genscher gegen neue Belastungen

AP, B[onn]

FDP-Vorsitzender Hans-Diet[rich] Genscher hat dem Deutschen [Ge]werkschaftsbund (DGB) ve[rsi]chert, die FDP werde in einer [neu]en Bundesregierung nach der W[ahl] am 6. März beharrlich gegen [die] Arbeitslosigkeit in der Bunde[sre]publik Deutschland ankämp[fen] und den Leistungswillen der [Be]völkerung wiederbeleben hel[fen]. Die FDP wolle den „Mut zum [Risi]ko freisetzen, weil sie da, wo a[nde]re an Bürokratie und an die W[irk]samkeit von Organisationen [und] Systemen glauben, auf die M[en]schen setzen und ihnen vertrau[en]", erklärte Genscher gestern in B[onn] in seiner Antwort auf die „W[ahl]prüfsteine" 1983 des DGB. Mit [Ent]schiedenheit sprach sich Gens[cher] gegen neue Belastungen der [Ar]beitnehmer aus.

Beim Kampf um Bonn werden Büttenreden zum Politikum

R. v. WOIKOWSKY, Bonn

Der Präsident des Festausschusses Bonner Karneval, Tom Jakobi, erhielt dieser Tage ungewöhnliche Post. Absender: Der SPD-Vize-Fraktionschef und Bonner Kandidat für den Bundestag, Horst Ehmke. Inhalt: Es sei unerträglich, in welchem Ausmaß die Karnevalisten seinem CDU-Gegenkandidaten und Bonner OB Hans Daniels den Wahlkampf auf der Karnevalsbühne ermöglichten.

Die Episode ließe sich in diesen tollen Tagen mit „Karneval tierisch ernst" oder „karnevalistische Politik" überschreiben, wenn sie nicht einen realpolitisch ernsten Hintergrund hätte. Das, worüber Horst Ehmke sich so erregt, läßt sich schlicht mit Oberbürgermeister-Bonus umschreiben. Seit Jahren ist es in Bonn üblich, daß der OB die närrischen Tollitäten in Form einer humorigen Ansprache proklamiert. Freilich konnte es sich der im Düsseldorfer Landtag an den harten politischen Stil gewöhnte Daniels angesichts des nahenden Wahltermins und der gefüllten Bonner Beethovenhalle nicht verkneifen, in Büttredner-Manier Seitenhiebe gegen die politischen Kontrahenten zu verteilen.

Dennoch scheint es verwunderlich, daß ausgerechnet der wortgewandte und gerne Spott verteilende Bundespolitiker Ehmke über diesen karnevalistischen Auftritt in Rage geriet. So läßt der Bonner SPD-Kandidat selbst trotz seiner zahllosen bundespolitischen Wahlkampfverpflichtungen keine Bonner Karnevalsveranstaltung aus, um den Daniels-Bonus auszugleichen und seinerseits um Stimmen für den 6. März zu werben. Zur Sitzung des Vaterstädtischen Vereins ließ er sich dazu noch spätabends von seiner Frau Maria von einer Wahlkampfveranstaltung in Dortmund nach Bonn chauffieren, und am Abend darauf nutzte er bei den Bonner Stadtsoldaten seinen „Ehmke-Bonus", um mit der Schlagersängerin Lotti Krekel auf der Bühne mit dem karnevalistischen Wahlvolk zu schunkeln.

Auf den ersten Blick scheinen Einsatz und Heftigkeit dieses typisch rheinischen Wahlkampfes unerklärlich, zumal in Bonn die politischen Verhältnisse seit Jahren eindeutig sind: Die CDU liegt bei leichtem Abwärtstrend bei um 50 Prozent, während die SPD bei etwa über 30 Prozent stagniert. Aber immerhin handelt es sich hier um das Direktmandat der Bundeshauptstadt – es geht ums Prestige –, und was noch wichtiger ist: Bonn ist der frühere Adenauer-Wahlkreis und damit vor allem für die CDU eine Verpflichtung und Tradition. Zusätzlich verschärft wurde dieser „Kampf um Bonn" jetzt durch Ehmke selbst. Er kündigte vor der Bonner Lokalpresse an, daß die örtliche SPD diesmal die 40-Prozent-Marke anpeile.

Welch schwere Verpflichtung Ehmke, der durch Liste abgesichert ist, damit übernommen hat, verdeutlicht ein Blick auf die Struktur der Bonner SPD. Ausgerechnet in der durch den Hauptstadt-Status entstandenen Beamten-Hochburg präsentieren sich die Sozialdemokraten seit vielen Jahren weit links von der Mitte. Mit einer fast an die heute von den Grünen betriebenen Personalpolitik erinnernde Taktik wurden praktisch alle gemäßigten Kräfte vom Engagement abgeschreckt.

Bevor Ehmke sich vor der letzten Bundestagswahl als Kandidat zur Verfügung stellte, hatten etliche prominente Sozialdemokraten – im Gespräch waren unter anderem Egon Bahr, der frühere Staatssekretär Heinz Ruhnau, seine frühere Kollegin Marie Schlei und sogar Willy Brandt – höflich abgewinkt. Auch Ehmke konnte 1981 bei seinem ersten Anlauf die Stimmen-Stagnation bei den Bonner Genossen nicht aufbrechen.

Für den CDU-Landtagsabgeordneten und Oberbürgermeister Hans Daniels geht es bei dem Wahlkampf um den „Adenauer-Wahlkreis", der bereits in der Weimarer Republik eine Hochburg der Zentrumspartei war, vor allem um einen repräsentativen Einzug ins benachbarte Bundesparlament. Bei einem deutlichen Stimmenerfolg könnte er besonders seine Kritiker, die ihm das Doppelmandat OB und Bundestag ankreiden, in die Schranken weisen. Aber auch Daniels trägt ein Erbe – kein politisches, ein privates – im Wahlkampfgepäck. Sein verstorbener Vater, Wilhelm Daniels, ebenfalls langjähriger Oberbürgermeister in der Bundeshauptstadt, war 1969 bei der CDU-internen Kandidatenaufstellung gegen den heutigen Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Alo Hauser unterlegen. Daniels trat als unabhängiger Kandidat an und holte damals nach einem privaten Wahlkampf beachtliche 20 Prozent der Stimmen. Es folgte ein Parteiausschluß, später wurde er in Ehren wiederaufgenommen.

Sohn Hans will den Namen Daniels jetzt mit 14jähriger Verzögerung im Deutschen Bundestag etablieren. Der Konfrontation mit Hauser ist Daniels junior in den vergangenen Jahren wohlweislich aus dem Wege gegangen. Mit einem Verzicht auf eine erneute Kandidatur machte Hauser vor diesem Wahlkampf den Weg für einen unangefochtenen „Erbfolger" frei.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Woikowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau, Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD. Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Gunter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

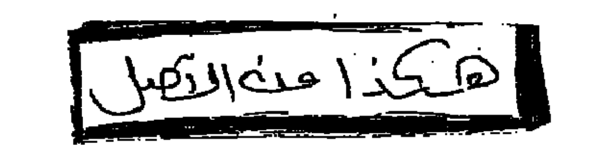
Herstellung: Werner Koziok

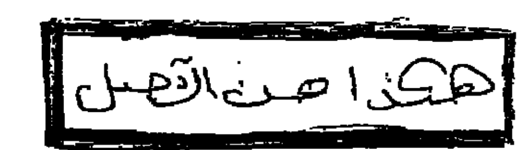
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6





Angriff auf Sowjet-Flughafen in Afghanistan

dpa/UPI, Islamabad

Afghanische Widerstandskämp-
r haben nach eigenen Angaben
i einem Angriff auf den Flugha-
n der Provinzhauptstadt Jalala-
d 41 sowjetische Soldaten getö-
t und sieben Helikopter sowie
edaranlagen zerstört. Wie die
achrichtenagentur der Wider-
andskämpfer weiter mitteilte, sei
eser Angriff der dritte innerhalb
r vergangenen zwei Monate ge-
esen. Insgesamt seien bei diesen
ilitäraktionen 117 sowjetische
ldaten getötet und 30 Helikopter
rstört worden.

In Peshawar haben die Wider-
andskämpfer nach diesen Infor-
ationen beim Abschuß eines so-
etischen Helikopters einen ho-
n Offizier getötet. Sie berichte-
n auch von erfolgreichen Angrif-
n auf eine sowjetische Militärgar-
son und auf einen Truppenkon-
i in der Umgebung von Jala-
bad.

Amnesty klagt Khomeini-Regime an

dpa/AFP, Bonn

Die Bürger Irans genießen heute
ch weniger rechtlichen Schutz als
der Zeit unmittelbar nach der
volution vor vier Jahren.

Dies geht aus Berichten hervor,
die Menschenrechtsorganisa-
n „amnesty international" jetzt in
er Broschüre veröffentlicht hat.
r Hinrichtungen gibt es danach in
len Fällen überhaupt kein Ge-
htsverfahren mehr. Außerdem
hren sich in jüngster Zeit Infor-
tionen über Folterungen angeb-
er oder wirklicher Gegner des
omeini-Regimes.

n der Broschüre wird von zahlrei-
en Hinrichtungen von Kindern
d schwangeren Frauen berichtet.
sei ein elfjähriger Junge, der als
isel für seinen untergetauchten
ter ins Gefängnis gebracht wur-
hingerichtet worden, weil er sich
genüber dem „geistlichen Rich-
frech benommen habe".

Ein Kommuniqué der „Volks-
djahedin", das jetzt in Paris ver-
entlicht wurde, untermauert den
richt von „amnesty internatio-
": Unter Berufung auf „zuverläs-
e Quellen aus Iran" heißt es dort,
allein in der letzten Januarwo-
1800 politische Häftlinge im
in-Gefängnis in Teheran hinge-
htet und auf einem Friedhof
mlich verscharrt worden seien.
meisten Leichen seien – auf
und von Folterungen – vollstän-
verstümmelt gewesen.

Regimekritiker Kyncl verläßt Heimat

dpa, Waidhaus

er tschechoslowakische Re-
ekritiker und Unterzeichner
Charta 77, Karel Kyncl, hat
ne Heimat verlassen. Die bayeri-
e Grenzpolizei teilte gestern
, daß er über den Grenzüber-
g Roßhaupt-Waidhaus bereits
Sonnabend in die Bundesrepu-
Deutschland gekommen sei.
ncl, der mit seiner Ehefrau Irina
den Westen kam, wurde von
nem Sohn Iwan, der seit 1980 als
rnalist in Großbritannien arbei-
an der Grenze erwartet. Der
ährige Kyncl erklärte, daß er
der sowjetischen Invasion in
Tschechoslowakei 1968 von der
izei überwacht worden war und
für 20 Monate ins Gefängnis
ßte. Nach der Unterzeichnung
Charta 77 war es ihm unmög-
gemacht worden, als Journa-
zu arbeiten. Das Ehepaar Kyncl
ßte in der Tschechoslowakei ei-
Tochter zurücklassen.

Disziplin allein schafft noch kein besseres Leben

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Jurij Andropow ist seit einem Vierteljahr „Generalsekretär des ZK der KPdSU". Wie er in den ersten Stunden nach dem Tode Breschnews am 10. November an die Macht kam, wird noch lange das Geheimnis weniger Eingeweihter bleiben. Bald wurde jedenfalls in Moskau gemunkelt, Andropow sei vom zweiten starken Mann des Politbüros, Verteidigungsminister Ustinow, durch rasche Vorentscheidung in einem Teil dieses obersten Führungsgremiums an die Macht gebracht worden.

Seinem Konkurrenten Tschernenko, der allgemein als Wunschkandidat Breschnews angesehen wurde, blieb danach keine Chance mehr. Ihm blieb nur die bittere Ehre, dem Plenum des ZK am 12. November Andropow zur Wahl vorschlagen zu dürfen. Es wäre nicht erstaunlich, wenn er beim nächsten Revirement im Politbüro gemeinsam mit anderen den Abschied bekäme.

SOWJETUNION

Bisher hat sich die Remedur Andropows im Parteiapparat auf Leute zweiten Ranges beschränkt. Die Veränderungen im ZK-Sekretariat, einer Art Überregierung der Sowjetunion, umfassen knapp ein halbes Dutzend Namen. Darunter befindet sich der aus Paris zurückgekehrte Botschafter Tscherwonenko, der jetzt offenbar für Auslandskader der Partei zuständig ist. Da sich der Generalsekretär eine wirksamere Propaganda wünscht, wozu auch die normale Pressearbeit zählt, hat er die entsprechende ZK-Abteilung mit Boris Stukalin besetzt und den Vorgänger Tjascholnikow als Botschafter nach Bukarest abgeschoben.

Das Bestreben Stukalins, die gesamte Parteipropaganda in seine Hand zu bekommen, ließ Beobachter längere Zeit eine Auflösung der ZK-Abteilung für Auslandspropaganda erwarten. Deren Vorsitzender Samjatin ist aber unverändert im Amt. Nur sein Stellvertreter, der frühere Bonn-Botschafter Falin, mußte gehen – offenbar aus Gründen, die in seinem familiären Bereich zu suchen sind. Der geschickte Diplomat landete wenig komfortabel als Kommentator bei der „Iswestija", während die freigeräumte Chefredaktion der Regierungszeitung an einen anderen fiel.

Sechs Mitglieder der Unionsregierung sind in dem Vierteljahr der Regentschaft Andropows abgelöst worden; kein einziger wurde durch den Regierungschef entlassen. Sie räumten einfach ihre Sessel, und die sowjetische Öffentlichkeit erfuhr praktisch nichts davon: Nur in einigen Fällen sind sie und die Nachfolger wenigstens in ihrer neuen Funktion von den Zeitungen beiläufig erwähnt worden. Minister sind nicht wichtig, wo die Partei regiert. Wenn sie gehen müssen, haben sie wohl ihre Ämter nicht zufriedenstellend geführt, sind den Versuchungen ihrer hohen Position erlegen oder haben aus anderen Gründen dem Parteichef mißfallen. Mit solchen Annahmen muß sich das Volk begnügen; Begründungen werden ihm nicht zugemutet. Sie könnten Unruhe stiften, mindestens aber das Ansehen der Führung beeinträchtigen.

Immerhin handelt es sich um einen stellvertretenden Ministerpräsidenten (wovon es allerdings gleich 14 gibt), um den Innenminister (Schtschjolokow, einen alten Breschnew-Freund) und um die Minister für Binnenhandel, Eisenbahntransport sowie Landbau. Außerdem mußte der Sportminister und NOK-Vorsitzende als neuer Botschafter in die Mongolei entweichen. Wohl als einziger war Genosse Pawlow aller Welt ein guter Bekannter. Der Reiz seiner neuen Tätigkeit dürfte in einem umgekehrten Verhältnis zu seinen bisherigen Einflußmöglichkeiten stehen. Das Innenministerium und damit der Polizeiapparat wird jetzt vom KGB-Mann Fjedortschuk geführt.

Der Wechsel an der Parteispitze ist für die meisten Menschen ein abstrakter Vorgang und wird nur nach seinen konkreten Auswirkungen auf die eigenen Lebensumstände beurteilt. Was bringt mir der Mann, und was mutet er mir zu? Nach dieser Elle gemessen, hat Andropow keine Wende bewirkt. Die Versorgung mit Lebensmitteln hat sich etwas verbessert. Was sonst noch besser werden soll, muß sich erst noch als Wirklichkeit zeigen: funktionierende Dienstleistungen, günstigere Einkaufsmöglichkeiten etwa. Solche Ankündigungen werden schon erheblich durch den höheren Zweck entwertet, dem sie dienen sollen: den Verlusten an Arbeitszeit entgegenzutreten.

Seit Wochen trommeln die Medien für mehr Arbeitsdisziplin in allen Bereichen. Allmählich geht das Wort den Menschen auf die Nerven, zumal von einem höheren Lebensstandard nichts zu hören ist. Statt dessen wird überall Einsparung gepredigt, von Brot über Strom bis zu den Rohstoffen. Preiserhöhungen sind zu erwarten. Die gesellschaftliche Moral soll gefestigt werden.

Nach dem Geschmack vieler Russen führt sich Andropow mit seiner Vorliebe für Ordnung und Effizienz ausgesprochen „deutsch" auf. Es gibt sogar Gerüchte, die seiner Mutter einen deutschen Namen zuschreiben; ihr zweiter Mann habe Andropow nur adoptiert. Für diese Stimmungslage ist bezeichnend, daß über den neuen Parteichef so gut wie keine Witze kursieren. Der kühl blickende, in sich gekehrt wirkende Herr bietet dafür keine Ansatzpunkte.

Mit verhaltener, etwas banger Ungeduld warten die Sowjetbürger auf deutlichere Anzeichen eines neuen Kurses. Niemand kann sich vorstellen, daß die Kräfte der Gesellschaft dabei etwas mehr Spielraum erhalten könnten. Allen ist bewußt, daß es die harte Hand Andropows war, die zu Zeiten Breschnews für eine fortschreitende „Reinigung" der Sowjetgesellschaft von Dissens und Opposition gesorgt hat. Regungen individueller und nationaler Eigenständigkeit gibt es kaum noch.

Neben den Bemühungen, die Wirtschaft auf Trab zu bringen, ist alles vorrangig, was der inneren und äußeren Sicherheit dient. Dem geistigen Leben wird „Erziehung" als Hauptaufgabe nahegelegt. Nicht nur die Jugend soll damit an die Kandare genommen werden. Das ganze Volk hat sich auf seine patriotischen Pflichten zu besinnen. Dafür will die Parteiführung die „Kulturschaffenden" mobilisieren.

Bessere Zeiten für die Menschen? Nein, ein besser funktionierendes Regime ist offenbar das Ziel des neuen Mannes an der Spitze.

Die Entente Moskau–Paris ist gestört

Frankreich läßt Einbeziehung seiner Raketen in die Genfer Verhandlungen nicht zu / Cheysson reist in die Sowjetunion

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Außenminister Claude Cheysson ist ein fast so reisefreudiger Mann wie sein deutscher Amtskollege Genscher. Auch Präsident Mitterrand steht er an Flug-Kilometern kaum nach. Morgen unternimmt er eine Reise, die über die Routine-Besuche in Afrika und Nahost (von wo Cheysson heute zurückkehrt) weit hinausgeht. Zum ersten Mal fliegt der sozialistische Außenminister nach Moskau, um mit Andrej Gromyko den Stand der nicht gerade guten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu besprechen.

Im Quai d'Orsay legt man Wert auf die Feststellung, daß diesem Besuch nichts außergewöhnliches anhaftet. Die beiden Minister haben sich bereits viermal gesehen, aber jeweils nur in einem Drittland, am Rande dreier UNO-Vollversammlungen oder Sonderkonferenzen und zuletzt bei Breschnews Beisetzung in Moskau im Januar 1983. Die Begegnungen waren kurz und eher eisig. Das Frankreich Mitterrands ist nicht mehr das Frankreich Pompidous oder Giscards. Die Beziehungen sind nicht mehr „automatisch gut", die Besuche französischer Präsidenten und Minister in Moskau nicht mehr „die Norm", heißt es in Paris.

Zur „Norm" kann man erst zurückkehren, wenn Moskau positiv auf einige massive Vorhaltungen antwortet, die von französischer Seite seit Mai 1981 erhoben werden. Diese richten sich gegen die anhaltende sowjetische Besetzung von Afghanistan, die Frankreich als einen klaren Bruch des Völkerrechts und als eine durch nichts gerechtfertigte Aggression ansieht. Sie richten sich außerdem gegen den Druck Moskaus auf das polnische Militärregime, mit dem Streben von „Solidarität" nach größerer gewerkschaftlicher Freiheit kurzen Prozeß zu machen, und schließlich gegen die sowjetische „Überbewaffnung".

Zu diesen Punkten – und einigen mehr – wird Cheysson klare Auskünfte verlangen. Er wird sich auch nicht scheuen, das Thema Menschenrechte anzuschneiden, Namen wie Sacharow und Schtscharanski werden genannt werden. Cheysson wird auch Unzufriedenheit über den sowjetisch-französischen Handelsaustausch äußern, der trotz sowjetischer Versprechungen im Rahmen der „großen Kommission" beider Länder, die zuletzt im November in Paris tagte, immer noch stark defizitär für Frankreich bleibt.

Außenpolitisch unabhängig

In Paris wird gerne daran erinnert, daß Frankreich zwar fest in die atlantische Allianz eingebunden, aber in seiner Außenpolitik völlig unabhängig ist und daher gerade in Moskau eine sehr offene, ja schonungslose Sprache sprechen kann. Es mangelt nicht an Hinweisen, daß Paris da in gewisser Hinsicht weniger die Hände gebunden hat als etwa Bonn, das zu einer gewissen Rücksicht auf die gesamtdeutsche Politik gezwungen ist.

Cheysson wird vor allem da freier argumentieren können, wo es um den NATO-Doppelbeschluß und die immer wieder von sowjetischer oder dritter Seite ins Spiel gebrachten französischen Atomraketen geht. Erst kürzlich sprach die sowjetische Agentur „Novosti" in einer durchaus positiven Wertung der französischen Politik von dem „unverständlichen Bestehen Frankreichs auf den amerikanischen Positionen in Genf, obwohl Frankreich an den dortigen Verhandlungen nicht teilnimmt und nicht in sie hineingezogen zu werden wünscht".

Cheysson wird in Moskau klar machen, daß Frankreich auf der Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa besteht, falls es in Genf nicht zu einer Einigung kommt, die das Rüstungsgleichgewicht in Europa wiederherstellt, das von der Sowjetunion einseitig und unprovoziert gebrochen ist. Er wird seine sowjetischen Gesprächspartner ausdrücklich auf die Rede verweisen, die Präsident Mitterrand vor dem Bundestag in Bonn gehalten hat, und auf dessen entscheidenden Passus, in dem Mitterand sagt: „Wer immer glaubt, eine Wette auf die Abkoppelung des europäischen vom amerikanischen Kontinent abschließen zu können, vergreift sich nach unserer Ansicht am Gleichgewicht der Kräfte und damit der Aufrechterhaltung des Friedens." Der französische Sozialist wird also sehr viel deutlicher als die deutschen Parteigenossen vor Illusionen warnen, man könne Europa von Nordamerika trennen und auf irgendeine „Sicherheitspartnerschaft" zwischen einer übergerüsteten Sowjetunion und einem Westeuropa hoffen, das des amerikanischen Schutzes entblößt wäre. Eine solche Politik wird in Frankreich als so selbstmörderisch angesehen, daß die Wünsche französischer Regierungskreise für den Ausgang der Wahlen in der Bundesrepublik eindeutig in Richtung auf einen CDU-Sieg zielen.

Souveräne Streitkräfte

Das gleiche gilt für deutsche Anmahnungen in Paris, sich doch endlich zu einem Mitzählen der französischen (und britischen) Nuklear-Systeme in Genf zu bequemen. „Die Genfer Verhandlungen sind nicht die unseren", heißt es dazu immer wieder im Quai d'Orsay. „Unsere nuklearen Streitkräfte sind und bleiben souverän. Sie sind gerade ausreichend, um uns gegen einen Angreifer zu verteidigen. In Genf geht es darum, daß zwei übergerüstete Großmächte ihr Zuviel abbauen und sich gegenseitig auf dem niedrigstmöglichen Niveau ausbalancieren. Wir warten mit verschränkten Armen, was dabei herauskommt."

Was bleibt an Positivem? Vielleicht dieses: Beide Staaten befürworten eine Regelung der Nahostfrage, welche die Rechte des palästinensischen Volkes auf eigene Existenz einbezieht.

Streitkräfte bleiben Suhartos Stütze

Diskussion über die Doppelfunktion der Armee / Generale der 45er Generation treten ab

CHRISTEL PILZ, Bangkok

In Indonesien haben die meisten der Generale und Admirale der 45er Generation das Pensionsalter erreicht. An ihre Stellen rücken die Offiziere der „Magelang"-Generation, so benannt nach der 1960 gegründeten Stabsschule in Zentraljava. Um sie einzuführen, will Präsident Suharto noch weitere fünf Jahre die Zügel in der Hand behalten. Am 11. März stellt er sich zur dritten Wiederwahl.

Die 45er Generation war es, die das Indonesien von heute baute. Als junge Männer erkämpften sie die Freiheit von einer 300 Jahre dauernden holländischen Kolonialherrschaft. Sie formulierten die Rechtsgrundlagen des Staates, wehrten 1965 den Putsch der Kommunisten ab und hoben die „Neue Ordnung" aus der Taufe, die den Weg zur Demokratie ebnen soll. Parallel dazu verlief ein Wirtschaftsaufschwung. Nach einer Statistik der Weltbank stieg das jährliche Pro-Kopf-Einkommen von einst weniger als 100 Dollar im vergangenen Jahr auf mehr als 500 Dollar.

Rückgrat der Regierung

Auf all dem soll die junge Garde weiterbauen, kontinuierlich, im Sinne ihrer Väter, die sich aus dem Ursprung ihres Soldatentums nicht nur als Verteidiger von Sicherheit und Freiheit verstanden. Sie nannten das „dwi-fungsi", eine Doppelfunktion. Die Diskussion darüber, ob diese Rolle der Streitkräfte auch für spätere Generationen gelten soll, zog sich über Jahre hin.

Als Indonesien Mitte der siebziger Jahre den Osten der Insel Timor annektierte, zeigten sich die Schwächen der Armee an hohen Verlusten. „Mangelnder Professionalismus", war das nüchterne Urteil der jüngeren Offiziere über sich selbst. Sie forderten eine bessere Ausbildung und bessere Ausrüstung. Überforderte die „Doppelfunktion" die Streitkräfte?

Es galt den Zweifeln entgegenzuwirken. 1978 versetzte Präsident Suharto den bisherigen Industrieminister General Jusuf in das Doppelamt des Ministers für Verteidigung und Kommandeurs der Streitkräfte.

Jusuf machte sich in Windeseile daran, die Truppen auf Vordermann zu bringen, bei Heer, Flotte und Luftwaffe überschüssiges Personal abzubauen und mit moderneren Waffen auszurüsten. Er bemühte sich zugleich, „Abri" (so die landesübliche Abkürzung für die Streitkräfte), soweit wie möglich aus den Querelen der Politik herauszuhalten. Die Streitkräfte, so ließ er wissen, seien eine Volksarmee, die gehörten allen Indonesiern, nicht irgendeiner Regierung.

Die Diskussion um die Fortsetzung ihrer Doppelfunktion flachte ab. Das Konzept Jusufs erlaubte die Beibehaltung der sozialen Funktion wieder akzeptabel zu machen, zumal Beobachter davon ausgehen, daß die Militärs noch weitere 15 bis 20 Jahre das Rückgrat der Regierung bilden müssen.

Die Militärs verfügen über eine landesweit funktionsfähige Organisation. Sie erhalten eine Ausbildung, die weit über der des Durchschnittszivilisten steht, und die sie obendrein zu Führern erzieht.

Offen bleibt die immer wieder diskutierte Frage: Wie soll „dwi-fungsi" in der Praxis aussehen? So beeindruckend das Erbe der 45er Generation ist, so hat es auch Schwächen, ja Risse. Da ist die den gesamten Staatsapparat durchziehende Korruption. Da ist die umstrittene Entwicklungsstrategie, die Großprojekten Vorrang vor arbeitsintensiven Vorhaben gab. Da sind die wenig bliebten Chinesen, die die Privatwirtschaft dominieren und riesige Gewinne aus dem Aufschwung ziehen. Da ist auch der Islam, dessen Vertreter auf mehr Mitsprache in der Regierung pochen.

„Wir wollen lernen"

Wenig bekannt ist, was die junge Garde, die als kritisch, verantwortungsbewußt und intelligent gilt, über all diese Fragen denkt. Selbst diejenigen, die schon in führenden Positionen stehen wie der Chef des „strategischen Kommandos", Brigadegeneral Rudini, oder der Stabschef der Diponogoro-Division, Sarwono, sprechen darüber nur selten in der Öffentlichkeit. „Wir sind weder Revolutionäre noch Jungtürken", erklärte einer von ihnen gegenüber der WELT. „Wir wollen lernen und uns auf die Aufgaben der Zukunft vorbereiten."

Mit dem Ausscheiden der 45er Generation braucht Präsident Suharto nicht länger Rücksicht auf alte Loyalitäten zu nehmen. Er hat seine Kameraden gut versorgt. Sie können Ämter in der zivilen Administration erhalten oder in die Wirtschaft gehen. Ohnehin sind die führenden Positionen der Staatsunternehmen, des zivilen Staatsapparats sowie die Hälfte des Kabinetts von ehemaligen Militärs besetzt. Suharto hat jetzt freie Hand, bei der Aufstellung seiner Mannschaft Können und Kenntnisse als Kriterien zugrunde zu legen.

Polen will freie Arztwahl „zur Probe" zulassen

J. G. GÖRLICH, Bonn

Als erstes osteuropäisches Land will Polen demnächst die freie Arztwahl einführen. Drei Varianten werden dabei den Patienten angeboten. Bei Variante A muß der Arzt 2500 Krankenscheine (Kinderärzte 1200) vorlegen, um seinen Monatslohn zu erhalten. Bei Variante B werden dem Arzt zwei Krankenschwestern zugeteilt, dafür muß er monatlich 4000 Scheine (Kinderärzte die Hälfte) vorlegen. Variante C sieht vor, daß der Patient sich den Arzt seines Vertrauens in der staatlichen Gemeinschaftspraxis unter vielen aussucht.

Polens Militärregierung will offenbar die miserable Lage im Gesundheitswesen verbessern. Die Versorgung der Krankenhäuser mit medizinischem Gerät, Zubehör, Medikamenten und Lebensmitteln ist katastrophal. Es herrscht akuter Personalmangel, weil Ärzte und Krankenschwestern lieber in Betrieben und staatlichen Gemeinschaftspraxen arbeiten. Sie verdienen dort zwar nicht viel mehr, haben aber eine geregelte Arbeitszeit.

Es gibt kaum Medikamente. Den Mangel an Heilkräutern hat man leidlich beseitigt, seit ganze Armee-Einheiten fürs Kräutersammeln abkommandiert werden.

Die Regierungszeitung „Rzeczpospolita" räumte ein, daß die neue Maßnahme, die ja vorerst als „Experiment" gilt, nur halbherzig von den Gesundheitsfunktionären unterstützt wird.

Wer in Polen bevorzugt und ordentlich medizinisch betreut werden will, schneller unters Messer möchte oder Hausbesuche wünscht, muß Ärzten und Pflegepersonal ein „Trinkgeld" geben.

Zur Airline des Jahres gewählt

Köln, 24. Januar

Die amerikanische Fachzeitschrift „Air Transport World" hat jetzt die Deutsche Lufthansa zur Fluggesellschaft des Jahres 1982 gewählt. Vorstandsvorsitzender Heinz Ruhnau nahm die Auszeichnung kürzlich in Washington entgegen. „Air Transport World" begründet die Wahl in der neuesten Ausgabe des Magazins damit, daß sich die Lufthansa nicht nur durch gleichbleibende Qualität in ihren Passagier- und Frachtdiensten auszeichnet, sondern auch durch einen besonderen Pioniergeist auf technologischem Gebiet.

In der Begründung heißt es, „die Bereitschaft und Fähigkeit, in neue Technologien zu investieren und diese effizient und zum Wohl des Luftverkehrs einzusetzen, ist nur ein Schritt auf dem Erfolgsweg einer Fluggesellschaft." Allein in dieser Hinsicht habe sich die Airline einen Namen gemacht.

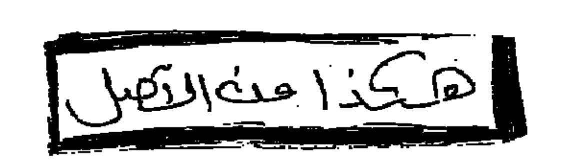
Besonderes Lob ließ das amerikanische Fachmagazin der Rolle des Carriers als Initiator der Boeing 737, des Boeing 747-Frachters und neuerlich auch des Airbus 310, zukommen.

Aus „DVZ" vom 25.1.1983



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.



\lternativen zur Null-Lösung bringen 3ewegung in den Abrüstungspoker

\ATO muß „globalen Ansatz“ für Gewichtung der Mittelstreckenwaffen beibehalten

on RÜDIGER MONIAC

Jach der Ankündigung des ame- rikanischen Vizepräsidenten :orge Bush, die USA überlegten meinsam mit ihren Verbündeten ternativen für die Genfer Verndlungen, kommt die vielstimg geforderte „Bewegung“ in den)rüstungspoker um die Mittel- eckenwaffen.

Nun wird verwirklicht, was Bush f seiner jüngsten Europa-Reise :ht müde wurde, immer wieder sagen. Der Westen beharrt nicht f einer Position des „Alles oder :hts“. Er zeigt sich flexibel, auch :nn die Sowjetunion den Ein- ıck zu verbreiten versuchte, die ;A seien schuld daran, wenn die ttelstreckenverhandlungen „in r Sackgasse“ steckten. Das war : der Fall.

Paul Nitze, der amerikanische ıterhändler in Genf, wies bei der inchner Wehrkunde-Tagung chmals darauf hin, daß die So- etunion am Verhandlungstisch h vorher so verhalten habe, als ıuche sie auf die westlichen Si- erheitsinteressen nicht einzugen. Die Diplomatensprache, ins ndfeste übersetzt, besagt, Mos- ı ist in Genf keineswegs auf ıen Kompromiß aus gewesen d hat auch nicht auf einen Aus- ich der eigenen wie der westli- ən Interessen gesehen. Es hat iglich die Taktik verfolgt, mit : öffentlichen Meinung im We- n als „Verbündetem“ der NA- -Verhandlungsposition die Un- stützung der Bevölkerung zu ziehen.

'e mehr die politischen und mili- ischen Hintergründe, die seiner- t zur Formulierung des NATO- ppelbeschlusses führten, den rgern, besonders den Bürgern der Bundesrepublik, einsichtig rden, um so weniger verfängt : sowjetische Konzept.

hmidts öffentliche arnung in London

'enn die NATO, voran die USA, die Genfer Verhandlungen r Alternativvorschläge zur l-Lösung nachdenkt, tut sie das dem Hintergrund der Entste- gsgeschichte des Doppelbe- usses. Er muß einmal in Erin- ıng gerufen werden.

islang kursiert in der Öffent- keit eine die Tatsachen nicht erfassende Version, die mit der ihmten Rede Helmut Schmidts Herbst 1977 in London beginnt. t wies der damalige Kanzler ig zu Recht auf die Tatsache r Veränderung der sowjeti- ən Nuklear-Angriffsoptionen in Gestalt der SS-20-Raketen hin. Indem er das tat, wollte er die USA mahnen, bei den Rüstungsverhandlungen über die strategischen Waffen (damals SALT) die Grenze bei der Reichweite nicht so willkürlich zu ziehen, daß dabei die Sicherheitsinteressen Westeuropas in der später dann so genannten „Grauzone“ verschwänden.

Parallel zu Schmidts öffentlichen Warnungen war längst in den zuständigen NATO-Gremien die Überlegung angestellt worden, wie angesichts der unaufhörlich gewachsenen sowjetischen Angriffsfähigkeiten – vor allem aber nicht nur bei konventionellen Streitkräften – die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion erhalten werden könne. Die NATO suchte nach militärischen Instrumenten, mit denen sie die sowjetischen Militärverbände der Zweiten Strategischen Staffel wirksam bekämpfen könnte.

Dies war der Ansatz zur Steigerung der Reichweiten für die Pershing-Raketen auf 1800 Kilometer. Im NATO-Kalkül war vorgesehen, atomare Angriffsmittel zur Verhinderung des sowjetischen Kräftenachschubs für die Front gegen Mitteleuropa in Dienst zu stellen. So dachten die militärischen Planer.

Die Entwicklung der Politik in der NATO jedoch verdrängte dieses Konzept. Statt des „operativen“ Ansatzes rückte der „rüstungskontrollpolitische“ in den Vordergrund. Die Pläne zur Modernisierung des taktischen Atompotentials der Allianz in Europa (früher unter dem Kürzel TNF geführt) gerieten so in das Kräftebild US-Mittelstreckenwaffen gegen sowjetische SS 20, und dies vor allem dank des Engagements von Helmut Schmidt. Er propagierte im Bunde mit Giscard d'Estaing (Frankreich) und Callaghan (Großbritannien) beim Vierergipfel in Guadeloupe die These: Wenn die NATO die atomare „Nachrüstung“ als Faustpfand am Verhandlungstisch gegen den Abbau der SS 20 setzt, müßte das die Sowjetunion zu Konzessionen bewegen.

Nach diesem Konzept wird nun seit mehr als einem Jahr am Genfer INF-Tisch verhandelt (aus TNF wurde INF, entsprechend der Akzentverschiebung vom operativen zum rüstungskontrollpolitischen Ansatz des NATO-Modernisierungsprogramms).

Daß die vom Westen vorgeschlagene Null-Lösung der NATO die Möglichkeit nähme, Atomwaffen gegen die Staffel verfügbar zu haben, ist in der öffentlichen Auseinandersetzung bislang völlig unbeachtet geblieben. Kritiker des Doppelbeschlusses haben niemals anerkannt, daß die westliche Allianz damit eine wichtige Option zur militärischen Verteidigung aufgibt, die sich die Sowjetunion, unabhängig davon, was rüstungskontrollpolitisch mit den SS 20 geschieht, spiegelbildlich trotzdem erhalten kann. Auch geriet in Vergessenheit, daß das ursprüngliche Modernisierungsprogramm für das TNF-Potential der NATO weit mehr umfaßte als die Reichweitensteigerung über tausend Kilometer hinaus. Es enthielt den neuen Sprengkopf „Neutronenwaffe“ zur Begrenzung von ungewollten Nebenschäden wie auch höhere Treffgenauigkeit für neue Raketen mit Reichweiten unter tausend Kilometer, dazu sogenannte „Erdeindringer“ zur Zerstörung verbunkerter Anlagen und Rollbahnen.

Die Prinzipien der militärischen Balance

Wenn Moskau nun in Genf, wie sich zeigt, die Null-Lösung trotz der in ihr enthaltenen westlichen Konzessionen nicht akzeptiert, müssen westliche Alternativ-Vorschläge militärisch-operativ wie rüstungskontrollpolitisch ausgewogene Bedingungen zwischen Ost und West schaffen. Das ist angesichts des ungleichen militärischen Kräfteverhältnisses ohnehin schwer genug.

An folgenden Prinzipien haben sie sich zu orientieren: 1. Die NATO darf ihren „globalen Ansatz“ für die Gewichtung der Mittelstreckensysteme nicht aufgeben. Würde sie es tun, wäre der Sowjetunion vertraglich das Recht verbrieft, SS-20-Raketen aus dem Reichweitenbereich gegenüber Europa herauszunehmen und ihren „Beeinflussungsdruck“ zusätzlich gegen asiatische Länder zu richten. 2. Zur Berechnung des Kräfteverhältnisses müssen Sprengköpfe gezählt werden, nicht Abschußrampen. Jede Reduzierung muß am Ende zahlenmäßigen Gleichstand in Ost und West ergeben, und dies ohne Einrechnung der französischen und britischen Raketen.

Franz Joseph Strauß hat dies auf die treffende Formel gebracht, die Sowjetunion sinke auf ein Potential minus X, die NATO steige auf eins von null plus Y. Hinter dem Ypsilon verbirgt sich die westliche Nachrüstung. Wie umfangreich sie werden muß, hängt davon ab, was Moskau zur Verschrottung anbietet. Die NATO kann nur eine Alternative zur Null-Lösung akzeptieren, wenn mehrere hundert sowjetische Sprengköpfe zur Disposition gestellt werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

1oskauer Arithmetik

ıbinett Schmidt hätte auch „singulär' hgerüstet“; WELT vom 22. Januar

; beeindruckt, in welch umfas- ler und subtiler Strategie die jets die Propagandakampagne ən die Nachrüstung der NATO eiben. Admiral Gorschkow, rbefehlshaber der Seekriegs- e und Stellvertreter des Vertei- ıngsministers der UdSSR ver- ntlichte jetzt in Nr. 1/83 der RINERUNDSCHAU, einer der :en führenden Marinefachzeit- iften unseres Landes, einen be- kenswerten Aufsatz über „Die :ke der Seestreitkräfte des So- staates – ein wichtiger Faktor Sicherheit der UdSSR“. Be- kenswert nicht zuletzt wegen er Abstimmung auf die aktuel-)iskussion in unserem Land : das Kräfteverhältnis NATO– schauer Pakt.

ər Admiral trägt sein Schwarz- ß-Gemälde der aggressiven Im- alisten und der friedliebenden jetunion zwar reichlich dick aber wahrscheinlich ent- :ht diese Zumutung (so emp- e ich diesseits des Eisernen hangs sein einschlägiges Voka- ır) seiner Lagebeurteilung über Ostdrift in der veröffentlichten nung im Westen Deutschlands. tiler und raffinierter pflegt schkow jedoch den Umgang den Fakten. Diese internatio- anerkannte Größe auf dem Ge- der Seemachtpolitik und der itimen Rüstung beweist schla- d mit Zitaten des US-Verteidi- gsministers und dessen Mari- ünister-Kollegen den aggressi- und hegemonistischen Kurs hingtons. Wer erkennt schon, die Zitate aus dem jeweiligen ıtex herausgelöst sind? Der so- ɪische Admiral unterstreicht e Aussage durch die wirkungs- e Schilderung der dreifachen ərlegenheit der NATO bei gro- Kriegsschiffen. Er verschweigt ei nicht die eigene Überlegen- im Bereich der U-Boote, je- h – ohne sie zu quantifizieren!

m es kurz zu machen, aller- gs nicht nach Gorschkow zi- t: Die USA haben z. Zt. 32 m-U-Schiffe im Dienst, deren ɪeten maximal 4768 Sprengköp- nit 324 Megatonnen einsetzen nen. Die Sowjetunion unter- . 62 Atom-U-Schiffe mit maxi- 3636 Sprengköpfen von 723 ɡatonnen Sprengkraft. U-Boote l, weil schwer zu entdecken, ezu unverwundbar und damit ıt nur ein höchst wichtiger Teil nuklearen Abschreckung, son- h auch ideale Zweitschlag- fte.

Ich meine also, daß man beim Vergleich der Zahlen und im Hinblick auf die wischen den USA und der UdSSR ausgehandelten Rahmenbedingungen für eine Gleichwertigkeit der strategischen Nuklearwaffen von sowjetischer Unterlegenheit und Bedrohung durch die NATO nicht sprechen kann. 8384 nukleare Sprengköpfe mit 1047 Megatonnen Sprengkraft auf kaum verwundbaren Atom-U-Schiffen: mir kann keiner einreden, daß angesichts dieses irrealen Vernichtungspotentials der beiden Supermächte die 98 französischen mit je einem und die 84 britischen ballisitischen Raketen mit je drei Sprengköpfen, also weitere 350 thermonukleare Ladungen in durchweg älteren, flächendeckenden Systemen, das Gleichgewicht in der Abschreckung verändern!

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Sievert, Wilhelmshaven

Dauer-Phönix

„Hemdsärmelig und mit aller Kraft die Weltmächte drängen“; WELT vom 26. Januar

Was die SPD mit der Glamour-Reklame für „Vogel-Superstar“ auf Wahlplakaten und -Broschüren dem Gedächtnis und dem Durchblick des von ihr kreierten „politisch mündigen Bürgers“ zumutet, ist vielleicht agitatorisch gekonnt – ansonsten absurdes Theater und nur peinlich. Diese Punktstrahler-Werbung macht den brennenden Ehrgeiz des sozialistischen Bannerträgers Vogel, der es an sich doch besser wissen müßte, jedermann sichtbar.

Vogel ist ja auch über diese Charaktereigenschaften wiederholt gestolpert. In der Bayerischen Landtagswahl 1974 versuchte die SPD ihren Mann mit der heute geradezu harmlos klingenden Parole „Bayern braucht Dr. Vogel!“ zu verkaufen. Nun – die Bayern waren anderer Ansicht: Die CSU fuhr mit dem Traumergebnis von 62,1 Prozent ihren größten Sieg in die Scheuern.

Mich wundert, daß dieser 74er Totalreinfall des heutigen „Retters der deutschen Interessen“ von der CDU/CSU bisher noch garnicht unter die Wähler gebracht worden ist. Mit demagogischer Chuzpe versucht die SPD ihren dreimal gescheiterten Kandidaten Vogel – OB München, Bayerische Landtagswahl 1974, Berlin-Wahl 1981 – als „Phönix aus der Asche“ darzustellen.

Ob die deutschen Wähler 1983 auch so klar sehen wie die bayerischen 1974?

Mit freundlichen Grüßen
Walter Benecke, Lichtenfels

Redaktion behält sich das Recht Leserbriefe sinnentsprechend zu en. Je kürzer die Zuschrift ist, desto ɜer ist die Möglichkeit der Veröf- lichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Zu einem Empfang anläßlich des 80. Geburtstages des Journalisten **Hans Wendt** bitten am kommenden Donnerstag in Bonn die Vereinigung Europäischer Journalisten, die Deutsche Welle Köln und zahlreiche andere Institutionen. Hans Wendt gehörte in der Bundeshauptstadt einmal zu den „Erfindern“ und Vorkämpfern des Fernsehens aus dem Bundestag. Ab 1950 war er Leiter des Bundeshaus Studios des Nordwestdeutschen Rundfunks und gehörte früher zu den engeren Vertrauten des damaligen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers. Die ersten Übertragungen aus dem Bundeshaus begannen vor genau 30 Jahren. 30 wichtige Debatten wurden anschließend unter der Leitung von Wendt gesendet. Hans Wendt war Mitbegründer der Bundespressekonferenz in Bonn.

EHRUNG

Ewald von Kleist, Organisator der Internationalen Wehrkundetagung, die jetzt zum 20. Mal in München stattfand, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Zur Tagung am letzten Wochenende hatten sich mehr als hundert Politiker, Wissenschaftler und Journalisten zum Gedankenaustausch über die Bedingungen der Friedenssicherung getroffen. Der amerikanische Senator John G. Tower, ein langjähriger Teilnehmer der Münchner Begegnung, ehrte von Kleist bei einem Toast mit der Bemerkung, er habe mit dieser Tagung wesentlich zum Zusammenhalt im atlantischen Bündnis beigetragen.

GESTORBEN

Hans Reiser, Mitglied der Chefredaktion der „Süddeutschen Zeitung“ und Leiter des innenpolitischen Ressorts, starb im Alter von 53 Jahren an Herzversagen. Reiser arbeitete seit 20 Jahren für diese Zeitung, deren Bonner Redaktion er 1964 übernommen hatte. In der Bundeshauptstadt leitete Reiser von 1968 bis 1970 die Bundespressekonferenz, die Vereinigung der Parlamentsjournalisten. 1971 wechselte Reiser nach München über. Der Chefredaktion gehört er seit 1976 an.

Wort des Tages

„Gerechtigkeit gibt jedem das Seine, maßt sich nichts Fremdes an und setzt den eigenen Vorteil zurück, wo es gilt, das Wohl des Ganzen zu wahren.“

Ambrosius, Kirchenvater (4. Jahrhundert)

Streit über Bahrs Thesen zu NATO-Beschluß

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In Bonn sind die Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr zum Einfluß der im NATO-Doppelbeschluß notfalls vorgesehenen Nachrüstung auf die innere Stabilität der Bundesrepublik mit Sorge und Skepsis aufgenommen worden. Bahr hatte auf der Münchener Wehrkundetagung die Ansicht vertreten, die Stabilität von NATO und Bundesrepublik habe für ihn Vorrang vor neuen Waffen.

Bahr brachte die Auseinandersetzung um den Doppelbeschluß auf die Formel: Die Alternative laute. Stabilität der NATO oder neue Waffen. Wenn die neuen Raketen kämen, würde es zu einer inneren Destabilisierung der Bundesrepublik und damit des atlantischen Bündnisses kommen. Er, Bahr, gebe aber der Stabilität des Bündnisses Vorrang vor neuen Waffen.

In Bonn wurde darauf hingewiesen, daß Bahr selbst den Boden für eine mögliche Destabilisierung in der Bundesrepublik mit seinem Aufsatz in der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts" vom 10. Februar gelegt habe. Dort hieß es: „Das Gerede über ein Zwischenabkommen ist der Versuch, die Menschen an die Raketen in kleinen Dosen zu gewöhnen ... Wir sollen uns gedanklich wegbewegen von einer Lösung, die die Stationierung amerikanischer Raketen überflüssig macht. Das ist nicht akzeptabel."

Bereits in München hatte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, Bahr entgegnet, mit seiner These „Innere Stabilität oder neue Waffen" lege er die Axt an die Wurzeln der repräsentativen Demokratie und der Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Offenbar sei Bahr willens, in einer für die westliche Friedenssicherung vitalen Frage zurückzuweichen vor einer Minderheit, die ihren Standpunkt notfalls mit Gewaltaktionen gegen die Beschlüsse der demokratisch gewählten Mehrheit durchzusetzen versuchen.

In Bonn wurde darauf hingewiesen, daß bereits die Regierung Schmidt/Genscher für den Fall, daß die Genfer Mittelstreckenverhandlungen mit der Sowjetunion ein „Null" in der westlichen Nachrüstung nicht erlaubten, die Stationierung der neuen US-Waffen (Pershing 2 und Marschflugkörper) vom Herbst 1983 an eindeutig beschlossen habe. Diese „Automatik" scheine Bahr aufbrechen zu wollen.

Kiep: Unmut in USA über Zweifel der Europäer

Wenig Verständnis für Abrücken von Null-Lösung

BERNT CONRAD, Bonn

In der amerikanischen Regierung herrscht – trotz der positiven Reaktion auf die Europareise von Vizepräsident George Bush – Betroffenheit darüber, daß viele Westeuropäer an dem Willen der USA zweifeln, bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen (INF) zu einem Ergebnis zu kommen. Diesen Eindruck hat CDU-Präsidiumsmitglied Walther Leisler Kiep, wie er gestern der WELT mitteilte, bei einem soeben beendeten Besuch in Washington gewonnen.

Kiep war unter anderem mit Verteidigungsminister Caspar Weinberger, Staatssekretär Lawrence Eagleburger, Zentralbankpräsident Paul Volcker sowie führenden Wirtschaftsexperten und Kongreßabgeordneten zusammengetroffen. Der Unionspolitiker berichtete, obwohl die Amerikaner auf Drängen der Europäer jetzt eher zu Zwischenergebnissen in Genf bereit seien, bestehe doch wenig Verständnis für den Wunsch nach Aufgabe der von den Europäern übernommenen Null-Lösung, „nur weil die Sowjetunion ihrerseits eine Null-Lösung ablehnt".

Kiep betonte gegenüber der WELT: „Die Neigung, ständig Verhandlungsziele, die man aufgestellt hat, bei einem zögernden Verhalten des Gegenübers, in diesem Fall der Sowjetunion, selbst in Frage zu stellen und neue Kompromisse anzubieten, bedeutet in letzter Konsequenz, den Verhandlungserfolg in Frage zu stellen." Nach Ansicht des CDU-Politikers sollte der Westen in Genf dabei bleiben, den Sowjets zu sagen: „Wir haben einen vernünftigen Vorschlag auf den Tisch gelegt – jetzt sind Sie an der Reihe. Wenn Sie etwas anderes vorschlagen, werden wir es gründlich prüfen."

Bei seinen Gesprächen in Washington habe er auch eine „große, weitverbreitete Betroffenheit" über die gewandelte Außen- und Abrüstungspolitik der SPD festgestellt, fuhr Kiep fort. „Diese Sorge läßt sich in der Aussage zusammenfassen, daß zum erstenmal seit 1949 vor einer Bundestagswahl die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik von den beiden großen Parteien unterschiedlich beurteilt werden und daß die SPD einen Kurs eingeschlagen hat, der dem gemeinsamen Bündnisverständnis nicht entspricht."

Sollte sich die offizielle Position der Bundesrepublik zum Nachrüstungsbeschluß der NATO verändern, würden die Vereinigten Staaten nach Ansicht des CDU-Präsidiumsmitglieds ihre Gesamtbeziehungen zur Bundesrepublik und zu Europa überprüfen. Dann könnte die jetzt schon erkennbare Gefahr eines Handelskrieges zwischen den USA und der EG noch sehr viel bedrohlicher werden. Kiep: „Ich glaube, es wird nach der Wahl am 6. März einer großen Anstrengung der Bundesregierung als Präsidialmacht der Europäischen Gemeinschaft bedürfen, um diese Dinge auf höchster Ebene zu besprechen."

Demgegenüber hat sich nach den Eindrücken des CDU-Politikers in der Frage des Ost-West-Handels in letzter Zeit eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Europäern und Amerikanern ergeben, die sich vor allem auf drei Punkte bezieht:

- Die Cocom-Liste soll unter dem Gesichtspunkt überprüft werden, ob darin strategische Güter wirklich in ausreichendem Maße enthalten sind und damit sichergestellt ist, daß solche Güter nicht an die Sowjetunion geliefert werden.
- Der Handel mit der Sowjetunion darf nicht subventioniert werden.
- Der Osthandel muß dem beiderseitigen Nutzen dienen.

Derzeit werde versucht, aus der gemeinsamen Aufstellung aller handelspolitischen Instrumente der westlichen Länder, einschließlich Japans, zu einer Gesamtstrategie zu kommen, meinte Kiep. Dies sei besonders wichtig, weil nur auf diese Weise der Ost-West-Handel als ein Instrument der Außenpolitik benutzt werden könne.

Kiep hat in Amerika nach seinen *Worten „eindeutige Zeichen für eine konjunkturelle Belebung"* festgestellt. „Ein Beispiel: Von den großen Automobilfabriken werden viele tausend Arbeiter eingestellt; zeitweise geschlossene Fabriken werden wieder eröffnet. Dies gilt auch für den ganzen Bereich des Wohnungsbaues. Darüber hinaus haben die fallenden Ölpreise eine weitere konjunkturell belebende und die Inflation dämpfende Auswirkung." Diese Faktoren könnten „für unsere wirtschaftliche Belebung, auf die wir warten, ebenfalls große Bedeutung haben".

Lambsdorff warnt vor Fehlern der Vergangenheit

HANS J. MAHNKE, Bonn

Für eine international koordinierte Wirtschaftspolitik, in der aber die Zeit für einen Kurswechsel hin zu einer expansiveren Gestaltung noch nicht gegeben sei, hat sich Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ausgesprochen.

Vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York sagte er gestern, „wer schon heute umsteuern wollte, hätte aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt". Er warnte vor der „Illusion, man könnte durch eine Politik des billigen Geldes die Zinsen mit Gewalt nach unten drücken, um auf diese Weise mehr Investitionstätigkeit und mehr Wachstum zu erzeugen". Vielmehr würde sich dann der Preisauftrieb wieder beschleunigen, die Zinsen steigen und die Investitionstätigkeit der Unternehmen belastet. „Für mehr dauerhafte Beschäftigung und den Abbau von Arbeitslosigkeit wäre nichts gewonnen."

Lambsdorff reagierte damit auf Vorschläge von Wissenschaftlern und Politikern – wie SPD-Kanzlerkandidat Vogel –, die für eine Rückkehr zu einer gemeinsamen expansiven Wirtschaftspolitik all der Industrieländer plädiert haben, die „angeblich" den erforderlichen Manövrierspielraum besitzen.

Ein erheblicher Teil der heute bestehenden Arbeitslosigkeit in den Industrieländern sei „Ausdruck dafür, daß der Faktor Arbeit zu teuer geworden ist", sagte Lambsdorff. Zu hohe Arbeitskosten schwächten wegen ihres negativen Einflusses auf die Kapitalrentabilität Investitionen und Wachstum. Darüber hinaus induzierten sie Produktionsprozesse mit überhöhter Kapitalintensität. „Beide Prozesse verschärfen auf längere Sicht das strukturelle Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt."

Eine Ausnahme mache die USA: „Hier hat es in der Lohnpolitik gerade in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe hoffnungsvoller Entwicklungen in Richtung Zurückhaltung und höherer Flexibilität gegeben."

Auch international gebe es inzwischen Anzeichen, die auf eine wirtschaftliche Wende zum Besseren hinwiesen. Die Probleme hätten sich weltweit dank einer wieder stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik entspannt. Die Inflation und die Zinsen seien deutlich zurückgegangen.

„Die Polizei ist das Schlußlicht der Nation"

GdP-Chef Schröder gegen Nebenbeschäftigungen

EVI KEIL, Bonn

Von der Heranziehung auf frischer Tat gefaßter Demonstranten zu den Kosten, die der Polizei bei der Abwehr von Übergriffen entstehen, hält die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nicht viel. In einem Interview der WELT wendet sich Günter Schröder, Vorsitzender der GdP, gegen die Vollstreckungskosten-Ordnung in Baden-Württemberg und gegen die entsprechende Polizeigebührenordnung in Niedersachsen: „Das bringt in der Sache nichts, nur eine höhere Aggression, die die Beamten auszubaden haben."

WELT: Warum sollen Demonstranten, die Schäden anrichten und die Polizei vor allem am Wochenende auf Trab halten, nicht zur Kasse gebeten werden?

Schröder: Derjenige, der sich friedlich wegtragen läßt, wird mit einer Geldstrafe belegt. Derjenige, der aus der Menge heraus Pflastersteine oder sogar Molotow-Cocktails wirft und nicht weggetragen werden kann, weil er nicht ermittelt wird, kommt ohne Kosten und ohne Strafe davon. Die Erfahrungen von 1968 ergeben, daß man nur an die Randgruppen herankommt, an die Rädelsführer aber nicht. Deshalb unsere Bedenken. Wir werden der Exzesse nur Herr, wenn wir an die Ursachen herangehen und diejenigen, die sich nicht als Demonstranten bewegen, sondern als Täter, als Kriminelle, mit den vorhandenen Mitteln zur Kasse bitten. Man muß sie vorher allerdings ermitteln und dem Richter zuführen. Das halten wir aber für erfolgversprechender, als zu sagen: Wenn jemand weggetragen wird, zahlt er dafür 38 DM.

WELT: Was halten die Polizeibeamten von der neuen Regelung?

Schröder: Viele sahen zunächst vordergründig eine Möglichkeit, den Demonstrationen Einhalt zu gebieten. Viele Wochenenden der Beamten sind bekanntlich „futsch", weil sich Demonstrationen meistens samstags und auch sonntags abspielen. Wenn man monatelang nicht zu seinem freien Wochenende kommt, wird es kritisch. Die Polizei leistet zehn Millionen Überstunden pro Jahr. Inzwischen sehen die Beamten aber ein, daß die neue Regelung nicht mehr freie Wochenenden, sondern härtere Auseinandersetzungen bringt. Wir haben seit Jahren gefordert, den Rechtsrahmen auszuschöpfen, die Demonstranten mit entsprechenden Auflagen zu belegen: keine Vermummung, ohne Helm kommen, keine Waffen mitbringen. Und siehe da, die ersten Erfolge sind spürbar. Die Berliner Polizei sagt neuerdings, mit diesen Auflagen sei die Gewalt, die Aggression, zurückgegangen.

WELT: Sie sprechen von den vielen Überstunden der Polizei. Werden die Polizeibeamten erhebliche Gehaltsforderungen stellen?

Schröder: Die Struktur des öffentlichen Dienstes muß insgesamt überprüft werden. Da gibt es heute große Schereneffekte. Wir sind auch der Meinung, daß die vielen Nebenbeschäftigungen verboten werden müssen, damit andere einen Arbeitsplatz bekommen. Wenn ich von meinen Kollegen verlange, sie sollen das Taxifahren als Nebenbeschäftigung aufgeben, verlange ich mit noch stärkerem Recht, daß – zum Beispiel – Professoren, die das Dreifache ihres Monatsgehalts mit Nebenbeschäftigung verdienen, diese Arbeit auch aufgeben.

WELT: Wird die Polizei so schlecht bezahlt, daß Beamte nebenher Taxi fahren müssen?

Schröder: Die Polizei steht immer noch am untersten Ende der gesamten Skala des öffentlichen Dienstes. Sie ist das Schlußlicht der Nation. Hier heißt es, eine Angleichung herbeizuführen. 75 Prozent aller Beamten des Landes und des Bundes sind mit A-12 aufwärts eingestuft, das sind mindestens 4500 DM im Monat. Dazu gehören aber nur vier Prozent aller Polizeibeamten.

WELT: Gibt es heute im Rahmen der zahlreichen Sparmaßnahmen auch Personaleinsparungen bei der Polizei?

Schröder: Man muß dem neuen Bundesinnenminister Zimmermann zugestehen, daß er beim Bundesgrenzschutz einem Kürzungsvorschlag, der eingebracht wurde, nicht zugestimmt hat. In den Ländern gibt es bei der Polizei Personalkürzungen. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel in diesem Jahr um ein Prozent, obwohl wir in diesem Lande viereinhalb Millionen Überstunden im Jahr machen.

INTERVIEW

Dresden: Tausend[e] bekennen ihren Friedenswillen

Fortsetzung von Seite 1

mühen um Vertrauen, das ein krit[i]sches Gespräch ermögliche. Alle[r]dings hänge Frustration bei junge[n] Menschen gerade damit zusam[-]men, daß „unsere Kreativität, u[n]ser selbständiges Denken nur [...] Grenzen gefragt" sei. Als gefäh[r]lich bezeichnete Schönherr da[s] Denken in festen Fronten.

Bei den Fragen während der Ve[r]anstaltungen spielten auch d[ie] Festnahmen von regimekritische[n] Personen in Jena eine Rolle. Daz[u] erklärte der Berliner Konsistoria[l]präsident Stolpe, es gebe in der T[...] „einige Meldungen, die aus westl[i]chen Medien stammen und vo[n] Vorgängen berichten, die u[ns] beunruhigen". Die thüringisch[e] Kirchenleitung habe dazu ang[e]merkt, daß weder kirchliche Ve[r]anstaltungen noch kirchliche Mi[t]arbeiter betroffen seien. Stolpe b[e]stätigte das Vorgehen des Staatss[i]cherheitsdienstes in Jena indirek[t], als er seiner zunächst vorsichtige[n] Beschreibung die Bemerkung hi[n]zufügte: „Ich habe mit jemande[m] sprechen können, dessen Angeh[ö]rige betroffen sind, und wir habe[n] gemeinsam besprochen, ob w[ir] nicht durch einen Rechtsanwa[lt] doch im Einzelfall helfen können."

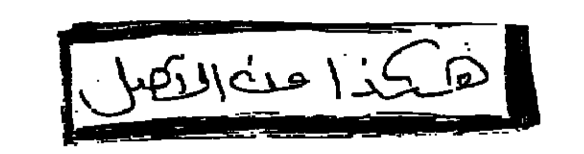
An den „Friedensgesprächen" i[n] vier Gotteshäusern Dresdens nal[...]men 3000 bis 4000 Jugendliche te[il], an einer ökumenischen Feierstu[n]de in der Hofkirche rund 2000.

*

dpa, Frankfu[rt]

Freiheitsrechte für die in Je[na] verhafteten Personen aus der Fri[e]densbewegung in Mitteldeutsc[h]land haben gestern Professore[n], Intellektuelle und Politiker aus d[er] Bundesrepublik Deutschland g[e]fordert. Die Professoren Hors[t] Eberhard Richter und Andreas B[u]ro, ebenso Helga Einsele, Caro[la] Bloch, Inge Aicher-Scholl und P[e]tra Kelly erklärten in ihrer [...] Frankfurt veröffentlichten St[el]lungnahme: Es könne der Fri[e]densbewegung in der Bundesrep[u]blik Deutschland „nicht gleichgü[l]tig sein, wenn andernorts Frieden[s]arbeiterinnen und -arbeitern dem[o]kratische Grund- und Freiheit[s]rechte entzogen werden".

Das Papier, das auch der aus d[er] FDP ausgetretene William Bor[m] und der frühere General Gert B[a]stian (Würzburg) unterschriebe[n] haben, erklärt unter anderem, d[ie] Friedensbewegung bedürfe übers[...] der Ermutigung, um „eine offe[ne] Diskussion über die Grenzen hi[n]weg zu führen.



Endstation Brüssel

Mk. – Wie Verkehrspolitiker, die ich selber als „weise" bezeichnen, handeln, wenn sie mit einem Problem nicht weiterkommen, teht fest: Sie fordern die Brüsseer EG-Kommission auf, sich der iache anzunehmen, wohlwisend, daß sich irgend jemand – nan muß dies häufig gar nicht elber sein – findet, der das, was ann auf den Tisch kommt, als nzureichend abqualifiziert, weil s seinen nationalen Interessen icht voll entspricht. Kein Wunder lso, daß sich in der europäischen 'erkehrspolitik fast nichts ewegt.

Nun lassen sich Gründe aufzeien, warum Fortschritte auf eine emeinsame – was nicht einheitlihe heißen muß – Verkehrspolitik in so schwierig sind. Da haben entralstaaten wie die Bundesrepublik mit ihren großen Eisenbahen andere Probleme als die Randtaaten, die zumeist auf den Straenverkehr gesetzt haben. Tranitländer müssen ganz andere Laten übernehmen als die Länder n der Peripherie.

Dieses ist zwar alles richtig, aber ls Entschuldigung dafür, daß ber einige Kommissions-Vorchläge seit zehn Jahren nicht ntschieden wurde, ist dieses einch zu wenig. Vor allem treffen sie icht die wirklichen Ursachen. Jenn die Gemeinschaft wurde och auch deshalb gegründet, um chwierigkeiten, mit denen der inzelne Staat nicht fertig wird, emeinsam zu meistern.

Der mangelnde Wille zur Integration ist es letztlich, der in diesem Bereich alles verbaut. Nur wenn hier eine Umkehr eintritt, kann die Blockade beseitigt werden. Ein Spruch des Gerichtshofs kann dienlich sein, die deutschen Initiativen, wie sie im Sonderrat zum Ausdruck kommen, sind sicherlich zu begrüßen. Reibungsloser wird der Verkehr in der EG erst dann rollen, wenn das, was auf Gemeinschaftsebene ansteht, auch entschieden und nicht vertagt wird.

Reallohn

gil. – Auch in dieser Tarifrunde pochen die Gewerkschaften „auf Erhaltung der Reallöhne" (für die Arbeitsbesitzer). Die Arbeitgeber entgegnen, dies sei weder möglich noch nötig, denn es gehe darum, die Erträge und Ertragserwartungen zu steigern, damit wieder mehr investiert werden kann (im Interesse der Arbeitslosen). Ein Blick auf die letzten zwölf Monate enthüllt Erstaunliches: In jedem der Monate zwischen Januar 1982 und Januar 1983 lag der Index der tariflichen Stundenlöhne und -gehälter etwas höher als die Preissteigerungsrate. Im Januar 1983 trafen sich beide Linien mit einer Steigerung von 3,9 Prozent. Das heißt: Die Tariferhöhung sicherte die Kaufkraft. Daß die Arbeitnehmer dennoch eine Einbuße hinnehmen mußten, lag an den gestiegenen Steuern und Sozialabgaben. Die Unternehmen haben das Ihrige getan. Versäumnisse Dritter, die nicht am Verhandlungstisch sitzen, vermögen sie nicht auszugleichen. Die schrumpfende Inflationsrate mag auch 1983 bestätigen, daß weniger manchmal mehr sein kann.

INNERDEUTSCHER HANDEL / West-Importe Ost-Berlins gingen drastisch zurück

Ärger über aggressive Preispolitik der „DDR" auf den Exportmärkten

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Trotz der Zurückhaltung der Banken wird allgemein mit einer weiteren Zunahme des innerdeutschen Handels in diesem Jahr gerechnet, der bereits 1982 überproportional expandierte. Die Lieferungen aus der Bundesrepublik dürften stärker zunehmen als die Bezüge der „DDR" aus den anderen westlichen Industriestaaten. Die Verschuldung der „DDR" gegenüber diesen Ländern zwingt sie zu einer Kaufzurückhaltung.

Die Chancen für bundesdeutsche Aussteller, auf der Leipziger Frühjahrsmesse, die am 13. März beginnt, zu Abschlüssen zu kommen, werden höher eingeschätzt als vor einem Jahr. Dabei spielt eine Rolle, daß die „DDR" ihre übrigen West-Importe einschränkt, um die Verschuldung im Griff zu behalten. Im vergangenen Jahr ist es ihr gelungen, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Nach den Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BLZ) in Basel ging die Nettoverschuldung (ohne innerdeutschen Handel) von 8,266 Milliarden US-Dollar Ende 1981 auf 6,545 Milliarden Dollar Ende September 1982 zurück. Die Bruttoverschuldung dürfte zum Jahresende bei rund 10,5 Milliarden Dollar gelegen haben.

Um den Schuldendienst zu bewältigen, stehen der „DDR" auch in diesem Jahr gewaltige Anstrengungen bevor. Die Zinsverpflichtungen werden auf rund eine Milliarde Dollar und die Tilgungen auf vier Milliarden Dollar veranschlagt. Bei den Tilgungen dürfte die „DDR" auf die Bereitschaft der internationalen Finanzmärkte angewiesen sein, durch Ablösekredite oder Prolongationen bereits bestehender Kredite eine Liquiditätskrise zu vermeiden. Ob dieses gelingt, hängt davon ab, ob die Zahlungsverpflichtungen weiter erfüllt und im Handel mit den anderen westlichen Industriestaaten ein Überschuß erzielt wird.

Durch eine drastische Einschränkung der Importe aus den westlichen Industriestaaten – nach OECD-Statistiken gingen die Bezüge in den ersten acht Monaten 1982 um 34,5 Prozent auf 1,1 Milliarden Dollar zurück – konnte im Westhandel ein Überschuß erwirtschaftet werden. Die Lieferungen in diese Staaten nahmen von Januar bis August um 5,4 Prozent auf 1,5 Milliarden Dollar zu.

Demgegenüber wurde im innerdeutschen Handel in den ersten zehn Monaten bei den bundesdeutschen Lieferungen ein Plus von 13 Prozent und bei den Bezügen von elf Prozent registriert. Insgesamt dürfte der innerdeutsche Handel 1982 um nahezu zwölf Prozent auf fast 14 Milliarden Mark gestiegen sein. Da die „DDR" im letzten Quartal ihre Einkäufe vor allem von Eisen und Stahl sowie Ernährungsgütern stark erhöht hat, wird mit einer fast ausgeglichenen Handelsbilanz gerechnet.

Allerdings stagnierten im vergangenen Jahr die bundesdeutschen Lieferungen von Fertigwaren, vor allem von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen. Hier spiegelte sich die Austerity-Politik Ost-Berlins wider. Um den Export forcieren zu können, wurde die Zunahme bei den Investitionen und beim Konsum hinter die ursprünglichen Planansätze zurückgenommen. Daher dürfte die „DDR" im innerdeutschen Handel auch weiterhin vor allem Vorprodukte ordern, die zur Realisierung der Produktionsziele benötigt werden.

Verärgerung nicht nur in der Bundesrepublik hat in letzter Zeit die aggressive und zum Teil ruinöse Preispolitik der „DDR" auf westlichen Märkten ausgelöst. Aufgrund der in der EG durchgeführten Dumping-Verfahren und deutscher Preisprüfungsverfahren wurde für mehrere Erzeugnisse in letzter Zeit wieder die Einzelgenehmigungspflicht eingeführt. Da bei sogenannten heterogenen Waren wie Polstermöbeln oder Puppen ein Preisvergleich kaum möglich ist, drängen bundesdeutsche Firmen verstärkt auf die Einführung von Kontingenten.

Obwohl die innerdeutsche Verschuldung von ihrem Höchststand von 3,9 Milliarden Mark 1979 auf 3,6 Milliarden beim gleichzeitigen Anstieg des Handels von zehn auf 14 Milliarden Mark gesunken ist, halten sich die Banken bei der Finanzierung zurück. Da die „DDR" ihrerseits auf die Gewährung von Lieferantenkrediten drängt, haben vor allem kleine und mittlere Unternehmen erhebliche Finanzierungsprobleme.

EISENBAHNEN

EG plädiert für Trennung von Fahrweg und Betrieb

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Für eine Trennung von Fahrweg und Betrieb bei den Eisenbahnen plädiert jetzt die Brüsseler EG-Kommission in einer Mitteilung an den Rat. Auf dieser Basis will der Rat am 23. Februar auf einer Sondersitzung, die von der deutschen Präsidentschaft einberufen wurde, über weitere Fortschritte in der gemeinsamen Verkehrspolitik diskutieren. Dabei spielt auch eine Rolle, daß das Europäische Parlament erst kürzlich ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen den Ministerrat eingeleitet hat, weil dieser es unterlassen hat, Beschlüsse zu fassen, die zu einer gemeinsamen Verkehrspolitik hätten führen können.

Nach den Vorstellungen der EG-Kommission sollten die Eisenbahnen auf die gleiche Basis gestellt werden wie andere Verkehrsträger. „Die Kosten der Erstellung und Instandhaltung der Schieneninfrastruktur sollten – wie die Kosten des Straßen- und Kanalbaus – in die finanzielle Zuständigkeit des Staates fallen. Als Gegenleistung sollte die Eisenbahnverwaltung dem Staat eine Benutzergebühr zahlen, in der sich zumindest die Grenzkosten widerspiegeln, die aus der Benutzung der vom Staat gebauten Infrastruktur durch die Eisenbahnen entstehen", heißt es in der Mitteilung.

„Selbstverständlich", räumt die Kommission ein, „würde eine solche Maßnahme allein die Eisenbahnen nicht auf eine gesündere kommerzielle Basis stellen können." Denn im Grunde handele es sich nur um eine Änderung des Abrechnungssystems, die jedoch erhebliche betriebswirtschaftliche Konsequenzen haben würde, da sie die Verantwortung des Staates für das Streckennetz klarstellen würde. „Dies würde die Eisenbahnen in die Lage versetzen, Kostenberechnungs- und Preisfestsetzungsmethoden einzuführen, die den kommerziellen Grundsätzen ihrer Wettbewerber näherkommen." In der Bundesrepublik wurde die Diskussion über die Trennung von Fahrweg und Betrieb vor drei Jahren vor allem unter dem Druck der Eisenbahner-Gewerkschaft beendet.

Darüber hinaus müßte eine klarere Unterscheidung getroffen werden zwischen den Rechten und Pflichten der Eisenbahnen als kommerzielle Unternehmen und denen in bezug auf das öffentliche Interesse. In den Augen der Kommission sprechen gute Argumente dafür, das Ausmaß der öffentlichen Aufgaben zu reduzieren. „Insbesondere scheint kein Grund zu bestehen, den Güterverkehr nicht in der Regel auf ausschließlich kaufmännischer Basis abzuwickeln", meint die Kommission.

Überhaupt werde den Eisenbahnen „mehr dadurch geholfen werden können, daß die Effizienz und die Attraktivität ihres Dienstleistungsangebots gesteigert wird und sie dabei unterstützt werden, sich auf die derzeitigen und künftigen Marktverhältnisse einzustellen, als durch eine Verschärfung oder auch nur eine Beibehaltung der derzeitigen Restriktionen für andere Verkehrsarten". Die Kommission tritt für eine Abschaffung der derzeitigen nationalen Reglementierungen im Straßengüterverkehr ein.

Kein Netz für Unternehmer

Von HANS BAUMANN

:s Geschäftsjahr 1982 hat jenen nit aller Deutlichkeit das Tegeliefert, die sich vorgenomhatten, die Belastbarkeit der schaft der Bundesrepublik schland zu prüfen. Mit 15 877 en – nach „nur" 11 700 in 1981 itt die deutsche Wirtschaft eineuen Nachkriegsrekord. Und man Wirtschaft als eine Einung zum Wohle der Bürger s Landes, so haben die, die da stbarkeit auf den Prüfstand hten, dem Bürger einen Bäienst erwiesen.

e Zahl der Arbeitsplätze, die diesen Insolvenzen auf der :ke blieben, wird auf 300 000 400 000 geschätzt. Der Insolschaden beläuft sich nach Unchungen der Industrie- und ielskammer Münster auf rund illiarden Mark – ein Vielfaches diskutierten Programme für Ankurbelung der Wirtschaft.

itürlich spiegelt sich in dieser enwelle auch die Schwäche Konjunktur. Selbstverständmuß es Insolvenzen geben als chlackungskur der Wirtschaft. nso zweifelsfrei ist aber auch, politische Einflüsse am Nieang vieler Unternehmen kräfitgewirkt haben.

n ganzes Jahrzehnt lang haben Gewerkschaften sowohl die Innsraten fehleingeschätzt als die Produktivitätszuwächse. betrieben den Kampf für Umilung und verloren dabei die Beschäftigung aus den Augen. Reallöhne stiegen in ungeahnöhen, aber auch die Ausgaben für die Arbeitnehmer, weil ihre eordneten in den Parlamenten le Ansprüche durchsetzten, lie „Basis" zum Teil gar nicht – noch nicht – gestellt hatte.

e euphorische Vorstellung der iebziger Jahre, in der Wirtft sei alles machbar, muß estens jetzt nach dem Pleitenikel einer nüchterneren Eintzung Platz machen. Innernur eines Jahrzehnts hat sich seinerzeit schon viel zu dünne nkapitaldecke der westdeutn Wirtschaft von 30 Prozent magere 20 Prozent verkürzt. 1 Wunder, wenn die Kammer ister in einer repräsentativen rage bei aufgegebenen Unternen herausfand, daß 85 Proaus Kapitalmangel die Waffen :kten. Wer ohne Eigenkapitalter aber mit hoher Fremdverldung in eine Hochzinsphase t, dem wachsen die Kosten : den Kopf. Der Weg zum Konrichter ist dann der einzige weg.

Zeichnen sich Unternehmer vornehmlich wegen ihrer Mobilität aus, die im Prinzip das eigentliche Element des Wohlstandes ist, so wurden auch hier im letzten Jahrzehnt Ketten angelegt. Kürzungen am größten Kostenblock – den Löhnen – waren so gut wie ausgeschlossen, weil gerade der Mittelstand nicht in der Lage ist, Sozialpläne mit Beträgen zwischen 30 000 und 40 000 Mark pro Mitarbeiter zu erfüllen. So blieb es manchem Betrieb verwehrt, sich neuen Gegebenheiten des Marktes durch Produktionsumstellungen anzupassen. Ja selbst in Fällen, in denen andere Unternehmer Bereitschaft signalisierten, den Betrieb in den eigenen zu integrieren, wurde spätestens in dem Augenblick bedauernd abgewinkt, wenn man Paragraph 613 a BGB studiert hatte, der mit dem Betrieb die Übernahme sämtlicher Beschäftigter für mindestens ein Jahr vorschreibt – wonach dann erst die Kündigungsprozedur anlaufen kann.

So ging eine große Zahl von Firmen in die Pleite, die bei flexiblerer Personalpolitik hätte gerettet werden können. Die Regierung ist aufgerufen, diesen Prozeß der Sklerose der Wirtschaft zu stoppen, den Motor der Unternehmermobilität wieder anzuwerfen und die Investierlust wieder zu stimulieren.

Daß die Unternehmer bereit sind, alten Schneid zu entwickeln, dafür spricht die Untersuchung der Kammer Münster ein deutliches Wort. Denn 57 Prozent der insolvent gewordenen Firmen trugen die Rechtsform der GmbH. Dennoch steckten 70 Prozent der Firmen ihr gesamtes Privatvermögen in das angeschlagene Unternehmen – ohne Rücksicht auf die eingeschränkte Haftung, in der unternehmerischen Hoffnung, es dennoch „zu packen". Doch 55 Prozent der gescheiterten Unternehmer packte nur die nackte Not. Sie haben, wie die Kammer ermittelte, „einen bescheidenen bzw. mangelhaften Lebensunterhalt". Ein soziales Netz für Unternehmer gibt es nicht.

Hier will die Kammer jetzt eine Art Feuerwehr installieren. Beratungsteams sollen bedrohten Firmen Sachhilfe gewähren, denn manche Pleite hätte auch vermieden werden können, wenn der Informationsstand beim Unternehmen höher gewesen wäre. Doch Hilfe zur Selbsthilfe ist die beste Therapie. Daher müssen die Unternehmerfesseln, die die Politik angelegt hat, fallen.

AUF EIN WORT

» Mehr denn je ist es erforderlich, nun die wirklich zentralen Probleme unserer Wirtschaft und Gesellschaft einmal anzupacken. Das ständige Lamentieren und die wachsende Bürokratie verstellen den Blick auf praktikable Lösungen. «

Hans Hiltrop, Vorstandssprecher der Thyssen Handelsunion AG und Vorstandsmitglied der Thyssen AG, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

Schweiz: Hohes Handelsbilanzdefizit

AP, Bonn

Das Handelsbilanzdefizit der Schweiz hat sich innerhalb von Jahresfrist beinahe verdreifacht. Im Januar verzeichnete der schweizerische Außenhandel verglichen mit dem entsprechenden Vorjahresmonat bei real und nominal stagnierenden Ausfuhren ein deutliches Einfuhrwachstum, wie die Eidgenössische Oberzolldirektion mitteilte. Gegenüber dem Januar 1982 stieg die Einfuhr um 463,0 Millionen oder 11,5 Prozent auf 4471,8 Millionen Franken und die Ausfuhr um 63,4 Millionen oder 1,7 Prozent auf 3837,7 Millionen Franken. Real verzeichneten die Importe eine Zunahme um 10,6 Prozent und die Exporte eine um 2,2 Prozent bei einem Mittelwert von plus 0,9 beziehungsweise minus 0,5 Prozent.

BREMER VULKAN

Bürgermeister Koschnick will 150 Millionen von Bonn

W. WESSENDORF, Bremen

Mit einer dramatischen Rettungsaktion soll der Untergang der Großwerft Bremer Vulkan verhindert werden. Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) will am morgigen Mittwoch im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn verhandeln. Dabei geht es um eine finanzielle Spritze von 150 Millionen DM für den leckgeschlagenen Schiffbaubetrieb. Koschnick: „Die Entscheidung muß unverzüglich fallen."

Der stark angeschlagene Schiffbaubetrieb ist, wie gestern berichtet, durch die Stornierung zweier Mehrzweckfrachter für einen griechischen Reeder am Ende. Rund 4000 Mitarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz, wenn das vom Vorstand geforderte Geld nicht aufzubringen ist. Die Beschäftigung ist 1983 nicht vollständig und 1984 nur teilweise abgesichert.

Der Bremer Vulkan und die zweite Bremer Großwerft AG „Weser" (2400 Beschäftigte) sehen eine „betriebsübergreifende Kooperation" vor. Wegen der anhaltenden krisenhaften Marktentwirklung, des damit verbundenen Preisverfalls und der zu geringen Nachfrage nach Schiffsneubauten gebe es für beide Gesellschaften nicht die Möglichkeit, dem von Werftgutachtern empfohlenen Modell „Status quo optimiert" zu folgen.

Mit der betriebsübergreifenden Regelung wollen die Vorstände für beide Großwerften eine Strukturverbesserung erreichen. Sie soll insbesondere mit einer drastischen Verminderung der Schiffsbaukapazität verbunden sein. Allerdings müßten die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt werden, „denn außer den in beiden Gesellschaften vorhandenen Mitteln könnten die Eigentümer keine zusätzlichen Beiträge leisten". Tausend Arbeitsplätze würden zusammen abgebaut.

GROSSBRITANNIEN

Vorratslager angelegt für strategische Rohstoffe

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung hat ein Vorratslager für strategisch wichtige Rohstoffe angelegt. Das jedenfalls berichten führende britische Tageszeitungen. Wie es heißt, war der Falkland-Konflikt das auslösende Moment bei dieser bislang geheimgehaltenen Entscheidung von Premierministerin Margaret Thatcher, in der Frage der Rohstoff-Bevorratung einen Alleingang zu starten und nicht die seit geraumer Zeit angestrebte Bevorratung im Rahmen der EG abzuwarten.

Hinweisen informierter Kreise zufolge soll das Kaufprogramm bereits so gut wie abgeschlossen sein. Bei den Rohstoffen handelt es sich insbesondere um Chrom, Platin, Mangan und Kobalt, die allesamt in Südafrika und Zimbabwe gefördert werden. Diese Materialien sind für weite Bereiche der metallverarbeitenden Industrie und vor allem für den Rüstungsbereich lebensnotwendig. So geriet etwa der britische Triebwerkehersteller Rolls-Royce 1978 in erhebliche Schwierigkeiten, als der Bezug von Kobalt im Zusammenhang mit der Invasion in Zaire abriß. Kobalt ist ein elementares Metall für die Triebwerksproduktion.

Die britische Regierung hat die Kaufaktion bislang geheimgehalten, um an den Rohstoffmärkten keine Preishausse auszulösen. Der Zeitpunkt für den Aufbau des Vorratslagers für strategisch wichtige Rohstoffe ist insofern sehr günstig gewählt, als die Preise für den größten Teil der Metalle und Mineralien angesichts der schwachen Weltnachfrage auf einem Tiefpunkt angelangt sind. Führende britische Unternehmen der Metallverarbeitung fordern die britische Regierung schon seit geraumer Zeit auf, ein strategisches Rohstofflager zu finanzieren.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

„Bittere Beschlüsse" bei Klöckner?

Bonn (DW.) – Zu Informationen des „Platow-Brief", wonach die Liquidität der Klöckner-Werke AG allenfalls noch bis Mitte März reiche und kurzfristig „bittere Beschlüsse" notwendig werden können – in diesem Zusammenhang war auch von einem gerichtlichen Vergleich die Rede –, war am Rosenmontag keine harte Bestätigung zu erhalten. Aus Bankkreisen war allerdings zu erfahren, daß das Offenhalten der Kreditlinien für das Unternehmen noch nicht gesichert sei, weil noch nicht alle Klöckner-Banken eine entsprechende Zusage gegeben haben. Das Zustandekommen eines Konsortialkredits soll davon abhängig sein, daß alle Banken des Konsortiums mitziehen. Voraussetzung für Bankenkredite ist eine „Vorweghilfe" der Bundesregierung, die jedoch nicht als gesichert erscheint, wenn es zwischen Hoesch und Salzgitter auf der einen Seite und Klöckner auf der anderen Seite nicht zu einer Einigung über die Einbeziehung von Klöckner in die von den „Moderatoren" vorgeschlagene Dreierlösung der „Ruhr-Schiene" kommt.

Bauern-Einkommen wachsen wieder

Gewinn je Familien-Arbeitskraft in DM

1978/79	79/80	80/81	81/82	1982/83 (Schätzung)
24780	24309	21245	22890	24700

Die deutschen Landwirte sind dabei, aus dem Einkommenstal wieder herauszuklettern. Das Landwirtschaftsjahr 1979/80 hatte einen Einkommensrückgang von 1,9 Prozent und das folgende Jahr 1980/81 sogar ein Minus von 12,6 Prozent gebracht. Dann aber ging es wieder aufwärts: 1981/82 um 7,7 Prozent und im laufenden Jahr schätzungsweise um einen ähnlich hohen Prozentsatz. QUELLE: GLOBUS

Kritik an IG Metall

Düsseldorf (dpa/VWD) – Scharfe Kritik an der Industriegewerkschaft Metall übte die „Arbeitsgemeinschaft der Eisen und Stahl verarbeitenden Industrie" (AVI) wegen Gewerkschaftsäußerungen zur Stahlsituation. In einer Erklärung weist die AVI Gewerkschaftsvermutungen zurück, wonach die stahlverarbeitende Industrie von einem Stahlpreisniveau profitiere, „das die Existenz der Stahlindustrie schlechthin gefährde". Weil die deutschen Stahlverbraucher in der Vergangenheit wie auch heute im Gegensatz zu ihren Konkurrenten in der Gemeinschaft eine größere Preisdisziplin gegenüber den Stahlanbietern geübt hätten, mußten sie meist ungünstigere Konditionen als ihre Konkurrenten in Kauf nehmen, stellt die AVI fest. Das beeinträchtige die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlverarbeiter erheblich.

Kein Alleingang?

Bahrain (rtr) – Saudi-Arabien hat nach einem Bericht der amtlichen Presseagentur des Landes bislang keine Entscheidung über eine Senkung des Ölpreises oder eine Steigerung seiner Förderung getroffen. In Ölmarktkreisen in Bahrain hieß es dazu, das Königreich und die übrigen fünf Förderländer am Golf würden vermutlich innerhalb der nächsten Zeit zu einer Sonderkonferenz zusammentreffen, um mögliche Schritte gegenseitig abzustimmen. Es sei sehr unwahrscheinlich, daß Saudi-Arabien seinen Ölpreis im Alleingang zurücknehmen werde.

Schutzwürdigkeit

Karlsruhe (dpa/VWD) – Bei einem Bekanntheitsgrad eines Artikels von rund 65 Prozent ist das Warenzeichen in der Regel besonders schutzwürdig. Nach einem vom I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Urteil hätte daher ein Berufungsgericht, das selbst einen Bekanntheitsgrad der Zahnpastamarke „DuroDont" von 65 bis 66 Prozent annahm, eine Verwechslungsgefahr mit dem Warenzeichen „Prodont" bejahen müssen. Die Karlsruher Richter verwiesen damit ein anderslautendes Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) München zur Neuverhandlung zurück. Nach Auffassung des BGH habe das OLG mit seiner Annahme, die generell große Bekanntheit von Zahnpastamarken bedinge eine geringe Verwechslungsgefahr, gegen bestehende höchstrichterliche Rechtsprechung verstoßen. (Az.: I ZR 62/80 vom 24. Juni 1982)

ARTELLAMT

ntscheidung zu Grundig ir Anfang März erwartet

PETER WEERTZ, Berlin

e Fusionspläne der Unternehder Unterhaltungselektronik nicht ohne ernste Probleme die Wettbewerbspolitik. Es 1 nach Ansicht der Wettbebspolitiker schwierig werden, Wettbewerb in einer Situation erhalten, in der die Unternehvon sich aus aufgeben.

och vorerst ist das Bundeskarmt am Zuge. Es will vorauslich bis Anfang März über die eiligung des französischen tskonzerns Thomson-Brandt der Grundig AG entscheiden. n ein anderer Antrag liegt der tellbehörde bisher nicht vor. mson-Brandt will 75,5 Prozent Grundig erwerben, an der der lerländische Elektromulti Phischon mit 24,5 Prozent beteiist. Zugleich müßte das Amt über entscheiden, ob die Teleken GmbH zum Grundig-Kongehört.

aß ausgerechnet die beiden deutschen Marktführer in die Entscheidung einbezogen sind, erschwert die Lage des Bundeskartellamtes. Eine Ablehnung des Antrages ist daher wahrscheinlich. Erst nach dieser Entscheidung Anfang März ist es aber möglich, über das Kooperationsmodell des bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann zu diskutieren, der außer Thomson-Brandt und Philips noch Siemens und Bosch genannt hatte.

Allerdings stehen beim Jaumann-Modell struktur- und arbeitsmarktpolitische Erwägungen im Vordergrund. Aus wettbewerblicher Sicht hat das Bundeskartellamt gegen die Vorschläge von Jaumann noch größere Bedenken als gegenüber den Fusionsabsichten.

Offensichtlich bestehen auch zwischen den Kooperationspartnern unterschiedliche Ansichten über das Jaumann-Modell. Beim Bundeskartellamt liegt darüber außerdem noch kein Antrag vor.

SCHAUMWEIN / Sektkellereien sind über Subventionen sauer

Der Winzersekt findet seine Kunden

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Sektabsatz lahmt. Flaue Konjunktur, nicht mehr steigende Realeinkommen und die Steuererhöhung zum 1. April 1982, die die Sektsteuer von 1,50 DM auf zwei DM pro Flasche steigen ließ, hat den Bundesbürgern die Lust am perlenden Getränk genommen. Zwar hat der Dezember, traditionell der verkaufsstärkste Monat in der Branche, das Bild etwas aufgehellt. Aber, daran gibt es nichts zu deuteln, die deutschen Sektkellereien haben 1982 weniger abgesetzt als im Jahr zuvor, das auch schon recht schwach war. Auf gut acht Prozent wird in der Branche der Rückgang veranschlagt, das heißt, die deutschen Sektkellereien haben im vergangenen Jahr noch knapp 246 Millionen Flaschen abgesetzt nach 268 Millionen im Jahr zu vor. Der gesamte Sektmarkt nahm nach ersten Branchenzahlen 338 nach 371 Millionen Flaschen auf.

Die Folge: Bei den deutschen Sektherstellern, die jahrelang von üppigen Absatzzahlen verwöhnt worden waren und entsprechend großzügig dimensionierte Anlagen aufgebaut hatten, stehen Kapazitäten leer; einige große Unternehmen lasten ihre Kapazitäten nur mit 50 und 60 Prozent aus, ist zu hören.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, daß die Empörung bei den traditionellen gewerblichen Sektkellereien hoch aufschäumt angesichts einer 1,4-Mill.-DM-Förderung aus öffentlichen Kassen für die pfiffigen rheinhessischen Winzer, die für ihren „Winzersekt" eine Marktlücke erspäht haben. Auch der Steuerzahlerbund haut in diese Kerbe: Das sei ein „Musterbeispiel einer verfehlten Subvention".

Die Steuerzahlerorganisation argwöhnt, daß der Sekt den Planern in Brüssel, Bonn und Mainz den Geist vernebelt habe. Denn immerhin hätten die nicht ausgelasteten Produktionsanlagen in den gewerblichen Kellereien dazu geführt, daß 13 Unternehmen für über 1200 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet hätten, 234 Arbeitsplätze seien schon ganz aufgegeben worden; da seien öffentliche Mittel für den Aufbau neuer Kapazitäten Unsinn.

Ganz anders sieht das der rheinland-pfälzische Landwirtschafts- und Weinbauminister Otto Meyer. Sein Ministerium erinnert daran, daß gewerblichen Sektkellereien von Jahr zu Jahr immer weniger deutschen Grundwein zur Sektverarbeitung eingekauft hätten. Meyer lobt sogar seine Winzer. Denn schließlich würden sie ihren überreichlich vorhandenen Wein nicht der staatlichen Intervention anbieten, sondern selbst für Verarbeitung und Vermarktung sorgen. Die Käuferschicht für die Jahrgangs- und Lagensekte der Winzer sei ohnehin eine andere, als die der gewerblichen Sektkellereien. Die Wogen (und der Sekt) werden vorerst weiterschäumen. Rheinhessens Winzer aber freuen sich: Ihr „Winzersekt" geht weg wie warme Semmeln.

OECD / Inflation sinkt weltweit

Ölpreisschock verkraftet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der durchschnittliche Preisanstieg in den westlichen Industriestaaten (OECD), der sich unter dem Eindruck des zweiten Ölpreisschocks von 9,8 Prozent (1979) auf 12,9 Prozent (1980) erhöht und 1981 auf 10,6 Prozent abgeschwächt hatte, erreichte 1982 nur noch 8,0 Prozent. Dazu wesentlich beigetragen hat außer der Energieverbilligung vor allem der „brutale Rückgang" der anderen Rohstoffpreise auf ihr niedrigstes Niveau der Nachkriegszeit sowie die Verlangsamung des Lohnanstiegs, teilt das OECD-Sekretariat mit.

Vor allem in den letzten Monaten des vergangenen Jahres kam es zu einer ausgeprägten Abflachung. Die monatliche Teuerung schrumpfte von September bis Dezember von 0,8 auf 0,5, 0,2 und 0,1 Prozent, was im Jahresendvergleich eine Inflationsrate von 6,5 Prozent ergab. Dies war das beste Ergebnis seit März 1973, dem Monat vor dem ersten Ölpreisschock.

An den jüngsten Monatsraten gemessen, muß man sogar auf August 1965 zurückgreifen, um eine geringere Inflation vorzufinden. Dies lag nach Angaben der OECD auch an der Zinssenkung, welche die in den Lebenshaltungskostenindizes enthaltenen Kosten für Hypothekardarlehen entlastete. Weniger stark abgeschwächt haben sich die Lebensmittelpreise und zwar von 9,5 Prozent (1981) auf 7,25 Prozent (1982).

Das preisstabilste Land der OECD war 1982 Japan (plus 2,7 Prozent), gefolgt von der Bundesrepublik (plus 5,3 Prozent), Österreich (plus 5,4 Prozent) und der Schweiz (plus 5,6 Prozent). Die USA reduzierten die Inflationsrate von 10,4 auf 6,1 Prozent.

Praktisch alle Länder erzielten zum Jahresende niedrigere Raten als im Jahresdurchschnitt 1982, dabei sieben Länder im Dezember sogar Minus-Monatsraten. Für dieses Jahr erwartet das OECD-Sekretariat eine durchschnittliche Teuerungsrate von 6,75 Prozent, dabei von nur 3,75 Prozent in der Bundesrepublik, die damit praktisch das japanische Niveau (plus 3,25 Prozent) erreichen würde.

BRASILIEN / Zur Sanierung des Staatshaushaltes wird das Nuklearprogramm gekürzt

Der Euphorie folgt die finanzielle Ernüchterung

W. THOMAS, **Rio de Janeiro**

Wenn die staatliche brasilianische Atomgesellschaft Nuclebras an diesem Aschermittwoch einen neuen Präsidenten erhält, ist auch dieses Ereignis ein Signal der Ernüchterung. Die euphorischen Zeiten des zurückgetretenen Behörden-Chefs Paulo Nogueira Batista, eines früheren Diplomaten, sind zu Ende gegangen. Nachfolger Dario Gomes, ein Energieexperte, muß jetzt ein auf die bitteren Realitäten reduziertes Entwicklungsprogramm steuern.

Das 1975 unterzeichnete deutsch-brasilianische Rahmenabkommen, das die atomare Zukunft *der Nation bestimmt*, war *in den* letzten Wochen wieder Anlaß lebhafter Diskussionen gewesen. Veränderte Zeitpläne werden die Bauarbeiten verschiedener Projekte um Jahre verzögern. Gerüchte kursierten, daß die Nuclebras-Strategen das gesamte Programm drastisch zusammenstreichen wollen.

Ein Vertreter der deutschen Botschaft in Brasilia spricht von „übertriebenen Reaktionen". Das Abkommen sei nicht in Gefahr. Er glaubt, daß sich die Brasilianer wieder stärker auf die nuklearen Ziele konzentrieren werden, wenn sie ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten überstanden haben. Bei der Kraftwerkunion in Rio de Janeiro herrscht eine Stimmung der Enttäuschung, entmutigt ist jedoch niemand. Man habe Verständnis für die Situation der Brasilianer, heißt es. Die Siemens-Tochter ist der wichtigste Vertragspartner auf deutscher Seite.

Mit rund 90 Milliarden Dollar führt Brasilien die Liste der höchstverschuldeten Länder der Welt an, gefolgt von Mexiko. Die Nation muß umschulden und die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Anspruch nehmen. Für einen Kredit von 5,9 Milliarden Dollar fordert die IWF tiefgreifende Sanierungsmaßnahmen. Dazu zählen einschneidende Kürzungen des Budgets. So soll Nuclebras 30 Prozent einsparen.

Die Brasilianer stellten zudem fest, daß sie den Energiebedarf überschätzt hatten. Mitte der siebziger Jahre, als das Atomabkommen geschlossen wurde, verzeichnete das Land noch wirtschaftliche Wachstumsraten von acht Prozent. In diesem Jahr droht eine Minuszahl. Und wenn die Nation diese Krise hinter sich gebracht hat, wird nicht mehr ein so dynamisches Wachstum wie in der Vergangenheit erwartet.

Nuclebras hat im Sparrahmen zunächst beschlossen, den Bau der beiden Kernreaktoren Angra II und Angra III hinauszuschieben. Angra II soll erst 1989 statt 1988 in Betrieb genommen werden, Angra III frühestens 1990. Beide Kernkraftwerke werden bereits an der malerischen, 200 Kilometer südlich von Rio de Janeiro gelegenen Angra-dos-reis-Bucht (Bucht der Kö*nige) gebaut. Nebenan steht Angra* I, der erste kommerzielle Reaktor Brasiliens, der von der amerikanischen Firma Westinghouse errichtet wird und dessen geplante Inbetriebnahme sich ständig verzögert. Der letzte genannte Termin lautet Ende dieses Jahres.

Im Staat São Paulo gelegen, sollen zwei weitere KWU-Reaktoren gebaut werden. Für Iguapa I und II sind die Infrastruktur-Arbeiten um mehr als ein Jahr auf die zweite Hälfte 1984 verschoben worden. Wann mit dem Bau begonnen wird, weiß niemand. Unbekannt ist weiter, ob die Brasilianer noch vier andere Reaktoren in Auftrag geben, wie 1975 in Aussicht gestellt worden war. Das Angebot der Deutschen hatte ursprünglich acht 1300-Megawatt-Kraftwerke des Typs Biblis sowie eine Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlage umfaßt.

Die Anreicherungsanlage in Resende (Bundesstaat Rio de Janeiro) wurde am 20. Oktober vergangenen Jahres von Staatspräsident Joao Baptista Figueiredo eröffnet. Die Pläne für das kontroverse Wiederaufbereitungs-Projekt sind dagegen *ungewiß. Manche Beobachter* fragen, ob sich eine eigene Wiederaufbereitung lohnt, wenn es nur bei vier Atommeilern bleiben sollte. „Man muß abwarten", sagte ein Vertreter des Energieministeriums über den Stand dieses größten nuklearen Kooperationsunternehmens der Geschichte (geschätztes Kostenvolumen: zwischen 10 und 15 Milliarden Dollar), „zur Zeit hängt vieles in der Luft. In einem Jahr werden wir weiter sehen können." (SAD)

TOURISMUS

Aga Khan bleibt an Costa Smerald[a]

GÜNTHER DEPAS, Mailan[d]

Der Aga Khan, Hauptaktionär d[es] Konsortiums der Costa Smeral[da] hat am Wochenende den Post[en] des Präsidenten wieder eingeno[m]men, von dem er im Dezember a[us] Protest gegen die Verschleppun[gs]taktik der regionalen Baubehörd[en] zurückgetreten war. Die „Rüc[k]kehr" an die Costa Smeralda na[ch] der mit großem Werbeaufwand in[s]zenierten Demission ist offiziell a[uf] Wunsch der Regionalregierung d[er] Insel Sardinien erfolgt.

Dahinter steht jedoch das am [...] Februar zwischen den Regionalb[e]hörden und dem Konsortium [ge]troffene Abkommen, mit dem na[ch] zehnjährigen Anläufen endlich g[rü]nes Licht für die Weiterführung [der] Bau- und Investitionstätigkeit [an] der Nordostküste Sardiniens ert[eilt] wurde.

Das Abkommen setzt das Kons[or]tium in die Lage, in den nächst[en] zwanzig Jahren 5 Millionen Kub[ik]meter umbauten Raum in dem G[e]biet der Gemeinde Arzachena u[nd] weitere 0,6 Millionen in dem [...] Gemeinde Olbia zu erstellen. Das [...] eine Million Kubikmeter wenig[er] als die Pläne des Konsortiums v[or]gesehen hatten. Die Projekte se[hen] die Erschließung neuer Tourist[en]zentren und den Bau von Villen u[nd] Appartmenthäusern vor.

Zusätzlich verpflichtete sich [das] Konsortium, zur Förderung [der] wirtschaftlichen Aktivitäten der [In]sel eine Reihe von Initiativen auß[er]halb der Touristikbranche ins [Le]ben zu rufen. Dazu gehört die [Er]schließung eines Granitbergwer[ks] und der Bau eines Hippodroms. [Die] Investitionssumme wurde auf 1[...] Milliarden Lire veranschlagt, da[von] 600 Milliarden Lire im Touristik[be]reich. Geschaffen werden sollen [da]mit 35 000 ständige und 25 000 sai[so]nale Arbeitsplätze.

Das Konsortium der Costa Sm[e]ralda verfügt über ein Territori[um] von 2700 Hektar und über 55 K[ilo]meter Küste. Damit handelt es s[ich] bei dem Komplex um das mit [Ab]stand größte zusammenhänge[nde] Touristikgebiet in Italien. Nach [Ab]schluß der jetzt freigegebenen zw[ei]ten Bauphase werden die gesam[ten] Touristikbauten (Marinas, Hot[els,] Villen und Apartmenthäuser) s[amt] ihren Infrastrukturen 4,5 Proz[ent] der Gesamtfläche bedecken.

EG / Mehr Kooperation mit Japan

Paris noch skeptisch

Ha./J. Sch. **Brüssel**

Die Bereitschaft Japans, seine Exporte nach Europa zu mäßigen hat nach Meinung von EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp den Weg für eine generelle Verstärkung der beiderseitigen Zusammenarbeit freigemacht. Wie Haferkamp gestern nach seiner Rückkehr aus Tokio berichtete, interessieren sich die Japaner seit längerer Zeit für eine engere Kooperation auf dem Gebiet der Industrie, der Forschung und der Entwicklungspolitik. Als Beispiele nannte er die Zusammenarbeit im Bereich der Kernfusion, der Sonnenenergie und der nuklearen Sicherheit. In Aussicht genommen seien aber auch die gemeinsame Finanzierung von Entwicklungsvorhaben und eine bessere Abstimmung bei internationalen Konferenzen.

Haferkampf gewann den Eindruck, daß die japanische Regierung es auch mit der Zusage ernst meint, die Einfuhr europäischer Erzeugnisse zu erleichtern. Bis Ende März soll ein interministerieller Ausschuß über Möglichkeiten zur Beseitigung der bestehenden Han*delshemmnisse im Bereich der* Standardisierung und Testverfahren berichten. Zum ersten Mal hätten sich die Japaner auch bereit erklärt, die betroffene europäische Industrie zu den Beratungen hinzuzuziehen.

Haferkamp ist – wie auch sein belgischer EG-Kollege Etienne Davignon – der Meinung, daß die Vereinbarungen über eine Mäßigung der japanischen Exporte nur dann sinnvoll wären, wenn Industrie und Regierungen in der EG die gewonnene Atempause nutzten. Dabei gelte es – so meinte Davignon –, stärker als bisher auf die Existenz des einheitlichen europäischen Marktes zu setzen, gewisse Umgruppierungen im Firmenbereich vorzunehmen, die gemeinsame Forschung zu stimulieren und ein investitionsfreundliches Klima in der EG zu schaffen. Der Ministerrat wird sich am 22. Februar mit dem Ergebnis der Handelsverhandlungen befassen.

Die französische Regierung will die Aufhebung ihrer importverzögernden Zollpraktiken insbesondere gegenüber japanischen Videorecordern (Fall Poitiers) davon abhängig machen, wie weit Tokio die mit der EG getroffenen Absprachen über die Mäßigung seiner Exporte beachtet. Außerdem äußert man im Pariser Außenhandelsministerium Bedenken, ob sich die Brüsseler Kommissare Davignon und Haferkamp voll an ihr Mandat gehalten haben. Es sei noch zu früh, ein Gesamturteil über das Ergebnis des gesamten Verhandlungspakets abzugeben.

Irlands Agrarexport sinkt leicht

H. HILDEBRANDT, **Bielefeld**

Wenn die Umsatzergebnisse auf der Grünen Woche Maßstab für die Nachfrage nach irischen Agrarprodukten wären, beständen hierfür sicher keine Absatzschwierigkeiten. Immerhin verzehrten die Berliner hier in wenigen Tagen rund 8600 Steaks und *mehr als 10 000* Portionen Lachs. Im nüchternen Alltag aber mußten sich Irlands Exporteure mit der gewachsenen Kaufzurückhaltung der deutschen Verbraucher abfinden.

Nach Jahren des Wachstums gingen nämlich 1982 die irischen Agrarexporte in die Bundesrepublik um 3,5 Prozent auf 284,8 (295,4) Mill. DM zurück. Eine wesentliche Rolle bei dieser Entwickung spielten die Exporte von Fleisch und Fleischwaren, deren Wert immerhin von fast 127 Mill. DM auf 99 Mill. DM sank. Die Butterexporte nach Deutschland, 1981 noch für 45 Mill. DM, wurden sogar fast halbiert, sie erbrachten 1982 nur noch knapp 25 Mill. DM.

Angestiegen sind dagegen die Exporte pflanzlicher Nahrungsmittel, erstmalig wurde beispielsweise für mehr als 12 Mill. DM Gerste ausgeführt. Positiv für die irische Wirtschaft ist jedoch auch das Gesamtergebnis ihrer Exporte in die Bundesrepublik, es stieg 1982 um 6,4 Prozent auf 1,82 (1,71) Mrd. DM. Der Anteil der Agrarprodukte daran sank allerdings auf 15,6 (17,3) Prozent.

„DDR" / Schwerpunkt Landwirtschaft

Brennende Probleme

dpa/VWD, **Berlin**

Das Thema Landwirtschaft brennt der „DDR"-Führung auf den Nägeln. Bei ungezählten Veranstaltungen werden die Steigerung der Erträge und die Reduzierung der Verluste bei Ernte, Transport und Lagerung sowie die Verminderung der Tierverluste in den Stallungen beschworen. Im Januar war es der XII. Bauernkongreß der „DDR" in Markkleeberg, es folgten die Konferenzen auf Bezirksebene, und derzeit laufen in den 3800 Genossenschaften der Pflanzen- und *Tierproduktion der „DDR" die* Jahreshauptversammlungen.

Auf allen Veranstaltungen bestätigte sich die Tendenz vom extensiven zum intensiven Wachstum in der „DDR"-Landwirtschaft. Die SED hat der Idee „je größer, desto besser" klar abgeschworen, obwohl erklärtermaßen daraus nicht die Konsequenz gezogen wird, bestehende Betriebseinheiten auch wieder zu verkleinern. Auch die Trennung von Ackerbau und Viehzucht in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften Pflanzen- und Tierproduktion dürfte auf absehbare Zeit nicht rückgängig gemacht werden, die Reibungsverluste und Unstimmigkeiten sollen durch sogenannte Kooperationsräte überwunden werden. Insbesondere die gekürzten Treibstoffkontingente bringen für die überdimensionierten Produktionsgenossenschaften der „DDR" schier unüberwindliche Probleme.

Auf der Tagung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften betonte SED-Politbüromitglied Werner Felfe, künftig sei eine Getreideernte von mehr als zehn Millionen Tonnen notwendig. Zuallererst geht es um die Ertragssteigerung je Hektar und um einen erweiterten Anbau, der durch die intensivere Nutzung der Futterflächen ermöglicht werden soll.

1982 erreichte die „DDR" eine Rekordgetreideernte von knapp über zehn Millionen Tonnen. Neben der Züchtung neuer Getreidesorten sollen die Weidewirtschaft intensiviert, verstärkt Klee und Luzerne angebaut sowie Ertragssteigerungen durch die Züchtung neuer Gräser und effektivere Anbauverfahren bei Grobfuttermitteln erreicht werden.

Prof. Arno Winkel, Direktor des Instituts für Pflanzenzüchtung Gülzow/Güstrow, berichtete auf der Akademietagung, in den letzten beiden Jahren seien aus der Getreideforschung zwölf neue Sorten „der Praxis übergeben" worden. Bis 1990 sollen weitere zwölf bis 15 Sorten folgen. Schwerpunkt der Forschung seien Sorten für leichte Böden in den Nordbezirken der „DDR", auf die 44 Prozent des Getreideanbaus der „DDR" entfallen.

Mehr Verpackungen aus Kunststoff

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die deutschen Hersteller von Kunststoffverpackungen konnten das Jahr 1982 mit einem realen Umsatzzuwachs von 1,5 Prozent abschließen. Die Produktion erhöhte sich noch leicht auf 1,20 (1,18) Millionen Tonnen, der Umsatz stieg auf 6,32 (6,13) Milliarden DM, teilte der Industrieverband Verpackung und Folien aus Kunststoff, Frankfurt, mit.

Unzureichende Kapazitätsauslastung, Billigimporte und Preisdruck in Teilmärkten führten jedoch zu deutlichen Absatzeinbußen, unter anderem bei Produkten aus Standardfolien, wie Beutel, Tragetaschen und Säcke. Hier war die Mengenentwicklung rückläufig.

Bei Hohlkörpern aus Kunststoff wurde insgesamt eine Steigerung der Absatzmenge um etwa drei Prozent erzielt. Sie fiel bei kleineren Kunststoffflaschen etwas stärker aus als bei größeren Gebinden. Die Wettbewerbsverschärfung infolge von Überkapazitäten führte jedoch auch hier zu erheblichen Erlösschmälerungen. Bei gespritzten Verpackungen (Verschlüsse, Dosen, Eimer und Becher) konnte der Absatz im vergangenen Jahr um etwa vier Prozent verbessert werden, doch wird dies vor allem auf den Mehrbedarf an Verpackungen für Erfrischungen und Molkereiprodukte während der warmen Sommermonate 1982 zurückgeführt.

BRITISH ALCAN ALUMINIUM / Hohe Verluste

Entlassungen angekündigt

WILHELM FURER, **London**

Der größte Aluminium-Produzent Großbritanniens, British Alcan Aluminium, wird in den kommenden Monaten die Belegschaft um 1200 reduzieren. Bristish Alcan beschäftigt zur Zeit rund 13 000 Mitarbeiter. Das Unternehmen war erst im November letzten Jahres aus der Verschmelzung von Alcan Aluminium und British Aluminium hervorgegangen. Nach Angaben der Geschäftsführung wären die Arbeitsplatzverluste höher ausgefallen, wenn die beiden Unternehmen nicht zusammengelegt worden wären, sondern Wettbewerber geblieben wären.

Im Geschäftsjahr 1981 erreichten die Verluste beider Unternehmen zusammen 50 Millionen Pfund. Sie ermäßigten sich im vergangenen Jahr auf 40 Millionen Pfund. British Alcan Aluminium betreibt gegenwärtig eine Vielzahl von Werken, die vor der Verschmelzung den vielfältigen Produktionsansprüchen beider Unternehmen genügten, inzwischen aber in vielen Fällen überflüssig geworden sind oder überschüssige Kapazitäten bedeuten.

Der größte Teil der angekündigten Arbeitsplatzkürzungen konzentriert sich auf das Werk Falkirk in Schottland, dessen Mitarbeiterzahl von gegenwärtig 1060 auf 360 reduziert werden soll. In dieser Gegend liegt die Arbeitslosenrate derzeit schon bei knapp 18,5 Prozent. Die Gewerkschaften wollen dort die geplanten Streichungen mit allen Mitteln verhindern.

Falkirk hat eine Produktionskapazität von 50 000 Jahrestonnen. Diese könne nur mit großem Aufwand ausgeweitet werden, während das Werk in Rogerstone (Südwales) mit 250 000 Tonnen Kapazität für einen Drei-Schichten-Betrieb ausgelegt sei, gegenwärtig aber nur mit einer Schicht gefahren werde, argumentiert die Geschäftsleitung.

EG / Die Versuchung, durch Protektionismus neue Grenzen zu errichten, ist groß

Handelserleichterungen sind notwendi[g]

Von KARL-HEINZ NARJES

In der gegenwärtigen Krise haben *wir es nicht nur mit einem konjunkturpolitischen* und somit zyklischen Problem zu tun. Innen- und Außenwirtschaft der Europäischen Gemeinschaft sind vielmehr von erheblichen strukturellen Verwerfungen belastet, nicht zuletzt auch von korrekturbedürftigen Verhaltensweisen. Verschleppte Anpassungsprozesse, nachlassende Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, Staatsquoten, die bis über 60 Prozent des Sozialprodukts angestiegen sind, und die vielfäligen negativen Folgen der inflatorischen Geldillusionen gehören zu den Indikatoren dieser Fehlentwicklungen.

Immerhin: Die Perspektive von möglichen 13 bis 15 Millionen Arbeitslosen, die extremen Belastungen der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit und der Geldwertschwund haben inzwischen in allen zehn Mitgliedstaaten zu teilweise erheblichen Anstrengungen geführt, scheinbar bequeme opportunistische und oberflächliche politische Verhaltensweisen und Denkgewohnheiten der siebziger Jahre zu überwinden und nach den notwendigen Korrekturen für fundamentale Fehlentwicklungen zu suchen.

Wir streben in der Europäischen Gemeinschaft eine Mobilität der Produktionsfaktoren, - also die durch Grenzen nicht mehr behinderte Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen sowie der Niederlassungsmöglichkeiten an. Der sich daraus ergebende Zwang zum Leistungswettbewerb, ausdrücklich in den Regeln des Vertrages mit Verfassungsqualität festgeschrieben, das Verbot von nicht genehmigten Beihilfen und Subventionen und die Instrumente zur Bekämpfung des Binnenprotektionismus sind Bausteine für eine europaweite Gewerbefreiheit, die auch die Position des Mittelstandes stärken wird.

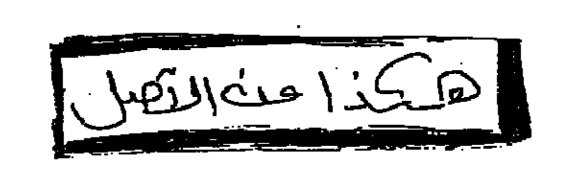
Ich weiß, daß wir gerade in der gegenwärtigen Krise vor einer besonderen Bewährungsprobe stehen. Es kneift an allen Ecken, und manche Bürokraten können der Versuchung einfach nicht widerstehen, Grenzen neu zu errichten, andere Europäer zu diskriminieren oder zu benachteiligen, Importe zu behindern, Exporte unkorrekt zu fördern, öffentliche Ausschreibungen zu verfälschen. Die EG-Kommission ist mit den gegebenen Instrumenten – und das sind allein die Mittel des Rechts – unablässig bemüht, ohne Ansehen der Personen und Unternehmen, der Branchen und der Mitgliedstaaten, dem Gemeinschaftsrecht Geltung zu verschaffen. Wir scheuen uns auch nicht, zum Europäischen Gerichtshof zu gehen. Die Urteile beweisen, daß Hoffnung besteht.

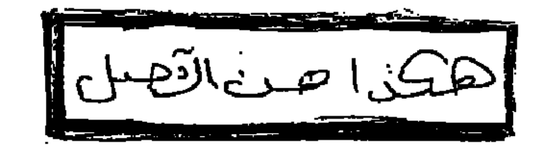
Ein besonderes Ärgernis ist das Fortbestehen der Kontrollen und Formalitäten an den Binnengrenzen. Für den Handel bedeuten diese Verfahren alles in allem eine Verteuerung der Waren bis zu 5 Prozent, gelegentlich sogar mehr. Daß Erleichterungen in der Praxis möglich sind, haben die Regelungen im Handel der drei Benelux-Länder untereinander zur Gen[üge] gezeigt. Die EG-Kommission ha[t in] ihrem Sofortprogramm zur [be]schleunigten Verwirklichung [des] Binnenmarktes konkrete V[or]schläge zur Überwindung die[ses] an den Binnengrenzen der [Ge]meinschaft bestehende unhalt[ba]ren Zustandes gemacht.

Aber wir sind von der Verwir[kli]chung eines freien Wirtschaftsr[au]mes leider noch weit entfernt. [Ge]rade in der Krise feiert der Binn[en]protektionismus wieder fröhli[che] Urständ. Statt sich zu lichten, w[ird] das Dickicht der nationalen Ge[set]ze und Verwaltungsregeln mit [...] eindeutig hemmendem Charak[ter] immer raffinierter und dich[ter]. Man kann nicht von der Stärk[ung] der Wettbewerbsfähigkeit sp[re]chen und gleichzeitig den inne[reu]ropäischen Wettbewerb sche[uen] oder einschränken und damit [die] Chance des großen Marktes [...] der Produktion in großen Se[rien] mit degressiven Kosten versch[er]ken.

Die EG-Kommission hofft, [daß] die Entscheidungen des Euro[päi]schen Rates der Staats- und Re[gie]rungschefs vom Ende des letz[ten] Jahres nunmehr auch zügig [im] Ministerrat in konkrete Aktio[nen] umgesetzt werden, und zwar i[n ei]nem ersten Paket noch im M[ärz] und in einem zweiten Paket E[nde] Juni. Durch konkrete Entsc[hei]dungen kann der Ministerrat [ein] kostbares Gut der Politik zur[ück]gewinnen – nämlich das Vertra[uen] der Wirtschaft in den großen eu[ro]päischen Markt.

Der Autor ist Mitglied der EG-Kommission.





RL FREUDENBERG / Schwache Konjunkturimpulse

msatzplus nach Stagnation

INGE ADHAM, **Frankfurt**

s „Spezialist für Problemlö- zen" sieht sich die Familien- pe Carl Freudenberg, Wein- . Darin und in der Herstellung wertiger Produkte für mög- st viele Marktfelder sieht das ernehmen auch in Zukunft sei- hancen.

einem ersten Überblick über abgelaufene Geschäftsjahr berichtet Freudenberg über Jmsatzplus von 5,7 Prozent auf (1,09) Mrd. DM. Zu diesem nach zweijähriger Umsatz- nation hätten allerdings nur ige Bereiche beigetragen. tigster Abnehmer der in vie- Bereichen überwiegend als Zu- rer tätigen Unternehmens- pe ist die Automobilindustrie eil 39 Prozent) und die Schuh- Lederwarenindustrie, gefolgt Investitionsgüter- und Beklei- gsindustrie, heißt es in dem cht.

e Entwicklung in diesen Bran- habe also auch die Geschäfts- icklung bei Carl Freudenberg rundzügen bestimmt. Im Be- „Vliesstoffe" (unter anderem te Vlieseline) habe man die Marktposition weiter ausgebaut, dank des mit 6 Prozent vom Umsatz hohen Entwicklungsaufwandes. 50. Prozent des Umsatzes werde mit Artikeln getätigt, die jünger als 5 Jahre sind. Erfolge meldet Freudenberg auch bei technischen Produkten, bei Erzeugnissen für den Baumarkt und im Bereich von Bioprodukten für Medizin und Kosmetik.

Im Ergebnis, so bedauert der Bericht, hat das Umsatzplus noch keinen entsprechenden Niederschlag gefunden. Denn die am Markt erreichten Preiserhöhungen blieben meist unter dem Kostenplus. Zusätzlich hätten schwankende Beschäftigung und hohe Aufwendungen für Umstrukturierungen (im Zulieferbereich für die Konsumgüterindustrie) das Ergebnis belastet. Die Liquidität sei jedoch gut, und die finanzielle Stärke ermögliche die konsequente Durchführung der erforderlichen Strukturmaßnahmen, heißt es. Investiert wurden 70 Mill. DM, in diesem Jahr sollen es 60 Mill. DM sein. Die Mitarbeiterzahl sank um 250 (in Weinheim) auf 10 500 Beschäftigte.

PORSCHE / In den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres 35 Prozent mehr Fahrzeuge verkauft

Exklusivität und Qualität in der Modellpolitik

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

In auffälligem Gegensatz zu verschiedenen Teilen der Automobilbranche zeigen beim Sportwagenbauer Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, Produktion, Umsatz und Ertrag eine steile Aufwärtsentwicklung. In den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1982/83 (31. 7.) verkaufte das nunmehr seit zehn Jahren in der Rechtsform einer AG operierende Familienunternehmen 35 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit; der Umsatz belief sich auf 803 (570) Mill. DM und lag damit in dieser Zeitspanne um 41 Prozent höher.

Bei Porsche gibt man sich zuversichtlich, diese Zuwachsraten über das ganze Jahr halten zu können. Damit steuert das Unternehmen also in 1982/83 den Verkauf von 44 000 Fahrzeugen und einen Umsatz von über 2 Mrd. DM an. Die Produktion der Typen 911 und 928 im Stammwerk in Stuttgart-Zuffenhausen wurde stufenweise von 63 auf nunmehr 74 Wagen täglich (darunter 56 Wagen vom Typ 911), die Auftrags-Fertigung des 924 und 944 im Audi-Werk Neckarsulm von 72 auf 130 Stück täglich hochgefahren. Die Kapazitäten sind damit bis zur Grenze ausgelastet.

Die Lieferzeiten werden für den stark gefragten 911 Cabrio mit 12 Monate, für den 944 mit 9 Monate und für den 928er mit 4 bis 6 Monate angegeben. Beim 924er soll in etwa zwei Jahren die Produktion auslaufen. Nach Worten des Vorstandsvorsitzenden Peter W. Schutz wolle Porsche in der Modellpolitik auf alle Fälle seine Exklusivität bewahren und den Akzent noch stärker auf Höherwertigkeit legen. „Wenn wir zuviel Porsche bauen, machen wir uns den Markt kaputt." Die Zielsetzung sei immer bessere statt immer mehr Arbeit.

Im Geschäftsjahr 1981/82 hat Porsche den Absatz um 15,1 Prozent auf 32 213 Fahrzeuge gesteigert, der Umsatz schnellte sogar um 27,7 Prozent auf 1,49 Mrd. DM nach oben. Finanzchef Heinz Branitzki: „Das Tempolimit ist bei Porsche aufgehoben." In den USA, dem traditionell größten Porsche-Markt, vergrößerte sich der Fahrzeugabsatz um nicht weniger als 47 Prozent, im Inland nahm er um 8 Prozent zu. Branitzki verhehlt nicht, daß die Stärke des Dollar, der dem Unternehmen jahrelang schwere Probleme bereitete, sehr geholfen habe. Fast zwei Drittel des Fahrzeugumsatzes entfielen auf die Modellreihen 911 und 928. Der 944 entwickle im neuen Jahr einen kräftigen Schub.

Ein immer stärkeres Gewicht bekommt das Entwicklungszentrum Weissach, in dem mit über 1500 Mitarbeitern fast ein Viertel der gesamten Belegschaft tätig ist. Hier werden durch Abwicklung von Fremdaufträgen aus aller Welt im laufenden Jahr etwa 80 Mill. DM umgesetzt werden. Auf den weiteren Ausbau zielt ein Großteil der Investitionen, die in 1982/83 auf 140 Mill. DM (bei 70 Mill. DM Abschreibungen) und in den folgenden Jahren noch weiter aufgestockt werden sollen.

Aus dem kräftig auf 37,6 (10) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß werden 22,1 (4) Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Gleichwohl verringert sich die Eigenkapitalquote von 22,9 auf 22,2 Prozent (Branitzki: „Nicht überragend"). Die Bilanz ist nach wie vor durch keine Bankschulden „getrübt". An die Familienaktionäre (60 Mill. DM) wird eine von 12 auf 28 Prozent erhöhte Dividende ausgeschüttet.

Porsche AG	1981/82	±%
Verk. Fahrzeuge	32 213	+15,1
davon Typ 924	10 978	–29,0
944	6 360	–[1]
911	10 573	+ 21,0
928	4 302	+13,5
Umsatz (Mill. DM)	1 488	+27,7
dav. Fahrzeugums.	1 289	+29,7
Exportquote %	68	(66)
Beschäftigte	5 273	+ 7,5
Investition. (Mill. DM)	125,7	+ 56,1
Abschr. u. Abgänge	51,4	– 7,7
Cash flow[2]	97,0	+ 16,9
Jahresüberschuß	37,6	+276,0

[1]) 944er-Produktion begann im Laufe des Berichtsjahres; [2]) Jahresüberschuß + Abschreibungen u. Abgänge + Zuführung zu Pensionsrückstellungen.

NORDLB

Schwerpunkt bei den Hofkrediten

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Das Agrarkreditgeschäft der Norddeutschen Landesbank war 1982 maßgeblich beeinflußt von der verhaltenen Investitionsneigung der Landwirtschaft, vom hohen Umschuldungsbedarf und einer nach wie vor unbefriedigenden Ertragsentwicklung der bäuerlichen Betriebe. Diese Situation schlug sich nach den Worten von Johannes Runge, im NordLB-Vorstand zuständig für das Agrarkreditgeschäft, in der hohen Zahl abgelehnter Kreditanträge nieder. Fehlende Sicherheiten bei den Antragstellern und mangelnde Leistungsfähigkeit der Betriebe ließen das Ablehnungsvolumen auf die Rekordsumme von 21,9 (8,8) Mill. DM steigen. Dies, so Runge, mache deutlich, daß die Zahl der gefährdeten Betriebe noch zunehme.

Der geschäftliche Schwerpunkt lag im Berichtsjahr erneut bei den Hofkrediten. Die Kreditzusagen nahmen bei einem Antragsvolumen von 186,8 Mill. DM um 33,9 Prozent auf 137,4 Mill. DM zu. Bei der Verwendung der neu herausgelegten Hofkredite zeigt sich, daß der Anteil der Investitionskredite auf 63 (72) Prozent zurückgegangen ist. Gleichzeitig erhöhten sich die zu Umschuldungszwecken verwandten Kredite auf 33 (18) Prozent. Ausgezahlt hat die Bank im Hofkreditgeschäft 135,7 (128) Mill. DM; das entspricht einem Plus von 5,7 Prozent. Damit erhöhte sich der Darlehensbestand auf 1,3 (1,27) Mrd. DM am Jahresende.

Weiter verringert haben sich die Siedlungskredite. Sie gingen um 15,5 (15,4) Prozent auf 45,7 (54) Mill. DM zurück. Hierbei handelt es sich um öffentliche Mittel, die an Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler ausgezahlt werden.

Runge empfiehlt der Landwirtschaft, angesichts der gesunkenen Zinsen die Chancen zur Umschuldung noch stärker zu nutzen. Gegenüber dem Vorjahr habe sich der Kreditzins für fünfjährige Darlehen um 2,3 Prozent verringert. Die NordLB gehe davon aus, daß die 80er Jahre in der Landwirtschaft von Konsolidierungsbemühungen geprägt sein werden. Die eigene Ertragsentwicklung beurteilt Runge, ohne konkrete Zahlen zu nennen, positiv.

GDEBURGER RÜCK / Neuer Name

esitzwechsel belastete

D. SCHMIDT, **Hannover**

en Rückgang der Prämien- hmen um knapp 4 Prozent 9 (176) Mill. DM verzeichnete Magdeburger Rückversiche- -AG, Hannover, im Ge- sjahr 1981/82 (30. 6.). Vor- svorsitzender Johann-Peter sieht die Ursache dieser Ent- ng in den „Reibungsverlu- die der Aktionärswechsel h brachte.

Gesellschaft ging im August von der zur Schweizer Rück enden Magdeburger Versi- ngsgruppe in den Besitz der nental Corp., New York, Nur rund 3 Prozent der Ak- efinden sich in Streubesitz. estrige Hauptversammlung oß die Umbenennung in sche Continental Rückversi- gs-Aktien-Gesellschaft".

das Berichtsjahr wird ein t von 0,3 Mill. DM ausgewie- er auf neue Rechnung vorge- wird. Im Vorjahr hatte sich in geringfügiger Überschuß 05 Mill. DM ergeben. Nach orten von Stier ist der Verlust in erster Linie durch das schlechte Inlandsgeschäft verursacht worden. Hier habe auch die im Berichtsjahr noch bestehende Bindung als Hausrückversicherer der Magdeburger Gruppe eine Rolle gespielt.

An den früheren Großaktionär mußten im Berichtsjahr rund 20 Mill. DM Liquidität in Form von technischen Rückstellungen abgegeben werden. Mit weiteren 10 Mill. DM Belastungen dieser Art müsse im laufenden Jahr gerechnet werden. Der technische Verlust von 11,9 Mill. DM sei durch den Überschuß aus dem nicht-versicherungstechnischen Geschäft nicht auszugleichen gewesen.

Die Übergangsphase, so Stier, dürfte erst im Kalenderjahr 1984 zu Ende sein. Stier rechnet für 1983 mit einem Prämienvolumen von 180 Mill. DM und 1984 mit 200 Mill. DM. Die derzeit schwierige Lage der Rückversicherungs-Branche lasse für das laufende Geschäftsjahr wenig Hoffnung auf ein positives Ergebnis im technischen Bereich.

Jacobs: Hoher Forschungsetat

hdt. **Bremen**

Mit einem Kostenaufwand von 12,8 Mill. DM errichtete Kaffeeproduzent Jacobs in Bremen ein neues Forschungszentrum, das als das modernste in Europa bezeichnet wird. Es soll sich in Zukunft auf zahlreichen Arbeitsgebieten von der Erkundungs- und Grundlagenforschung bis zum Produkt- und Prozeß-Service betätigen. Damit betont die jetzt in der Schweiz ansässige Jacobs Suchard AG, 1982 aus der Fusion der Jacobs AG mit der Interfood S. A., Zürich, hervorgegangen, ihr unvermindertes Interesse am traditionellen Standort Bremen. Als Marktführer auf dem deutschen Kaffeemarkt ist Jacobs nach eigenen Angaben in jüngster Zeit von Rückschlägen verschont geblieben, erwartet jedoch eine Verschärfung des Preiswettbewerbs, dem man sich mit Innovationsfähigkeit stellen will. An den Gesetzgeber appellierte Klaus J. Jacobs, Vizepräsident der Gruppe, großzügigere Abschreibungssätze im Forschungsbereich zu erlauben.

SCHINDLER AUFZÜGE / Neubau in Hamburg

Die Kunden sind abwartend

JAN BRECH, **Hamburg**

Als ein „bescheidenes Signal" in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Lage wertet man bei der Hamburger Schindler Aufzüge GmbH die Grundsteinlegung für ein neues Verwaltungs- und Lagergebäude in Hamburg. Der Neubau soll bis Ende dieses Jahres fertig sein und wird rund 7 Mill. DM kosten.

Schindler Hamburg ist als Tochtergesellschaft der Schindler Aufzügefabrik GmbH, Berlin, für den norddeutschen Raum zuständig und verfügt neben der Verwaltung in Hamburg über 5 Zweigstellen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Den Umsatz der Firma, die 260 Mitarbeiter beschäftigt, gibt Geschäftsführer Klaus Betzin mit rund 50 Mill. DM an. Der größte Teil davon entfällt auf Dienstleistungen wie Kundenbetreuung, Reparaturen, Wartung, Umbau und Modernisierung. Das reine Neubaugeschäft, das Schindler Hamburg im Namen und für Rechnung der Berliner Muttergesellschaft betreibt, erreichte 1982 rund 17 bis 18 Mill. DM.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 1982 sei durch eine abwartende Haltung der Kundschaft geprägt gewesen, betont Betzin, vor allem beim Umbau- und Modernisierungsgeschäft.

Am Gesamtumsatz der deutschen Schindler-Gruppe ist die Hamburger Firma mit rund 17,4 Prozent beteiligt. Für die in Berlin produzierende Schindler Aufzügefabrik GmbH wird ein Umsatz von 285 Mill. DM angegeben. Schindler beschäftigt in Berlin 1400, im Bundesgebiet weitere 1100 Mitarbeiter.

Für die Schweizer Muttergesellschaft Schindler Aufzüge gibt der Vorsitzende der Konzernleitung, Zeno Schindler, den weltweiten Umsatz für 1982 mit mehr als 1,8 Mrd. DM an. Das Unternehmen mit Sitz in Ebikon-Luzern beschäftigt insgesamt etwa 22 000 Mitarbeiter und dürfte der zweitgrößte Aufzughersteller der Welt sein.

Die Trio-Gruppe legt Schiffe still

dfh/gjr, **Hamburg**

Fünf der 20 großen Containerschiffe des Trio-Dienstes sollen in diesem Jahr jeweils für mehrere Monate stillgelegt werden. Der Trio-Dienst ist ein Zusammenschluß von Hapag-Lloyd mit zwei britischen und zwei japanischen Reedereien für den Containerverkehr zwischen Nordeuropa und Ostasien. Dadurch soll die Anzahl der Abfahrten in jeder Richtung von 111 auf 106 verringert werden. Betroffen sind auch die beiden deutschen Großcontainerschiffe „Hamburg Express" und „Hongkong Express", die erst im vorigen Jahr auf treibstoffsparenden Antrieb umgestellt worden sind. Die Ausdünnung des Fahrplans wird damit begründet, daß einmal das Ladungsaufkommen in diesem Fahrtgebiet ganz allgemein zurückgegangen sei, und daß konferenzunabhängige Reedereien einen größeren Ladungsanteil an sich ziehen konnten. Das galt vor allem für die Evergreen Line von Taiwan und für die sowjetischen Staatsreedereien

sse Essen war 2 erfolgreich

Fü, **Essen**

19 internationalen Messen usstellungen sowie weiteren renmusterungen und Firmen- ntationen hat die Messe Essen E) im Geschäftsjahr 1982 „ih- lgreiche Marktposition insge- bestätigt. „Wir haben", so edirektor Günther Claassen, n Gesamtumsatz von rund 25 DM erzielt und – wie seit n gewohnt – eine gut ausgegli- Bilanz."

Geschäftsjahr 1982 investierte MGE 13 Mill. DM in weitere turverbesserungen ihres ortes. Allein 10 Mill. DM ent- auf den Bau eines neuen auses mit 1200 Einstellplät- ür das angelaufene neue Ge- sjahr rechnet Claassen mit Umsatz, der am Ende die 30- nen-Marke überspringen „Bereits im ersten Halbjahr schlagen wir unser Gelände mal um, und wir sind bereits zu fast allen Veranstaltungen bucht." An neuen Ausstellun- at die AMGE die „Internatio- Pflanzen-Messe" als reine Or- ranstaltung und die „Interna- e Konferenz Thermisches zen" (ITSC) in ihr Programm nommen.

Investitionen sind für 1983 30 Mill. DM eingeplant, davon 25 Mill. DM für den Bau eines Messehauses.

Lange Kurzarbeit bei Voest-Alpine

W. FREISLEBEN, **Wien**

Im Zentralwerk von Österreichs größtem Unternehmen, dem Stahlkonzern Voest-Alpine, wird seit dieser Woche wegen akutem Auftragsmangel kurzgearbeitet. Die Maßnahme betrifft 4200 Arbeiter und 600 Angestellte und wurde vorerst bis Ende Juni terminisiert. Sollte ein bereits seit längerem erwarteter Röhrenblechauftrag aus der Sowjetunion demnächst einkommen, würde die Notwendigkeit der Kurzarbeit verringert.

Mit der Zustimmung zu der jüngsten Maßnahme verhinderten die mächtigen Betriebsräte des Stahlkonzerns allerdings zugleich die vom Vorstand bereits beschlossene Übernahme des Werkes Judenburg von der Voest-Tochtergesellschaft Vereinigte Edelstahlwerke (VEW), dem zweitgrößten Unternehmen Österreichs. Einen Teil dieses Betriebes, nämlich ein Walzwerk, hatte die Voest bereits vor geraumer Zeit übernommen. Zwecks Strukturbereinigung schien auch eine Übertragung des restlichen Werkes mit rund 1000 Mitarbeitern sinnvoll, da der überwiegende Teil von Vormaterialien von der Voest geliefert wird.

Dies wäre für das schwer defizitäre Edelstahlunternehmen insofern eine Erleichterung gewesen, als damit die Verluste um rund 150 Mill. Schilling (21 Mill. DM) reduziert worden wären. Insgesamt werden bei der VEW angesichts schrumpfender Auftragspolster 1983 rund 1,8 Mrd. Schilling Verluste erwartet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: K. Reinhardt GmbH; **Düsseldorf:** Robert Bergerhoff GmbH & Co. KG – Tiefbauunternehmung, Langenfeld; **Nachl. d. Friedrich Eberhard Müller, Schreinermeister, Hilden;** Duisburg: **Horst Schultz GmbH Apparatebau;** Göppingen: **Nachl. d. Hans Zimmermann, Inh. d. Fa. Hans Zimmermann-Zentralheizungen, Geislingen/St.;** Gummersbach: **GRIBO-Fußboden-Verarbeitungs-GmbH, Radevormwald;** Hanau: **Fundgrube Grube GmbH;** Hannover: **Profunda Grundstücksges. mbH;** Nachl. d. Klaus Roba; **Kaufbeuren:** Karl Grunenberg; **Neustadt/Wstr.:** A) Heiza GmbH & Co. KG, b) Heiza Verwaltungsges. mbH; c) Dollson-Pressen GmbH; **Nachl. d.** Luise Deutsch geb. Rothaug, Haßloch; **Osnabrück:** Intercolor Tietgen GmbH & Co. KG; **Recklinghausen:** Wolfgang Hoebusch Industrie-Montagen oHG; Wolfgang Hoebusch GmbH: Wolfgang Hoebusch, Oer-Erkenschwick; **Regensburg:** KG in Fa. J. J. Deplaz, Hagelstadt; **Soest:** Auto Redder GmbH; **Straubing:** Franz Helmbrecht, Bogen-Oberalteich; **Uelzen:** Einzelunternehmer Horst Ohland – Straßen u. Tiefbau, Ebstrof; Waldshut-Tiengen: **Nachl. d.** Werner Alfred Bayer; **Walsrode:** Theodor Pollmann KG.

Anschlußkonkurs eröffnet: Neuss: Technowa, wissenschaftliche u. optische Instrumente GmbH; **Reutlingen:** Gerhard Renz, Pfullingen.

Vergleich beantragt: Duisburg: Klaus Meier KG, Mülheim a. d. Ruhr; M und M Werbeges. mbH, Mülheim a. d. Ruhr; Maximal-Kredit-Vermittlungs-Ges. mbH, Mülheim a. d. Ruhr; Harald Rump, Schiffseigner; **Hann.- Münden:** HSV Holz - u. Strohverbrennungsanlagen Dr.-Ing. Klotz GmbH & CO., Münden.

IZEIT-MÄRKTE / Konsum steigt weiter an – Trend zur Individualisierung

o-it-yourself-Bereich wächst

HANNA GIESKES, **Berlin**

eizeit ist eine wesentliche ıssetzung für Konsum, denn um braucht Zeit." Heik Af- , Vorsitzender der Geschäfts- ig der Basler Prognos AG, lie- mit dieser Feststellung gewis- aßen den Aufhänger für ein chaftspolitisches Unterneh- espräch, das in diesen Tagen aus der Axel Springer AG mit Verband deutscher Drogisten and. Thema: „Freizeit als stumsfaktor in einer sich elnden Umwelt". Freizeit be- allerdings in diesen Tagen, erbandspräsident Fredi Guth, nanche eine Last, die, weil tslos, „Arbeit als Luxus emp- n".

nnoch werde, wie Afheldt be- , der Freizeitkonsum weiter igen. Er glaube nicht an eine Be Krise oder ein abruptes En- er Industriegesellschaft", son- an ein eher bescheidenes stum zwischen zwei und drei ent „nach dem Ende des Kon- urtales". Der private Ver- h werde zwar insgesamt mit kleineren Rate wachsen, ot Afheldt, innerhalb dieses ichs hält er jedoch einen stär- Anstieg der Freizeitausga- für wahrscheinlich, so daß „in nächsten zehn Jahren eine oppelung des Marktes nicht alistisch erscheint".

Doch welche Märkte im großen Spektrum des Freizeitangebotes sind es, die wachsen werden? Ingo Zuberbier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Werbeagentur Lintas: „Deutschland hält alle diejenigen Bereiche für wachstumsträchtig, die mit Gesundheit und Fitness, Selbstverwirklichung" – darunter versteht er Kochen, Nähen, Heimwerken – „und Weiterbildung zu tun haben." Gefährdet hingegen seien Bereiche, die vor allem gesellige Abwechslung bieten – Restaurants etwa oder Freizeitparks, aber auch Sportveranstaltungen. Wenn die Zeiten härter würden, seien die Verbraucher eher geneigt, ihre Geselligkeiten ins eigene Heim zu verlegen.

Außerdem habe sich in den letzten Jahren ein zunehmender Trend zur „Individualisierung" bemerkbar gemacht mit der Folge einer Polarisierung der Nachfrage in zahlreichen Konsumgütermärkten. Hochwertige, relativ teure Qualitäten für die persönlichen Bedürfnisse würden immer stärker nachgefragt; gleichzeitig wachse aber auch die Nachfrage nach Standardqualitäten zum günstigen Preis für die Bedürfnisse der Familie.

Die Schlußfolgerung für die Marketing-Strategen in Industrie, Handel und Dienstleistungsunternehmen liegt nahe: Der gesamte „Do-it-yourself"-Bereich wird wachsen, nicht nur, weil die eigene handwerkliche Leistung Freude macht und zur Selbstverwirklichung beiträgt, sondern auch wegen der teilweise horrenden Preise, die heutzutage für Handwerker zu bezahlen sind. Gesundheit und Fitness bieten weitere Chancen – sei es bei der Bekleidung, beim Sportgerät, bei Reisen oder bei der Ernährung – aber Zuberbier warnte davor, hier modischen Trends zu erliegen.

In jedem Fall wird jedoch das Geld für den Freizeitkonsum nicht mehr so reichlich fließen wie noch vor einigen Jahren; alle Aktivitäten, die den Einsatz größerer Summen erfordern, sind darum nach Ansicht der Experten gefährdet. Dies betrifft freilich eher teure Hobbys wie Fotografieren oder das Sammeln von Kunst.

Das von Prognos avisierte Wachstum des Freizeitmarktes wird deshalb unterschiedlich verlaufen. Jene Produkte aber, die Individualbedürfnisse abdecken, werden nach der Vorhersage des Werbefachmanns am meisten profitieren. Der Kosmetikbereich zähle dazu ebenso wie alle Leistungen, die im Dienst der Gesundheit, Fitness und Schönheit stehen. Verbandspräsident Fredi Guth, für den die Drogerie „das Fachgeschäft für Gesundheit, Schönheit und Freizeit" ist, braucht mithin für das Schicksal seiner Mitglieder nichts zu fürchten.

Kursänderungen nach oben und unten

Großabgeber lockten die Käufer vergeblich bei höheren Kursen

DW. – An der Montagbörse wurde die Kursentwicklung bei den Aktien differenzierter. Die großen Verkäufer, die schon am Freitag den Kursanstieg zumindest gebremst hatten, sind zwar vorsichtiger geworden und versuchten, das Angebot nur limitiert zu höheren Notierungen an den Mann zu bringen, aber die Käufer blieben doch dem Markt eher fern. Die zwar gut aufgenommenen, aber doch massiven Abgaben vom Wochenende haben die Anleger in der Vorwahlzeit offensichtlich etwas verschreckt. Hinzu kam, daß am Rosenmontag die Unternehmungslust ohnehin begrenzt war, was sich auch auf den Arbitragehandel auswirkte. So gab es meist nur kleinere Kursänderungen nach oben und unten.

Am Automarkt haben die Pferde zum Teil gewechselt. VW schossen bis um 6 DM nach oben davon. Daimler-Benz dagegen brockelten nach freundlichem Beginn ab. BMW blieben mit gut 3 DM Tagesgewinn auf der Kursstraße nach oben. Am Bankenmarkt gab es überwiegend Kursverluste, die unter den Großinstituten bis zu 2 DM reichten (deutsche). Stromversorgungspapiere konnten sich teils gut, teils knapp behaupten. Montane lagen mindestens gut gehalten. Bei den Rohstoffwerten zogen Preussag um 3,50 DM an. Kleine Plus- und Minuskorrekturen bei den Elektrowerten. Maschinenbauaktien mußten begrenzte Kursverluste hinnehmen.

Düsseldorf: Borse wegen Rosenmontag geschlossen.

Frankfurt: Die Aktienbörse blieb heute uneinheitlich. Freundlich waren Autoaktien nach den neuesten Nachrichten über eine Belebung der inländischen Automobilkonjunktur. Die Spekulation in den Großbankrestquoten dauerte an. Jeweils bei Plusankündigung stiegen Deutsche-Bank-Reste auf 8,05 DM plus 0,80 DM, Commerzbank-Reste auf 8,20 DM plus 1 DM und Dresdner-Bank-Reste auf 8,30 DM plus 0,65 DM. Ansonsten blieben Frankfurter Hypothekenbank 545 DM plus 13 DM und Zeiss Ikon 239 DM plus 9 DM.

Hamburg: Triton mußten nach Plusankündigung mit 154 DM plus 8,50 DM bezahlt werden, von Versorgungswerten lagen HEW bei 111 DM minus 0,50 DM knapp gehalten, während NWK Vz. bei 158 DM in gleichem Ausmaß höher lagen. Phoenix-Gummi wurden mit 79,40 DM plus 1,30 DM und Holsten Brauerei mit 344 DM plus 1 DM gehandelt. Je 1,50 DM verloren Hapag bei 42 und Bremer Vulkan bei 33,50 DM.

München: Agrob St. verminderten sich um 5 DM auf 340 DM, Brau AG Nürnberg gaben um 3 DM auf 167 DM nach, Flachglas fielen um 2 DM auf 258 DM und Leonische Draht sanken um 1 DM auf 289 DM. Hasen Bräu Augsburg verbesserten sich um 10 DM auf 590 DM.

Berlin: DeTeWe wurden um 4 DM höher taxiert. Herlitz Vorzüge konnten sich um 3 DM, Berliner Kindl um 2,50 DM und Herlitz Stämme um 2 DM erholen. Orenstein gaben um 2 DM, DUB-Schultheiss um 1,50 DM, Adca und BHF-Bank um je 1 DM nach.

Nachbörse: abwartend

	14. 2.	11. 2.		14. 2.	11. 2.		14. 2.	11. 2.		14. 2.	11. 2.
H AachM Beteil 9	548	547	H Breitonb.-C. *28	–G	441G	H Elkraft 0	56bB	55,4	H Holsten-Br. 6	244	243
H Aach M Vers. 5	260T	260	H Br. Straßb *0	255B	255B	B Engelhardt 6	218G	217G	F Holzmann 10	498,5	499,5
D Aach. Ruck. 9+7,5	–	800G	H Br. Vulkan 0	33,5	34,5	D Enka 3,33	–	94	D Horten 2,5	–	120,5
D Asoag *4	–	190G	H Br. Wollk. 6	123G	125	M Erlus 10	295TB	300bB	B Hw. Kayser *12	230G	230G
M Ack-Gogg 2,5	96bG	95bG	F BBC 6	221	220,7	M Erste Kulmb. 8	800bG	765TB	D Hussel 7	–	185
H Adca 0	80,4	81,4	S BSU Textil %12	1200G	1200G	S esbi *0	75	74,9	D Huta Heg. 5	–	144,5
D Adler 9	–	298G	D Buckau-W. 0	–	110G	S Essl. Masch. *10	470G	470G	M Hutschenr. 8,5+1	225	225
F Adt AG 7,5	124	122	D Buderus *12,6	–	345	M Estorer **30	599G	599G	H Hypo Hbg. 10+2	430	421G
F AEG-Telef 0	29,2	29	M Bgl. Br. Ing. *11+1	730	725G				D IKB 7	–	173
D AEG-Kabel 7+1	–	162bG	S Bgl. Brh. Rav. *5	400G	400G	D Farb. Liqu. RM 0	–	9,3	S IWKA 0	128	126,5
S Aesculap 8	279	275	D Burbach 3,2	–	126G	F Flachglas 10	259	258	M Isar-Amper 6	265bG	276bG
D Agrippina *7	–	630G	S Calw D. **18	652G	652bG	H Flb. Schiff 5	127,1	128,1	D Isenbeck *9,5	–	281,5G

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf: Geschlossen

AEG, BASF, Bayer, Bayer Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzb, Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener*, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W.*, Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann*, MAN, Mercedes-H., Metallges., Preussag*, RWE St., RWE VA, Rütgers, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips**, Royal D.**, Unilever**

Kurswert in 1000 DM

Ausland

Amsterdam / Mailand / Wien		

Wien	14. 2.	11. 2.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	209	208
Gösser-Brauerei	186	190
Länderbank Vz.	202	204
Österr. Brau AG	187	–
Perlmooser	262	262
Reininghaus	235	–
Schwechater Br.	–	137
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	149	149
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	172	173
Index	48,74	48,47

Kopenhagen	14. 2.	11. 2.
Den Danske Bank	206,25	203,75
Jyske Bank	316	316
Kopenh. Handelsbk.	206	199,75
Novo Industri	2060	2060
Privatbanken	190	188,75
Ostasiat. Komp.	99,75	96
Dan. Sukkerfabr.	418	412,5
For. Bryggerier St.	686,5	679
Kgl. Porc. Fabr.	220	218

Brüssel	14. 2.	11. 2.
Arbed	1102	1122
Brux. Lambert	1655	1640
Cockerill Ougrée	95	95
Ebes	2030	2025
Gevaert	1890	1880
Kreditbank	4500	4500
Petrofina	4710	4770
Soc. Gén. d. Belg	1548	1556
Sofina	4000	4010
Solvay	2320	2315
UCB	2870	2885
Index	106,01	105,92

Singapur	14. 2.	11. 2.
Cycle + Car	Geschlossen	3,86
Cold Storage		4,64
Dev Bk. of Sing.		8
Fraser + Neave		7,50
Kl. Kepong		2,44
Mal. Banking		6,80
Nat. Iron		7,55
OCBC		9,15
Sime Darby		2,45
Singapur Land		7,35
Un. Overs. Bank		4

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 14. 2.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

geschlossen

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14. 2.: Tagesgeld 5,5–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 14. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 14. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 14. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1450,00	1757,15
10 US-Dollar (Indian)**)	1013,00	1280,29
5 US-Dollar (Liberty)	423,00	574,04
1 £ Sovereign alt	277,00	335,61
1 £ Sovereign Elizabeth II	281,00	340,13
20 belgische Franken	212,00	273,46
10 Rubel Tscherwonez	295,00	361,60
2 südafrikanische Rand	277,00	335,61
Krüger Rand, neu	1232,00	1437,36
Maple Leaf	1230,00	1435,10
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	284,00	354,82
20 schweiz. Franken „Vreneli"	242,00	301,71
20 franz. Franken „Napoléon"	242,00	301,71
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1145,00	1361,65
20 österr. Kronen (Neuprägung)	231,00	283,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	122,00	154,81
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	531,00	639,58
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	127,00	166,11

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Der über den Markterwartungen liegende Anstieg in den amerikanischen Geldmengen-Aggregaten M 1 und M 2 sowie das Ausbleiben einer Diskontsatzsenkung durch die Federal Reserve Bank ließen den Dollarkurs am 14. 2. in der Spitze bis 2,4260 anziehen. Bedingt durch den Rosenmontag war die Umsatztätigkeit gering. An der Börse notierte der Dollar mit 2,4205. Für die übrigen amtlich notierten Währungen gab es keine einheitliche Tendenz, wobei minimale Kursverluste der D-Mark überwogen. Der Schweizer Franken notierte um 19 Pfennig schwächer mit 120,01. US-Dollar in: Amsterdam 2,6750; Brüssel 47,6250; Paris 6,8585; Mailand 1393,45; Wien 17,0150; Zürich 2,0169. Pfund/Dollar 1,5369.

Devisenterminmarkt

Die um 1/16 Prozent angezogenen Dollar-Deports am Euromarkt führten bei sehr ruhigem Geschäft zu einer geringfügigen Erweiterung der Dollar-Termin-Abschläge.

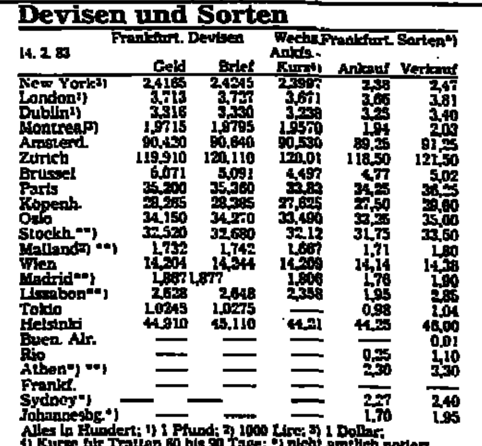
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67/0,57	2,13/2,03	4,45/4,25
Pfund/Dollar	0,31/0,27	0,71/0,66	1,00/0,95
Pfund/DM	2,30/0,9	5,50/4,10	9,60/8,20
FF/DM	49/33	153/137	260/244

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,6, Rendite 7,35.

Devisen und Sorten

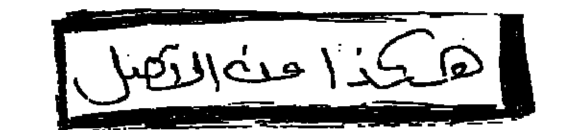


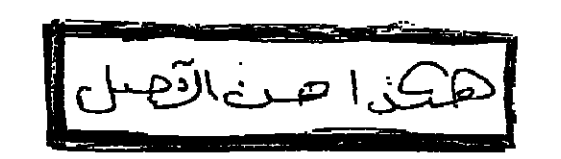
14. 2. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs[4]	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,4165	2,4245	2,3997	2,38	2,47
London[1])	3,713	3,727	3,671	3,66	3,81
Dublin[1])	3,316	3,330	3,238	3,25	3,40
Montreal[3])	1,9715	1,9795	1,9570	1,94	2,03
Amsterd.	90,430	90,640	90,530	89,25	91,25
Zürich	119,910	120,110	120,01	118,50	121,50
Brüssel	5,071	5,091	4,497	4,77	5,02
Paris	35,200	35,360	33,83	34,25	36,25
Kopenh.	28,265	28,385	27,825	27,50	29,60
Oslo	34,150	34,270	33,490	33,25	35,00
Stockh.**)	32,520	32,680	32,12	31,75	33,50
Mailand[2]) **)	1,732	1,742	1,687	1,71	1,80
Wien	14,204	14,344	14,209	14,14	14,38
Madrid**)	1,867	1,877	1,808	1,76	1,90
Lissabon**)	2,628	2,648	2,358	1,95	2,85
Tokio	1,0245	1,0275	—	0,98	1,04
Helsinki	44,910	45,110	44,21	44,25	46,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	—	—	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	—	—	—	2,27	2,40
Johannesbg.*)	—	—	—	1,70	1,95

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 14. 2.: 569 Optionen, 29 500 (26 650) Al... **Kaufoptionen:** AEG 6-4,50, 3-3,80, 2-3,20, ... 6-8,90, 3-5,60; 2-5,20, Bayer 6-9,50, 3-6,50, 2-5,60, ... 6-20, 3-14, BBC 3-12,30, Conti 6-7, 2-4,50, Daimler ... Deutsche Babcock 6-16,50, Deutsche Babcock ... züge 2-7, GHH 3-12, Hoechst 6-7,90, 3-6,50, ... Hoesch 6-4,80, 3-4, 2-2,70, Kali + Salz 3-8, Kar... 6-21, Kloeckner 6-7,50, 2-4, Lufthansa 6-7, 2-5, ... hansa Vorzüge 3-7, Mannesmann 6-12,30, 3-7,90, M.A.N. 2-7,50, Mercedes 6-28,50, Preussag 6-20, ... Stämme und Vorzüge 3-10, Siemens 6-17, 3-13, ... Thyssen 3-5, 2-4,30, Veba 2-5,60, VW 6-14, 3-10, ... Bay. Vereinsbank 2-10, Commerzbank 6-13, 3... 2-7,50, Deutsche Bank 6-19,50, 2-13, Dresdner ... 2-8, Chrysler 6-5,70, Philips 6-2,50, 3-1,80, Royal ... 6-2,90, Norsk Hydro 3-7. **Verkaufsoptionen:** ... 2-2,80, 6-3,20, Bayer 3-3,20, BMW 2-6,50, 6-10,10, ... 6-12,30, Conti 2-3,35, 6-5, Deutsche Babcock ... 3-9,40, Hoechst 6-3, Kaufhof 6-9, Klöckner ... Lufthansa Vorzüge 6-4,90, Preussag 2-5, Schering ... Siemens 2-6,85, VW 2-6, 3-6,70, 7-7, Commerz... 6-4,60, Deutsche Bank 2-5,40, Chrysler 2-1,80, ... 2-5,50, Philips 6-2,50, Elf Aquitaine 6-3,80.





Bundesanleihen

Renten unsicher und leichter

Der Rentenmarkt war – nicht zuletzt unter dem Einfluß des stagnierenden Aktienmarktes – an der Montagbörse verunsichert. Daher hat sich das Geschäft merklich beruhigt. Öffentliche Anleihen wurden bis um 0,2, in der Spitze sogar bis um 0,35 Prozentpunkte zurückgenommen. Bei den DM-Auslandsanleihen gaben die Notierungen bis um 0,5 Prozentpunkte nach. Der sehr ruhig liegende Pfandbriefmarkt konnte sich etwa behaupten.

Sonderinstitute

	14. 2.	11. 2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	92	92
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110

	14. 2.	11. 2.
7½ D. GiroKO 101	101,10	101,10
10 dgl. KO 125	104,20G	104,20G
9 dgl. KO 179	105,5G	105,5G
9¾ dgl. KO 180	108,6G	108,6G
9¾ dgl. KO 181	108,5G	108,5G
9 dgl. IS/K	101,25G	101,25G
6 D.Hyp.Brem.Pf118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	97,8G	97,15G
6½ dgl. KO 125	94,95G	94,45G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G

	14. 2.	11. 2.
8¼ dgl. Pf 174	101,85	101,85
8½ dgl. Pf 175	102,3	102,3
9½ dgl. Pf 178	104,25	104,25
6 dgl. KO 39	82	82
7¾ dgl. KO 170	97	97
9 dgl. KO 180	105,35	103,35
6½ Ml.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	95	95
6½ dgl. Pf 34	87,75	87,75

Bundespost

Länder – Städte

		14. 2.	11. 2.
7½ dgl. 72	87	99,5	99,5
8½ dgl. 73	85	105G	105
7 Essen 72	85	100,4	100,4
7½ Köln 71	83	100	100
6 München 63	83	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75	99,75G
6 Stuttgart 63	85	100G	100G
7½ dgl. 71	86	101,5bG	101,5bG
7¾ dgl. 72	87	101,5	101,5

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		14. 2.	11. 2.
[illegible]bahn 58	10/83	99,9G	99,9
[illegible] 75	5/85	100,45G	100,45G
[illegible] 73 II	11/85	102,7	102,75
[illegible] 72	2/84	101,3G	101,3
[illegible] 72	9/84	102,2	102,2
[illegible] 76	9/84	102,5	102,5
[illegible] 78 III	11/84	99,3	99,35
[illegible] 79	2/85	100	100,1
[illegible] 73	2/85	105,7	105,7
[illegible] 77	2/87	99,25	99,25

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Wandelanleihen

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Geringfügig fester schlossen die Goldnotierungen zum Wochenschluß an der New Yorker Comex. Durchweg deutlich fester notierte dagegen Silber. Mäßige Gewinne konnte Kupfer verbuchen. Uneinheitlich gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	11. 2.	10. 2.
Chicago (c/bush)		
[illegible]	342,75	344,00
[illegible]	353,25	353,25
[illegible]	361,25	359,75
Winnipeg (can. $/t)		
Board cif.	11. 2.	10. 2.
[illegible]wrence 1 CW	234,11	229,86
[illegible] Durum	214,60	212,51
Winnipeg (can. $/t)		
[illegible]	118,90	119,00
[illegible]	122,00	122,00
[illegible]	126,00	126,00

Genußmittel

	11. 2.	10. 2.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. März	125,49	125,75
Mai	120,70	121,45
Juli	119,50	119,75
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1875	1879
Mai	1939	1925
Juli	1950	1948
Umsatz	8835	–
Zucker		
New York (c/lb)		

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Hamburg spielt in Tiflis

Hamburg (sid) – Das Viertelfinal-Hinspiel im Fußball-Europapokal der Landesmeister zwischen Dynamo Kiew und dem Hamburger SV findet am 2. März in Tiflis statt. Das Spiel wurde wegen der schlechten Wetterbedingungen in Kiew nach Tiflis verlegt.

Handball-Sieg für Spanier

Odense (dpa) – Spaniens Handball-Nationalmannschaft gewann in Odense ein Länderspiel gegen Dänemark mit 18:17. Spanien ist bei der am 25. Februar beginnenden B-Weltmeisterschaft in Holland, die als Qualifikation für die Olympischen Spiele gilt, Konkurrent der deutschen Mannschaft.

Hilfe für die Sporthilfe

Frankfurt (sid) – Einen Reinerlös von mehr als 900 000 Mark erbrachte der von der Deutschen Sporthilfe und dem Sportpresseclub Wiesbaden in Mainz veranstaltete „Ball des Sports". Der Ertrag fließt der Deutschen Sporthilfe zu. Bei der Manöverkritik erhielt vor allem die Dekoration des Ballsaales (Motto: „Eine Nacht beschwingter Noten") hohes Lob. Für Konzeption und Ausführung der Gesamtdekoration war Dieter Haupt aus Wiesbaden verantwortlich.

Pokalspiele am 1. März

Stuttgart (dpa) – Die ausgefallenen Viertelfinalspiele um den Pokal des Deutschen Fußball-Bundes zwischen dem VfB Stuttgart und Hertha BSC sowie dem 1. FC Köln und Schalke 04 werden am 1. März (Dienstag 20 Uhr) nachgeholt. Borussia Dortmund wird sein Pokalspiel am 8. März (19.30 Uhr) gegen den VfL Bochum austragen.

Connors, Vilas siegten

Toronto (dpa) – Jimmy Connors (USA) gewann das internationale Tennis-Turnier in Toronto durch einen 6:2, 6:0, 5:7, 6:0-Sieg über José Higueras (Spanien). – In Richmond schlug der Argentinier Guillermo Vilas den Amerikaner Steve Denton im Finale eines Einladungsturniers mit 6:3, 7:5, 6:4.

Lohhof nur Vierter

Ankara (sid) – Der deutsche Damen-Volleyballmeister SV Lohhof belegte bei der Europapokal-Endrunde in Ankara nur den vierten und letzten Platz. Im letzten Spiel verlor Lohhof gegen den alten und neuen Titelträger Swerdlowsk (UdSSR) mit 0:3. In Stuttgart gewannen die Damen der SG/JDZ Feuerbach den CEV-Pokal durch einen 3:1-Sieg über Cecina (Italien).

Pinner verlor im Finale

Bietigheim (dpa) – Uli Pinner (Neuss) verlor das Finale der mit 25 000 Mark dotierten Internationalen Württembergischen Tennis-Meisterschaften in Bietigheim. Der 17 Jahre alte Schwede Stefan Edberg besiegte Pinner in 30 Minuten mit 6:2, 6:0.

Holzner wieder vorn

München (dpa) – Bei den deutschen Eisschnellauf-Meisterschaften in München konnten Monika Holzner (Inzell) und Stephan Panzer (München) ihre Titel im Sprint-Vierkampf verteidigen.

München mit Breitner

München (dpa) – Mit Paul Breitner wird der FC Bayern München am Samstag zum Fußball-Bundesligaspiel in Leverkusen antreten. Breitner hat acht Wochen wegen einer Verletzung pausieren müssen.

Freiburg aufgestiegen

Düsseldorf (sid) – Durch einen 12:5-Sieg über Bremerhaven schaffte der ERC Freiburg den Aufstieg in die Eishockey-Bundesliga. Nach 1979 und 1981 ist das der dritte Aufstieg für Freiburg in die höchste Klasse.

ZAHLEN

VOLLEYBALL

Europapokal der Landesmeister, Damen, Endrunde in Ankara: 1. Spieltag: SV Lohhof – Tungsram Budapest 3:0, Uralowsk Swerdlowsk – Slavia Preßburg 3:0. – 2. Spieltag: Lohhof – Preßburg 0:3, Swerdlowsk – Budapest 3:1. – 3. Spieltag: Lohhof – Swerdlowsk 0:3, Budapest – Preßburg 3:0.

1. Swerdlowsk	3 3 0	9:1	3:0
2. Budapest	3 1 2	4:6	1:2
3. Preßburg	3 1 2	3:6	1:2
4. Lohhof	3 1 2	3:6	1:2

CEV-Europapokal, Damen, Endrunde in Feuerbach bei Stuttgart: TG Russelsheim – Pallavolo Cecina/Italien 2:3, CASG Paris – SG/JDZ Feuerbach 0:3, Feuerbach – Rüsselsheim 3:0, Paris – Cecina 2:3, Feuerbach – Cecina 3:1, Russelsheim – Paris 3:0.

1. Feuerbach	3 3 0	9:1	3:0
2. Cecina	3 2 1	7:7	2:1
3. Russelsheim	3 1 2	5:6	1:2
4. Paris	3 0 3	2:9	0:3

EISHOCKEY

Bundesliga, Play-off-Runde. Rückspiele (in Klammern das Ergebnis des ersten Spiels): Schwenningen – Köln 3:1 (2:7), Rießersee – Mannheim 6:1 (3:4), Kaufbeuren – Rosenheim 5:4 nach Verlangerung (5:7), Düsseldorf – Landshut 3:4 nach Verlangerung (6:10). ● Nur Landshut hat nach zwei Siegen das Halbfinale erreicht. Am Mittwoch kommt es zu folgenden Entscheidungsspielen: Köln – Schwenningen, Mannheim – Rießersee, Rosenheim – Kaufbeuren. Am Freitag spielen dann im Halbfinale: Landshut – Sieger aus Köln-Schwenningen und Sieger aus Mannheim-Rießersee gegen Sieger aus Rosenheim-Kaufbeuren.

TENNIS

WCT-Turnier in Richmond/Virginia (300 000 Dollar), Einzel-Finale: Vilas (Argentinien) – Denton (USA) 6:3, 7:5, 6:4. – Doppel-Finale: Slozil/Smid (CSSR) – Bühning/Teacher (USA) 6:2, 6:4. – **Einladungsturnier** in Toronto (250 00 Dollar), Finale: Connors (USA) – Higueras (Spanien) 6:2, 6:0, 5:7, 6:0. – **Damenturnier** in Indianapolis (50 000 Dollar). Finale: Hobbs (Großbritannien) – Purdy (USA) 6:4, 6:7, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 2, 0, 1, 2, 2, 0, 0, 2, 1, 0. – Auswahlwette „6 aus 45": 3, 8, 11, 13, 24, 27, Zusatzspiel: 44. – **Rennquintett:** Pferdetoto: 5, 7, 16. – Pferdelotto: 1, 3, 4, 16. (ohne Gewähr)

Drei Männer im Blickpunkt: Michael Groß, Simon Schobel, Pietro Mennea

Ein Bad zwischen der Weltklasse

DIETER SCHULZ, Bonn

Man kann darüber streiten, was schlimmer ist für einen Sportler, der den Zuschauern schwache Leistungen vorführt: Pfiffe oder Gelächter. Das Publikum im Bonner Frankenbad lachte den deutschen „Sportler des Jahres" aus. Michael Groß (18) aus Offenbach badete in einem Rennen, das als Weltmeisterschaftsrevanche angekündigt worden war. „Hauptsache, er ist nicht ertrunken", heißt es auf der Tribüne.

Der Weltmeister über 200 m Schmetterling kam 5,73 Sekunden hinter dem Sieger Sergej Fesenko auf den fünften Platz. Seine Zeit von 2:03,21 Minuten ist um 7,03 Sekunden schwächer als seine Weltbestzeit auf Kurzbahnen (25 Meter). Die Zuschauer lachten, als Michael Groß aus dem Wasser stieg.

Das ist – sind Pfiffe wirklich schlimmer? – eine deftige Reaktion. So etwas wie eine Strafe für Versagen. Aber wer hat denn hier versagt? Vielleicht hat Michael Groß, den viele für stur halten und der doch nur konsequent ist, nur einen Fehler gemacht: eben diese Konsequenz seines Wesens für den einen Tag des Bonner Arena-Meetings nicht durchzuhalten.

Der Weltmeister hatte vorgebaut: „Ich bereite mich nicht speziell auf Bonn vor und unterbreche meinen Trainingsrhythmus nicht." Dabei hätten es die Veranstalter belassen und ihn zu Hause lassen sollen. Doch Groß („ich lasse mich nicht vermarkten, ich tue nur das, was mir Spaß macht") hat eine Schwäche gezeigt, die bei ihm gar nicht mehr zu vermuten war, nachdem er selbst die Ehrung zum Sportler des Jahres abgesagt hatte. Jürgen Konzel, der neue Schwimmwart des Verbandes, spricht für ihn:



Von den Zuschauern ausgelacht: Michael Groß FOTO: PERENYI

„Michael wollte gar nicht starten. Aber man hat ihn dazu überredet, und bedauerlicherweise hat er sich überreden lassen."

Wird da auch ein Sinneswandel im Umgang mit dem spröden Star sichtbar? Vor einem Jahr, beim NOK-Schwimmfest in Ost-Berlin, geschah Groß ähnliches. Er badete lustlos zwischen der Weltklasse und wurde diszipliniert – bei einer Wettkampfreise in die USA durfte er nicht mitfahren. Heute sagt Harm Beyer, der Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes, in Bonn: „Trotz dieses Auftritts ist er bei der Europameisterschaft vielleicht wieder der Größte. Was ist jetzt wichtiger: Daß er bei einer solchen Veranstaltung eine gute Figur macht oder daß er am Ende Europameister wird? Ich werde nichts mehr unternehmen."

Er hat sich überreden lassen, nun wurde er ausgelacht. Am Samstag ging er noch zur Schule, dann trainierte er an den Gewichten. Erst am Sonntag kam er nach Bonn. Die Konsequenz des Trainings läßt bei ihm keine Wettkampf-Kompromisse zu.

Verantwortung, Vertrauen und Arbeit

MARCUS BERG, Bonn

Arno Ehret wird nicht dabei sein, wenn die deutsche Handball-Nationalmannschaft ab 25. Februar (erstes Spiel gegen Frankreich) bei der B-Weltmeisterschaft in Holland um die Olympia-Qualifikation kämpft. Er ist in Berlin bereits am Knie operiert worden. Selbstverständlich bedauert er sein persönliches Pech, doch für die Kollegen, die ohne ihn auskommen müssen, sieht er nicht schwarz. Er weiß, daß es da einen Chef gibt, auf den sich jeder verlassen kann: „Simon Schobel ist ein Methodiker, wie ich ihn noch nie erlebt habe. Der Sport ist für ihn eine Wissenschaft."

Fast schon blindes Vertrauen in den Bundestrainer – nach dem Motto Schobel wird's schon richten? Erhard Wunderlich sagte nach den beiden Siegen über Jugoslawien (18:15 in Berlin und 21:17 in Hamburg): „Wir sind auf dem richtigen Weg. Zu Beginn der Spiele in Holland werden wir topfit sein. Alles, was Simon Schobel vorausgesagt hat, ist eingetreten." Da, so scheint es, ist ein Mann, der den Mund nicht so voll nimmt wie sein Vorgänger Vlado Stenzel. Das verbreitet Sicherheit in einer „gefestigten Mannschaft mit guter Moral" (Kapitän Heiner Brand).

Simon Schobel (32), Diplomsportlehrer, geboren in Klausenburg in Siebenbürgen, ist ein fanatischer Arbeiter. Das gibt auch ihm die Sicherheit, große Worte sehr ruhig auszusprechen, ohne jeden Anflug von schwülstiger Übertreibung: „Ich habe wirklich alles in der Vorbereitung getan. Ich will Deutschland wieder in die Weltklasse führen."

Das ist das Selbstverständnis eines Mannes, der 18 Spiele für die rumänische Nationalmannschaft bestritten hat und erst seit zehn



Sport ist für ihn Wissenschaft: Simon Schobel FOTO: H&M PRESS

Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lebt. Zu einer Zeit, als noch gar nicht feststand, daß er Nachfolger des Jugoslawen Stenzel werden würde, sagte er: „Ein Deutscher muß Trainer werden. Sonst wird es über Jahre nicht gelingen, das Selbstbewußtsein der deutschen Handball-Lehrer und ihre Arbeit weiterzuentwickeln." Heute sagt er: „Ich bin kein Nationalist. Wenn ich davon spreche, daß es eine Ehre für mich ist, mich für Deutschland zu engagieren, dann meine ich damit: Hier ist meine Heimat, und dieser Gemeinschaft will ich auch etwas geben."

Das „Wir-Gefühl" habe er erst in der Bundesrepublik erfahren, nun will er es weitergeben an seine Mannschaft. Die Reaktionen der Spieler geben ihm recht. Sie vertrauen – und trauen sich plötzlich mehr zu. Und sie spüren die Verantwortung, der sich auch Schobel verpflichtet fühlt. Wunderlich sagt: „Die Olympiaqualifikation ist für uns Pflicht, sonst werden wir mit unserer Sportart noch weiter zurückgeworfen."

Jubel um einen alten Sprinter: „Wunderbar, Pietro, du hast den Zeiger der Uhr angehalten"

BLUME/SOLMS, Bonn/Rom

Als er gestern die Zeitungen aufschlug, jubelten ihm die Schlagzeilen entgegen: „Er ist wieder der Champion, dem wir Beifall zollen" (Corriere della Serra). „Wunderbar, Pietro, du hast den Zeiger der Uhr angehalten" (Tuttosport). „Er hat das Gesetz der Zeit überflügelt" (Gazetta dello Sport). Derart überschwengliche Lobpreisungen galten dem 30 Jahre alten Dottore Pietro Mennea, einem Staatswissenschaftler aus Barletta in Apulien. Mennea hatte am Sonntagabend in Genua mit 20,74 Sekunden eine neue Hallen-Weltbestleistung über 200 Meter aufgestellt und damit die 24 Stunden zuvor gelaufenen 20,77 Sekunden des 17jährigen Mülheimers Ralf Lübke unterboten.

Mennea, der Olympiasieger von 1980 in Moskau, der Weltrekordler über 200 Meter (19,72 Sekunden), hatte vor zwei Jahren seinen Rücktritt vom aktiven Leistungssport beschlossen. Mennea, schon damals eine Leichtathletik-Legende, sagte: „Im Sport muß man aufhören können. Man muß wissen, wann man sich ohne Gesichtsverlust von seinem Publikum zu verabschieden hat. Ich hoffe, daß ich die Kraft dazu habe und daß ich allen Versuchen zu einem Comeback widerstehen werde." Er hatte diese Kraft nicht. Im August vorigen Jahres zog es ihn wieder nach Formio zu Carlo Vittori. Mit ihm gemeinsam hatte Pietro Mennea in den Jahren zuvor seine Rekorde und Siege vorbereitet – nun arbeitete er an seinem Comeback. Es wurde keines, wenngleich Vittori sagte: „Wenn Mennea etwas tut, dann tut er es mit voller Hingabe."

Menneas *Hingabe* reichte nicht aus, um im September 1982 bei den

„Ich habe noch viel für die Leichtathletik und die olympische Bewegung zu tun" – Pietro Mennea nach seiner Weltbestzeit FOTO: AP

Europameisterschaften in Athen schon wieder ganz oben zu stehen. Nur vier Wochen ernsthafte Vorbereitungen – das brachte ihm einen Platz in der italienischen 4×400-m-Staffel und mit ihr den sechsten Platz im Finale von Athen. Das Kapitel Mennea – so schien es – war für immer abgeschlosesen.

Doch nach ernsthaftem Wintertraining folgte am Sonntagabend, 18.10 Uhr in Genua, die neue Hallen-Weltbestzeit über 200 Meter. Sicher, das war eine Antwort auf den Sturmlauf Lübkes (Mennea: „Ist das ein Karnevalsscherz?") und auf seine zuvor erzielte mäßige Zeit von 6,72 Sekunden über 60 Meter. Verblüffend bleibt die Steigerung des im Juni 31 Jahre alt werdenden Staatswissenschaftlers dennoch. Denn Sprinter, die in diesem Alter noch Überdurchschnittliches leisten, sind selten. Erfahrungen und wissenschaftliche Untersuchungen haben es bewiesen: Mit der angeborenen und antrainierten Schnelligkeit geht es ab dem 25. Lebensjahr rapide bergab. Weltrekorde und Weltbestzeiten rennt man mit 24, und nicht, wie Mennea, mit fast 31 Jahren. Sicher, es gab Ausnahmen, zum Beispiel den deutschen Sprinter Erich Borchmeyer, der mit 31 Jahren im olympischen 100-m-Finale von 1936 in Berlin noch den fünften Platz belegte.

Gibt es da etwa sogar Parallelen? Borchmeyer lebte wie ein Asket. Sah er sich mal einen Film an, verließ er noch vor Ende der Veranstaltung das Kino, um Punkt zehn Uhr im Bett zu sein. Alles für den Sprint, um der menschlichen Natur ein Schnippchen zu schlagen – so lebt auch Mennea. Abgeschirmtheit, um die innere Ruhe zu finden, um das Nervenkostüm zu stabilisieren – das sind Grundprinzipien der Lebensweise Menneas.

Das Bekreuzigen vor dem Start, der stolz emporgereckte Zeigefinger nach dem Sieg – das sind bei Mennea seit vielen Jahren äußere Zeichen von An- und Entspannung. Am Sonntagabend in Genua war es nicht anders. Und die wenigen Sätze, die Pietro Mennea danach von sich gab, hätte er auch als beamteter Public-Relations-Mitarbeiter des Nationalen Olympischen Komitees von Italien sagen können: „Wenn ein junger Mann wie Lübke mit 17 Jahren eine solche Zeit läuft, ist das für mich ein Ausdruck reinster Klasse." Und dann: „Ich wußte, ich bin wieder da, aber jetzt wissen es wenigstens alle."

Dann telefonierte Mennea mit dem Rechtsanwalt Primo Nebiolo, dem Präsidenten des Internationalen Leichtathletik-Verbandes. Die Kurzfassung dieses Telefonates: „Bitte helfen Sie mir. Ich habe noch viel für die Leichtathletik und die olympische Bewegung zu tun."

Nebiolos Hilfe ist wohl notwendig, denn der Amateur Mennea startet für den Campannelle Club Roma, einen Verein, der für professionelle Pferderennen wirbt . . .

MOTORSPORT / Weltmeister im Eisspeedway

Amateure besiegten die Profis

KLAUS BLUME, Bonn/Schliersee

Der Anruf kam am Sonntagabend, gegen 18 Uhr. Da brachte der Schwiegervater aus Berlin die erwartete freudige Nachricht: „Wir sind Weltmeister geworden." Wir, das waren der Feinmechaniker Helmut Weber (31) aus Schliersee und der Landwirt Max Niedermayer (32) aus Unterach bei Wasserburg. Und Weltmeister waren die beiden auf der Eisbahn in Berlin-Wilmersdorf in der Mannschaftswertung der Eisspeedway-Motorradfahrer geworden. Am anderen Ende der Leitung, daheim in Schliersee, jubelte Helmut Webers 21 Jahre alte Frau Gabriele: „Ich hatte mich zwar mit dem Gedanken befaßt, diesmal könnte es klappen, doch am Ende war es eine große Überraschung."

Es war deshalb eine große Überraschung, weil die beiden bayerischen Motorrad-Rennfahrer als reine Amateure gegen die Profis aus der Sowjetunion antraten – und die galten in der Branche seit Jahren eigentlich als unschlagbar. Um die Sache mit dem reinen Amateur zu verdeutlichen: Gestern morgen, nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft, machten sich Weber und Niedermayer – ein Familienvater mit zwei Kindern – per Auto auf den Weg von Berlin nach Bayern. Die Fahrt dauerte zehn Stunden, und als Chauffeure fungierten die beiden Weltmeister.

„So etwas ist üblich", erklärt Gabriele Weber, „in der Nacht um zwei fährt mein Mann los, um dann morgens in Berlin, Frankfurt oder sogar in Holland seine Rennen bestreiten zu können." Zu jenem Reisestreß kommen die Ausgaben, die ausschließlich von den Fahrern selbst bestritten werden. Rund 8000 Mark kosten die rennfertigen Motorräder ohne Bremsen (abgestoppt wird per Motor), die vorwiegend von dem tschechoslowakischen Hersteller Jawa oder dem englischen Produzenten Weswake angeboten werden. Bei einem Weltmeisterschaftslauf bekommt ein Spitzenfahrer wie Helmut Weber an Kilometergeld und Prämien rund 2000 Mark. Die übrigen Rennen bringen weniger als 1000 Mark.

Davon muß alles bezahlt werden, was an Spesen und Neuanschaffungen für das Motorrad anfällt. Auch die Spesen des Mechanikers gehören dazu: Klaus Fürst heißt der Mann, der seit Jahren mit Weber gemeinsam an den rennfertig gelieferten Maschinen bastelt und der aus 55 PS noch 60 PS macht. In Geschwindigkeit umgesetzt heißt das: Auf den etwa 100 Meter langen Eisgeraden werden bis zu 130 Stundenkilometer entwickelt.

Manchmal passiert bei diesem Tempo etwas. Wie vor zwei Jahren im holländischen Assen, als Helmut Weber stürzte und ins laufende Rad seiner Maschine fiel. Die am Reifen angebrachten drei Zentimeter langen Spikes rissen ihm knapp an der Wirbelsäule tiefe Wunden, die mit 100 Stichen genäht werden mußten. „Einige Tage später", so erzählt Gabriele Weber, „zeigte er mir eine Tüte neuer Spikes. ‚Schau her', sagte er, ‚wie spitz diese neuen Spikes sind. Damit hat die Maschine auf dem Eis sicher eine bessere Haftung.'"

Auch schwere Unfälle könnten ihn nicht von seinem Sport abhalten. Und Frau Weber, die vor der Geburt ihrer jetzt einjährigen Tochter bei fast allen Rennen dabei war, weiß: „Mit einem Fuß steht der Helmut immer im Grab. Es ist nervenaufreibend." So sehr, daß die Webers für ihre privaten Motorrad-Ausfahrten eine japanische Suzuki-Maschine mit 250 ccm benutzen – also eher etwas Gemütliches. Auch ansonsten bewegt sich der Speedway-Weltmeister privat eher im ruhigen Tempo. Nicht im Sportwagen, sondern in einem Mercedes Diesel.

Vor dreizehn Jahren gehörte Weber bereits zu den besten Sandbahn-Spezialisten Deutschlands – er wurde Seitenwagenmeister. Doch dann hat es ihm das Schlittern mit dem Motorrad auf der Eisbahn angetan, ebenso wie seinem Partner Max Niedermayer. Der ist Landwirt und hat im Winter ohnehin mehr Zeit für den Sport als im Sommer.

STAND PUNKT

Ein Lob?

Uli Pinner hat ein Tennis-Finale erreicht. Mein Gott, was ist das schön. Er hat verloren, 2:6, 0:6, innerhalb von nur 30 Minuten. Aber er stand im Finale, das zählt. Und schließlich hat er gegen jemanden verloren, über den er so spricht: „Der Junge war viel zu stark für mich. Der wird sich innerhalb kurzer Zeit in der Weltrangliste weit nach vorne spielen." Wenn der gute Pinner, ist daraus zu schließen, schon mal ein Finale verliert, dann nur gegen die Großen seines Sports.

Der Pinner-Bezwinger ist 17 Jahre alt, kommt aus Schweden und heißt Stefan Edberg. Das Spiel fand in Bietigheim-Bissingen statt und war das Finale der württembergischen Hallenmeisterschaften. In der Tat, wer da Pinner besiegt, wird garantiert ein Großer. Schließlich ist Pinner ja nicht irgendwer, er hat im Halbfinale Rolf Gehring besiegt – deutsches Herren-Tennis auf der Ebene Bietigheim-Bissingen.

Nur, warum wird jetzt der junge Schwede gleich ein Star? So gerieren sich die Pinners eben immer wieder, wenn sie verlieren: Sie nehmen sich als Maßstab und lassen den Hochmut nicht sinken. Edberg sollte besser weghören. que

Italiens staatliches Fernsehen ist aufgeschreckt

Mit Marco Polo gegen Kojak

Vom Kampf zwischen der RAI, dem staatlichen italienischen Fernsehen und den großen Privatsendern haben die TV-Konsumenten bisher nur profitieren können, denn die lange Zeit nicht übermäßig unterhaltenden Sendungen der drei RAI-Kanäle haben sich im Wettrennen mit den Privaten mächtig gemausert.

Es sind nicht die vielen hundert lokalen Fernsehstationen, die der RAI Kopfschmerzen bereiten, sondern die kommerziellen Giganten, die ihre Sendungen landesweit ausstrahlen und Satelliten mieten; zum großen Teil gehören sie Verlegern, die auch Zeitungen besitzen und deren Redaktionen beispielsweise für Nachrichtensendungen einsetzen. Der schärfste Konkurrent des Staatsfernsehens heißt Canale Cinque und gehört dem Konstrukteur Silvio Berlusconi, der Indro Montanelli Chefredakteur der Tageszeitung „Giornale Nuovo", und seine Redaktion für sich gewann.

Hauptstreitobjekt ist natürlich die Werbung, für die die RAI, durch Verträge mit Zeitungsverlegern gebunden, im vergangenen Jahr 285 Milliarden Lire (rund 530 Millionen Mark), die Privatsender hingegen 400 Milliarden (rund 720 Millionen Mark) einkassieren konnten.

In einem Feldzug gegen das kommerzielle Fernsehen, der speziell gegen Berlusconi geführt wird, beklagte die kommunistische Zeitung „Unità", daß die Privatsender keinerlei kulturelle Ambitionen haben, den lokalen Stationen Arbeit und Brot nähmen und die Preise für Ankäufe ausländischer Programme ins Unerschwingliche steigerten.

Berlusconis Antwort: Die hohen Einnahmen für Werbespots verdanke sein Sender der Erfindung neuer Publizitätsformen, die weder Zeitungen noch Lokalsendern auch nur eine Lira wegnähmen. Seine acht Fernsehstudios gäben 1000 Menschen Arbeit und würden nach der nötigen Anlaufzeit auch Kultursendungen in eigener Produktion bieten. An den hohen Preisen für Auslandsprogramme aber sie die RAI selbst schuld. Er habe z. B. mit drei Multis als Sponsoren im Rücken zehn Millionen Dollar für die Übertragung der nächsten Olympiade geboten. Die RAI habe das torpediert und müsse jetzt eben diese Riesensumme berappen.

Und dann kaufte Berlusconi der RAI für eine Milliarde Lire ihren besten Showman, Mike Buongiorno, weg. Es folgten die beliebte Krimisendung „Kojak" und viele andere. Nun haben „Dallas" und „Flamingo Road" (natürlich Canale Cinque) die RAI zu Großtaten angestachelt. Nach ihren Serien „Verdi" und „Marco Polo" plant sie einen „Anti-Dallas", den Dino Risi in der Brianza dreht. Ein hauseigener Kommissar, der Kunstdiebstählen in Italien nachforscht, soll „Kojak" ersetzen. Großeinkäufe in den USA, darunter „Evita Peron" und „Golda Meir", sollen der bösen Konkurrenz den Wind aus den Segeln nehmen.

MONIKA v. ZITZEWITZ

KRITIK

Seelische Aerobic-Übungen

Arthur Schnitzlers Roman „Frau Bertha Garlan" ist älter als 80 Jahre, Ludwig Cremers Fernsehspiel **Berta Garlan (ARD)** wurde vor rund 17 Jahren gemacht. Nun stellte man es dem inzwischen gestorbenen Regisseur zu Ehren ins Nachmittagsprogaramm.

Wir sind alle 17 Jahre älter geworden, auch das Stück, das trotz der kühlen und trockenen Lagerung Schnitzlers seelische Aerobic-Übungen nicht plausibler machen kann. Cremer hatte sich redlich und mit viel handwerklichem Geschick bemüht, den verklemmten Menschen der Schnitzler-Zeit nahezukommen, sein Ensemble half ihm dabei, allen voran die bitterbrave Gertrud Kückelmann mit dem routinierten Helmut Lohner. Manchmal ragte denn auch ein Stückchen Wirklichkeit, als Seele getarnt, aus der nebelgrauen Absurdität, aber niemals reichte es zur Glaubwürdigkeit, will sagen: zum spontanen Kopfnicken. Wer da nickte, tat es, weil er müde wurde, der Schlichtfabel ihre Bedeutungslosigkeit zu verzeihen. Wie denn, und womit auch. Schnitzler ist tot.

Was dem germanistischen Seminar recht sein mag, muß dem Fernsehtheater noch lange nicht billig sein. So nährte die eine Enttäuschung die andere, und zu einer richtigen Ehrung reicht es denn auch nicht.

VALENTIN POLCUCH



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Charleys Tante
11.30 Menschenskinder!
12.10 Mit der Kamera dabei
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.05 Scherlock Schmidt & Co.
Viel Lärm
16.35 Klamottenkiste
Mickeys Schultag
16.55 Duisburg närrisch voller Schwung
11 x 100 Jahre jung
Historischer Festzug anläßlich der 1100-Jahrfeier der Stadt Duisburg
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Parteien zur Wahl
20.15 Ein Abend mit Georg Thomalla
Anschließend:
Parteien zur Wahl
21.00 Panorama
Themen: Parteifinanzierung / Interview mit Arnulf Baring
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Das Oberhaupt der Familie
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Themen: Die falschen Buddhas: Antike Buddhas sind in Asien kaum noch zu haben. Dafür um so mehr solche, die für antik ausgegeben werden. / Sex on TV: Während in der amerikanischen Öffentlichkeit die Rückkehr zu mehr Sittlichkeit gepredigt wird, treten in einigen privaten Fernsehkanälen immer mehr Nackte auf. / Südafrikas schwarz-weiße Musikszene / Picassos Erben / Kurzberichte: über Béjars Ballett des zwanzigsten Jahrhunderts bei der Premiere in Paris; ein Nonstopprogramm in Venedig zu Wagners 100. Todestag; die asiatischen Filmfestspiele auf Manila
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Anschließend:
heute-Schlagzeilen
16.35 Die Vogelscheuche
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
17.50 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Ein Geschenk des Himmels
Amerik. Spielfilm, 1951
Mit Spencer Tracy und Elizabeth Taylor u. a.
Regie: Vencente Minnelli
Anschließend:
Ratschlag für Kinogänger
In der Stille der Nacht
Die verrücktesten 90 Minuten
21.00 heute-journal
Anschließend: Parteien zur Wahl
21.20 Lieb Fastnacht mußt wachsam sei
Ein politisch-literarischer Blick zurück nach vorn
22.05 Notsignale
Barbara
Wissenschaftliche Schätzungen geben die Zahl der psychisch Kranken in der Bundesrepublik mit 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung an – also 6 bis 9 Millionen Menschen. Aber nur ein winziger Teil erhält wirklich Hilfe. Auch die „Notsignale", seit 1976 im ZDF-Programm, wollen einen Beitrag leisten, diesem Zustand abzuhelfen
23.40 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Geometrie (7)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Karneval in Köln
Aufzeichnung der großen Prunksitzung des Festkomitees des Kölner Karnevals
Anschließend:
Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Elmolo vom Lake Turkana
Ein Volksstamm stirbt aus
19.15 Science-Report
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Situation:
Tom weigert sich
21.00 Die eigene Geschichte
Hello Fräulein
Film von Heiner Herde
21.45 Panorama-Nachfrage
22.30 Das Gruselkabinett:
Der Foltergarten des Dr. Diabolo
Engl. Spielfilm, 1968
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN

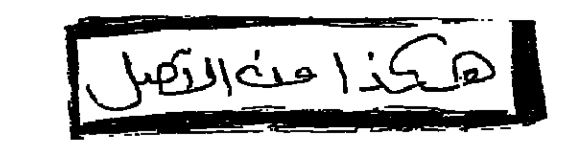
18.00 Sesamstraße
18.30 Doctor Snuggles (3)
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
19.00 Tier-Report
19.45 Praktische Tips
20.00 Tagesschau
20.15 Die blonde Caroline
Fernsehspiel
21.30 Drei aktuell
21.45 USA in Nahaufnahme (5)
Championship
22.30 250 Jahre Tradition
Porträt der ältesten Militärakademie der Welt

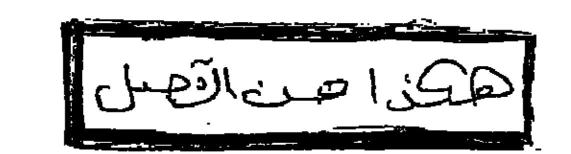
SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (7)
19.00 Les Gammas! Les Gammas!
19.30 Die Sprechstunde
Nierensteine – was tun?
Nur für Baden-Württemberg
20.20 Schauspielereien
20.40 Marktplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
20.20 Landesspiegel
21.05 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland
20.20 Fastnacht im Saarland
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.35 Opernball
Dt. Spielfilm, 1939

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Ein Schmarrn halt
Fernseh-Groteske
19.40 Pop Stop
20.25 Unser Land
20.55 Rundschau
21.10 Sylvie Vartan
Aufzeichnung eines Konzerts
22.10 Z. E. N.
22.15 Direktion City
Augen rechts
23.00 Rundschau





Plattes Fäustchen

war. – Pingeligen Philologen verden die Haare zu Berge ste-1en: Ein „neuer" Urfaust, hemmungslos aus Fragment und ‚Faust I" zusammengeschnetzelt and mit Vorspiel und Prolog im Himmel ungeniert ins Plattdütsche übertragen und auf die Bühne des Hamburger Ohnsorg-Theaters gehievt, wo sonst Heidi Kabel als Kartenlegerin gelächertreibend fungiert und küstennahe Schwänke die Kassen füllen. Da kann man doch nur mit Gretchen aufstöhnen: „Hinrich, ni kümmt vör di dat Gräsen an."

Ja, wenn beim Osterspaziergang die Bauern Platt palavern, venn sich Mephisto, nachdem er les Pudels Fell abgestreift, die Mundart als neue Maske aufsetzt, ım Faust schneller einzufangen, nag das für gestrenge Goethe-Sachverwalter vielleicht gerade 10ch angehen. Und auch Faust könnte man verzeihen, wenn er ls Ausgleich für all sein ruhelos gelehrtes Deklamieren mal ins Niederdeutsche eintaucht. Aber varum um alles in der Welt, müsen auch noch die Erzengel Platt nacken und Gottvater den Mehisto fragen „Wat ligt di sünst och op den Magen?"

Aber gemach: Empörung ist ei diesem neuen nordlichternen Faust-Spiel, das dem heute 4jährigen pensionierten Stuienrat Friedrich H. Schaefer aus er Feder floß, fehl am Platze. Denn die Ohnsorgler, fauststoffebildet, wie sie sind, können naürlich auf jene alte Volksbuchnd Puppenspiel-Tradition des aust verweisen, aus der beanntlich auch Goethe schöpfte. Ind – was wichtiger ist – der oethekundige Schaefer hat die prach- und erkenntnismächtien Diskurse auf anmutig-herzafte, zum Teil regelrecht origielle und pfiffige Weise in platteutsche Redewendungen und eime gebracht, die Goethe selen platten Tort antun.

Wo's kritisch wird, allzu verackt philosophisch, wo Erdgeist nd Hexen walten, hat er ohneies weise den Rotstift angesetzt nd das Ganze zielstrebig auf raffe, verständliche Teufelsakt- und Gretchen-Handlung usgerichtet. Da läuft es dann östlich und schnell auf immer eue büchmannreife Über-Sätungen zu vom Schlage „Bloot 'n vigelinschen Saft". Die hätten bei der Hamburger Premiere och mehr entzücken können, ätte die Inszenierung mehr vigenschen Saft gehabt.

Cyclosporin A gegen die Abwehr – Neue Chancen für Transplantationen

Medizin wie mit dem Florett

Die Transplantationschirurgie, wohl eine der spektakulärsten Errungenschaften der modernen Medizin, steht vor einem neuen Boom. Der Grund dafür liegt aber nicht, wie so häufig, in neuen technischen Verbesserungen. Nein, die Technik der meisten Transplantationen, gleichgültig ob Nieren-, Herz- oder Leberverpflanzung, ist heute weitgehend standardisiert. Limitierend auf die Erfolgsquoten wirkten sich bisher vielmehr die rebellierenden Abwehrkräfte des Empfängerorganismus aus.

Das Funktionsschema des Immunsystems (es beeindruckt durch außerordentliche Komplexität und ist darin nur noch dem Zentralnervensystem vergleichbar) sieht nicht vor, fremde Organe zu tolerieren, auch wenn diese Toleranz zu einer Überlebensfrage wird. Das Immunsystem ist auf Verteidigung programmiert. Es leistet harte Arbeit, um Schädliches fernzuhalten, um Bakterien, Viren und Pilze zu vernichten, ehe sie den Menschen zu ihrem Nährboden machen. Auch entartetes Gewebe machen die zellulären Kampftruppen des Immunsystems nieder und alle anderen Gewebe, die nicht die gleiche unverwechselbare molekulare Kennkarte auf der Zelloberfläche tragen.

Organtransplantationen sind überhaupt nur möglich, wenn die Körperabwehr zumindest vorübergehend lahmgelegt wird. Mit schweren medikamentösen Geschützen, den sogenannten Immunsuppressiva, ist dies auch möglich. Freilich, dieser Eingriff in das Immunsystem, der Zwang zur Tolerierung fremden Gewebes war bislang noch recht grobschlächtig. Wo eigentlich mit dem Florett gefochten werden sollte, haute man mit dem schweren Säbel dazwischen. Entsprechend waren auch die Resultate. Obwohl man inzwischen einiges dazugelernt hat und zumindest versucht, den Säbel wie ein Florett zu führen, kommt es immer noch in einem beachtlichen Prozentsatz zu Abstoßungsreaktionen: Das Immunsystem des Organempfängers verwirft trotz aller Manipulationen das Spendeorgan. Und häufig leiden die Empfänger an den Nebenwirkungen der Immunsuppressiva. Die geschwächte Infektabwehr macht sie anfällig. Sind es Kinder, die ihre Überlebenshoffnung auf eine Transplantation setzen, so kommt es meistens, zur Wachstumsverlangsamung, wenn nicht gleich zum -stop.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß jeder Fortschritt in der Beherrschung der Abwehrreaktion begierig aufgegriffen wird. Mit der Substanz Cyclosporin A haben die Mediziner nun eine Substanz in der Hand, die spezifischer als alle bisher bekannten Medikamente die Abstoßungsreaktion unterdrückt. In den USA spricht man bereits von einem revolutionären Arzneimittel, und „Life" widmete dem Mittel eine Titelstory. Auf einer kürzlich in Basel von der Herstellerfirma Sandoz einberufenen Informationstagung spürte man die Begeisterung für das neue Präparat ebenfalls.

Cyclosporin ist ein Musterbeispiel für die mühevolle Suche nach neuen Therapieprinzipien. Es entspringt keiner Molekülvariation bekannter Substanzen. Im Gegenteil, man entdeckte es mit einem altmodisch anmutenden, aber doch irgendwie originellen Verfahren. Die Industrieforscher haben die Anweisung, in ihren Ferien wenigstens für einige Minuten an ihre Firma zu denken und eine Bodenprobe mitzubringen. Die darin enthaltenen Pilze werden dann im Screeninglabor zu Hause auf antiinfektiöse und wachstumshemmende Eigenschaften überprüft. In einem solchen Urlaubssouvenir aus Norwegen entdeckten die Schweizer Forscher den Pilz Trichoderma polysporum, an dem erst eine Anti-Pilz-Wirkung, dann aber immunsuppressive Eigenschaften auffielen. Verantwortlich dafür waren Stoffwechselprodukte, Oligopeptide, die wegen ihrer zyklischen Konfiguration Cyclosporin genannt und von A bis D katalogisiert wurden. 1972 erkannte man in A den Wirkstoff, den man genauer unter die Lupe nehmen wollte.

Schon bald fiel die spezifische Wirkung auf das Immunsystem auf. Eine Schlüsselstellung darin nehmen die Lymphozyten ein, eine Untergruppe der weißen Blutkörperchen. Sie kommen in verschiedenen Untergruppen vor, die sich vor allem durch besondere Aufgabenstellung im Ablauf immunologischer Reaktionen unterscheiden. Dringen fremde Eiweißstoffe in den Körper, sogenannte Antigene, erreicht diese Information immunkompetente Lymphozyten. Dies löst bei ihnen einen Aktivitäts-Schub aus, der zur raschen Zellteilung führt. Schließlich werden zwei Angriffslinien gegen den Eindringling aufgebaut: zum einen Plasmazellen, die Antikörper bilden, sowie Lymphozyten, die direkt angreifen, zum anderen Gedächtniszellen, die sich den speziellen Feind merken und beim nächsten Kontakt einen rascheren und wirkungsvolleren Angriff mobilisieren. Cyclosporin verhindert nun die Feindmeldung, unterdrückt die Signale vom Antigen zu den verschiedenen Fraktionen der Lymphozyten. Nicht minder wichtig ist, daß im übrigen keine Regelsysteme des Immunsystems gestört werden, so daß im Knochenmark weiter ausreichend Blut gebildet wird, die Infektionserreger wie sonst auch abgefangen und Wachstumsprozesse nicht unterdrückt werden.

An zahlreichen Tiermodellen konnte inzwischen die Tauglichkeit von Cyclosporin belegt werden. Ein besonders bemerkenswertes Modell haben sich Experten der Universität von Kalifornien ausgedacht. Sie entfernten einer weißen Ratte eine Pfote und pflanzten statt dessen eine schwarze Pfote ein. Unter dem Schutz von Cyclosporin heilte das gewebeunverträgliche Bein ein und erlangte sogar eine normale Funktion.

Die klinischen Erfahrungen mit Cyclosporin umfassen inzwischen weltweit etwa 1500 Transplantationen, darunter 900 Nieren- und 400 Knochenmarkverpflanzungen. In der Schweiz ist das Präparat inzwischen für den Einsatz bei Knochenmarktransplantationen offiziell zugelassen, in der Bundesrepublik erwartet man die Zulassung für diese Indikation wie auch für die Nierentransplantation im Herbst.

Die größte praktische Bedeutung wird Cyclosporin wohl für die Nierenverpflanzung erlangen. Dank dieses Stoffes funktionieren ein Jahr nach dem Eingriff noch achtzig Prozent der Nieren, ohne ihn wären es nur fünfzig. Damit wird die Frage immer drängende., ob nicht mehr Nierenkranke als bisher transplantiert werden sollten. Von der Erfolgsquote des Eingriffs her spricht alles dafür. 12 000 Patienten in der Bundesrepublik sind derzeit auf eine künstliche Niere, die Dialyse, angewiesen. Das kostet die Krankenkassen jährlich eine Milliarde DM. Die Transplantation könnte die Patienten nicht nur unabhängig machen von der Dialyse, sie wäre auch unvergleichlich kostengünstiger.

Derzeit werden in der Bundesrepublik knapp tausend Nieren jährlich transplantiert, etwa das Dreifache wäre nötig. Was nicht mehr transplantiert wird, liegt in erster Linie an der mangelhaften Spendebereitschaft der Bevölkerung. Trotz nachhaltigster Bemühungen hat die Idee der Organspende und damit der lebensrettenden Hilfe für einen Kranken noch nicht richtig Fuß gefaßt. Vielleicht auch setzen sich die Ärzte, die für die Entnahme der Organe sorgen müßten, nicht engagiert genug dafür ein. Sicher ist jedenfalls, daß künftig nicht nur mehr Nieren, sondern auch Herzen, Lungen und Lebern benötigt werden. Unter anderem dank der medikamentösen Unterdrückung der Abstoßreaktion sind die Erfolge heute so gut, daß man nicht mehr von Abenteuer-Chirurgie sprechen kann.

JOCHEN AUMILLER



Regisseur der Alltäglichkeit: „Winter, Regen und Tränen – Eine Tragödie in Nordfrankreich" von Raymond Mason, aus der Londoner Ausstellung FOTO: KATALOG

London zeigt Kunststoff-Plastiken von R. Mason

Lebensgroß, kunterbunt

Eine Traube im Mund, hat sie sich gerade in der Zeile eines Weinberges aufgerichtet. Mit der Rechten wischt sie sich den Schweiß von der Stirn, ein Auge ist gegen die Sonne zugekniffen: Die Illusion ist fast perfekt, nur noch praller, bunter als die Wirklichkeit. Diese Art Weinlese findet zur Zeit im Museum für Moderne Kunst in Oxford statt. Die schräg ansteigenden Wingertzeilen, die Trauben, die Pflücker sind alle aus Kunststoff gegossen und mit intensiven Acrylfarben bemalt. Die lebensgroße, dreidimensionale Szene ist das jüngste raumfüllende Werk eines 60jährigen Engländers in Paris, den sein Heimatland jetzt in einer ersten großen Ausstellung entdeckt hat.

Mit gallischer Lebhaftigkeit und immer noch englisch gefärbtem Französisch, mit britischer Freude an der Erzählung und an Themen, die er auf Frankreichs Straßen aufgreift, hat Raymond Mason eine besondere Synthese gefunden. Mit dem Malstudium begann er in England, doch wurde er bald auf die Plastik hingelenkt. Als 24jähriger kam er nach Paris – „auf einen Monat" – und blieb bis heute. Buchstäblich auf der Straße fand er seine Themen und goß sie anfangs in recht klassischen Bronzereliefs. Giacometti, sein einflußreichster Mentor, ermutigte ihn zu seinen tief eingekerbten, lebhaft rhythmisierten figürlichen Darstellungen von Menschengruppen in Pariser Straßen, vor der Kulisse der Oper oder den Cafés des linken Seine-Ufers.

Im Laufe der Jahre jedoch fand Raymond Mason diese Technik zu mühsam, zu flach und, im wörtlichen Sinne, zu eintönig. Schneller, plastischer, farbig wollte er seine Szenen gestalten. In einem geschmeidigen Kunststoff, der seine bis zum Grellen aggressiven Farben mühelos annimmt, fand er das ideale Medium für seine Botschaft des Alltäglichen, die er mit voller Lunge ins Publikum posaunt. Subtilität ist seine Sache nicht, bis zur Überspitzung verdeutlicht er seine Pointe.

Seine erste große Arbeit in bunter Plastik geriet gleich zu einem Denkmal. Kurz bevor die Hallen von Paris abgerissen wurden, skizzierte er nächtelang das Ritual des nächtlichen Marktlebens und verewigte es in einem monumentalen Tableau: Vor der Kirche von St. Eustache drängt er seine Markttypen zusammen samt hochbeladenen Obst- und Gemüsekarren, Kaskaden von Spargeln, zum Kippen hochgehäuften Kohlköpfen und Äpfeln, so dunkelrot wie die dickgeschminkten Lippen der Marktfrau im giftgrünen Mantel.

Mit gedämpften Farben hingegen ist eine Plastikgruppe bemalt, deren Idee ihm eine Zeitungsnotiz über ein Grubenunglück in Nordfrankreich lieferte. Die Atmosphäre eines regennassen Tages vor der Zeche, die Reaktion der Menschen auf die Tragödie ist hier greifbar modelliert.

Bei aller lustvollen Imitation der Wirklichkeit haben Masons Arbeiten wenig mit Superrealismus zu tun: Mit der Wirklichkeit will er sie nicht verwechselt sehen. Eher agiert er wie ein Theaterregisseur, der Alltäglichem auf der Bühne dramatische Dimension abgewinnt. Und in der Tat: Die Energie seiner lebensgroßen Plastiken verfehlt ihre Wirkung nicht: Der Betrachter wird eingesogen in die Aktion, in die Stimmung. Und die Frage, ob dies nun Kunst oder Kitsch, verstummt ob solcher Überredungskraft. (Bis zum 27. März)

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Mitterrand sprach vor Kulturkongreß

AP, Paris

In der Pariser Sorbonne fand auf Einladung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und seines Kulturministers Jack Lang ein Kulturkongreß statt. Unter den rund 300 Teilnehmern befanden sich Volker Schlöndorff, Melina Mercouri, Sophia Loren, Graham Greene und Norman Mailer sowie John Kenneth Galbraith. Zweck der Konferenz war es, die Rolle der Kultur in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise zu definieren. „Investitionen in die Kultur sind Investitionen in die Wirtschaft", erklärte Mitterrand, „den technologischen Fortschritt muß eine gesellschaftliche Revolution begleiten."

Einschränkungen beim Preußischen Kulturbesitz

PHG. Berlin

Durch das Festschreiben des bisherigen Etats und eine zusätzliche Ausgabensperre in Höhe von 2,7 Millionen Mark reduzieren sich bei den Staatlichen Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz vor allem die Mittel für Neuerwerbungen (von 9,3 auf rund 7,8 Millionen Mark). Damit wird eine Beteiligung der Stiftung an einem Finanzierungsmodell, um Watteaus „Cythera"-Bild ständig für Berlin zu erwerben, nur noch in bescheidenem Umfang möglich. Außerdem müssen 14 Stellen eingespart und die zwölf notwendigen Stellen für das neue Kunstgewerbemuseum und das Institut für Musikforschung durch Umgruppierungen besetzt werden.

Behnisch baut neue Deutsche Bibliothek

dg. Frankfurt

Günter Behnisch wird in Frankfurt die neue Deutsche Bibliothek bauen. Obwohl er beim Wettbewerb nur den vierten Preis erhielt, entschied sich jetzt der elfköpfige Verwaltungsrat des Instituts für seinen Entwurf. Er sieht vier selbständige Gebäudetrakte vor, die fächerartig angeordnet sind. Behnisch erklärte, mit seinem Entwurf habe er sich mit einer „aus den Funktionen und aus unseren (nämlich den deutschen) Traditionen entwickelten architektonischen Gestalt" bewußt den verschiedenen Architektur-Tendenzen entgegenstellen wollen, die in Frankfurt heute vertreten seien: der „repräsentativen Architektur der Konzerne, der technokratischen der Administrationen, der restaurativen am Römer, der postmodernen und der neuamerikanischen am Schaumainkai".

Afrikanischer Film zu „parishörig"

AFP, Ouagadougou

Der Vorsitzende des innerafrikanischen Filmverleihkonsortiums (CIDC), Inoussa Ousseini, kritisierte am Rande des achten Panafrikanischen Filmfestivals von Ouagadougou (Obervolta) die krankhafte Hörigkeit der francophonen afrikanischen Cineasten gegenüber der „Pariser Kritik". Sie gingen zu sehr mit Blick auf künftige Elogen in Europa ans Werk. Dagegen müsse die „Eroberung der eigenen Identität, des eigenen Publikums und des eigenen Raums" hauptsächliche Aufgabe des afrikanischen Films sein. Zugleich trat Ousseini für eine eigenständige kontinentale Filmpolitik in Afrika durch Entwicklung eines rein afrikanischen Verleihwesens ein.

Kinokarten werden in Polen billiger

AFP, Warschau

Kinokarten werden in Polen künftig um 33 bis 50 Prozent billiger sein. Die billigsten Plätze werden künftig 20 Zloty (ca. 50 Pfennig) kosten. Damit reagieren die Behörden – wie man in Polen spottet – „antizyklisch" auf die allgemeinen Preiserhöhungen, insbesondere auf die erheblichen Aufschläge bei den Lebensmittelpreisen.

Die 11. Biennale der Tapisseriekunst

P. D. Lausanne

Die 11. Internationale Biennale der Tapisseriekunst wird vom 11. Juni bis 4. September wiederum in Lausanne stattfinden. Die Jury hat dafür aus 426 Bewerbungen 27 Künstler ausgewählt. Den stärksten Anteil stellen die Amerikaner mit sieben und die Japaner mit sechs Einladungen. Aus Frankreich sind drei Künstler, aus den Niederlanden, Dänemark und der Schweiz je zwei und aus Belgien, Kanada, Italien und Spanien je einer eingeladen worden. Deutsche Textilkünstler sind diesmal nicht vertreten. Zugleich wurde beschlossen, die Biennalen jeweils unter ein Thema zu stellen. 1983 heißt es „Textilkunst schafft ihren eigenen Raum", 1985 wird es „Textilkunst als Skulptur" sein und 1987 „Textilkunst kehrt zur Wand zurück".

Tanzpreis für T. Gsovsky und Gret Palucca

Reg. Essen

Tatjana Gsovsky (Berlin) und Gret Palucca (Dresden) erhalten den „Deutschen Tanzpreis 1983". Der Preis wurde gemeinsam vom Deutschen Berufsverband für Tanzpädagogik und der Zeitschrift „Ballett-Journal/Das Tanzarchiv" gestiftet. Er wird erstmals am 6. März in Essen überreicht. Mit der Gsovsky und der Palucca sollen zwei Künstlerinnen geehrt werden, die in ihrer Gegensätzlichkeit einen bedeutenden Beitrag zur tänzerischen Entwicklung in Deutschland geleistet haben.

...schenbrödel-Ballett

...rischzellen ...ür Strauß ...n Mannheim

Wahrscheinlich müßte man doch noch einmal einen Wettverb wagen. Denn das Ergebnis es provokativen Preisausschreius, das die Freunde von Johann auß anno 1898 angezettelt hat: Es brachte mit seinen 700 Einsdungen wohl die erhoffte Publit, unter den vielen Amateureretti war indes nicht ein einzi-, das den Walzerkönig wirklich eisterte. Widerwillig machte er ı an die Ausarbeitung eines schenbrödel"-Balletts, das ein visser Kollmann à la mode vert hatte – und verstarb im draufgenden Jahr, ohne sein Werk lendet zu haben. Josef Bayer, seiner „Puppenfee" selbst unvöhnlich erfolgreich auf der Balbühne, stellte das Stück damals h Skizzen des verehrten Meirs zusammen.

Verständlich, daß das erste und zige Ballett von Johann Strauß bald das Aschenbrödel-Dasein te. Erst Peter Kemp erinnerte h vor ein paar Jahren wieder des schollenen Stücks. Richard Bonge, Spezialist für vergessene rtituren, spielte das Werk auf hallplatte ein und schuf so zundest die Voraussetzungen einer naissance, doch mit dem Modin-Milieu um die Jahrhundertnde kann heutzutage kaum jend etwas anfangen. Nostalgie ein hilft da nicht.

Ob die Frischzellen-Therapie von rry Kemper „Aschenbrödel" eder auf die Beine bringt, muß h erst noch erweisen. Für das tionaltheater Mannheim erarbitete der Nachwuchskritiker aus uttgart jedenfalls ein Konzept, s das Märchen aber auf eine rchaus intelligente Weise mit r Biographie des Komponisten nfrontiert. Der alternde Strauß lebt mit einer blutjungen Ballerieine Love-Story im sommerlien Pawlowsk, die schließlich am sellschaftlichen Ehrgeiz der au, vielleicht auch an der Eitelit des Künstlers scheitert.

Vielleicht brauchte es einigen ufwand, um die Ballatmosphäre maliger Zeiten wiederaufleben lassen. Doch auf der großen ihne des Nationaltheaters wirkt e Vauxhall an der Endstation der senbahnlinie Sankt Petersburg – rskoje Selo tatsächlich wie der ste Wartesaal in einem x-beliebin Bahnhof. Stimmung will nicht fkommen. Die unendliche Abge von Walzern, Polkas und ärschen kennt in der Choreograe Joachim Gersters weder Maß ch Ziel. Sie ermüdet und verhinrt so die Aufmerksamkeit, die an gerade diesem „Aschenbröl" während eines „Sommers in awlowsk" eigentlich gewünscht itte.

HARTMUT REGITZ

Berlin: Ferdinand Bruckners „Krankheit der Jugend" im Schloßparktheater

Ein Engel des Bösen in der Beletage

Geht das denn noch? Sonderbar: Auf seine verschrobene, überhitzte und immer wieder blindwütig skandalöse Weise geht es partiell wirklich noch! Die „Krankheit der Jugend" war, als sie neu war (1926), ein Skandalmacher. Theodor Tagger hatte es geschrieben, allerdings unter dem Pseudonym „Ferdinand Bruckner", mit dem er ein halbes Jahrzehnt ziemlich erfolgreich die gesamte deutsche literarische Welt foppte.

Das Stück ist grundscheußlich. Ein Panorama jugendlicher Morbidität und schrecklicher Verlassenheit wird ausgebreitet. Sind junge Leute, 1928, wirklich so gründlich von Gott und allen Menschenregeln verlassen? Zwei Morde passieren in der trübseligen Etagenpension, in der diese frühe Kommune haust. Geschlechteraustausch wird freiweg betrieben. Eine schüttere Lesbierin (hier gespenstisch attraktiv von Sabine Sinjen gespielt) nimmt Veronal.

Ein Engel des Bösen (Dieter Laser spielt ihn mit wunderbar negativer Intensität) geht durch das fürchterliche Stück. Er knickt die Mädchen alle. Er verführt aus reiner Lust an der Sünde eine schlichte Dienstmagd zur Prostitution. (Daraus macht dann wieder Heidi Baratta ein fast komödienhaftes Kabinettstück.)

Der männliche böse Engel mit den toten Augen proklamiert in die totale Bürgerlichkeit, also in den schlimmsten Zustand des Abgestorbenseins zurückkehren zu wollen. Vorher vollbringt er noch Mord auf Verlangen. Er tötet das Mädchen, das ihm anhängt und das er vorher in die arglistige Lesbik getrieben hat. Dies Mädchen wird nun wieder von Angelika Domröse geradezu fulminant gespielt und dargestellt, eine eher vitale, verderbte Medizinstudentin, die immer nur an Abgründe getrieben wird. Wie die Domröse das gestaltet, ist ebenso scheußlich wie überzeugend, wie am Ende trostlos mitleiderregend.

Ein Alt-Aussteiger hockt in der Etage des Unheils herum. Er mumpfelt Ideologie. Er zitiert Platon und Nietzsche. Er ist ausgebrannt. Er gibt immer noch trostlosen Tiefsinn von sich und ist eine Art Voyeur und geiler Auskundschafter auf dieser Szenerie trübseliger Verirrungen. Rainer Pigulla macht seinerseits aus dieser Gestalt eine schauspielerische Sehenswürdigkeit.

Friedrich-Karl Praetorius steht den anderen in diesem Panoptikum trister Verkommenheit nicht nach. Er ist ein „Dichter". Er ist feige und frech. Er beknabbert die Mädchen alle und schwimmt im Spüllicht der Gefühle. Wie er das zeigt, hat wiederum ebenso scheußliche wie auch komische Qualitäten.

Die Darsteller retten ein altes Stück. Und Michael Haneken, Regie, führt sie sorgsam mnd meisterlich durch die alten Höllen. Er läßt die Szene wohlweislich undatiert. Sieht man nur Höllen von vorvorgestern? Oder erlebt man vergleichbare von heute? Die Frage wird angedeutet, deutlich gestellt wird sie nicht. Hans Ofers blendend abstoßendes Bühnenbild tut ein übriges, daß ein altes Schauspiel, das man seit fünfzig Jahren für mausetot halten wollte, doch wieder ansehbar und trotz seiner vielen sprachlichen Überschwemmungen plötzlich wieder durchaus mitteilsam wird. Der Abend ist erstaunlich. Bruckner ist, wenn so gespielt, immer noch spielbar. Wer hätte das gedacht?

FRIEDRICH LUFT

Hannover: Karikaturen von Vazquez de Sola

Der Witz der Konturen

Manchem mag das spanisch vorkommen. Denn der Karikaturist Vazquez de Sola macht es dem Betrachter nicht immer leicht. Die „Bekannten", die er im Kabinett des Wilhelm-Busch-Museums vorstellt, wissen sich manchmal trefflich zu tarnen; es sind keine Zeichnungen, die auf den ersten Blick ein schmunzelndes Erkennen provozieren. De Sola geht hintergründiger zu Werke, das machen die Ausstellung in Hannover und das Buch, das sie begleitet, deutlich.

Der Zeichner, Mitte der Dreißiger Jahre in San Roque geboren, begann seine journalistische Karriere in Granada. Später ging er nach Paris und avancierte dort zum regelmäßigen Mitarbeiter von „Le Canard enchainé" und „Le Monde". Ihnen blieb er auch nach seiner Rückkehr nach Spanien treu.

Seine Personen-Karikaturen setzt er mit kräftigen Linien auf das weiße Blatt. Manchmal genügen ihm reine Konturen, ein andermal tönt er sie bunt oder füllt sie mit dumpfem Schwarz. Es sind keine Bilder nach dem Leben, sondern Negationen des „idealen Porträts". Betroffen sind davon tote Dichter wie Zeitgenossen, musikalische Größen und philosophische Köpfe.

Bei Malern (z. B. van Gogh, Miró) nimmt de Sola deren Stilelemente auf, bei Politikern parodiert er zugleich auch seine karikierenden Kollegen (z. B. Sine bei Giscard d'Estaing). Wen er mag, der gerät ihm freundlich. Die anderen werden böse konterfeit (z. B. Schmidt als Aufziehpuppe). Meist sind es anspielungsträchtige Blätter, einfallsreich und amüsant. (Bis 27. Febr., statt eines Kataloges: „Bekannte" von Vazquez de Sola. Verlag Herbst – Satz & Druck, Hannover, 109 Abb. 69 Mark)

P. J.



Vögel im Bauch: Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, gezeichnet von de Sola

München: Unbekannter Wagner, „Liebesverbot"

Ponelle macht einen Jux

Benjamin Britten, bei einem Quiz der BBC einst befragt, welche Oper, die er noch nie gehört habe, er ums Verrecken auch nie hören wolle, rief lauthals ohne längere Überlegung: „Rienzi!" Von Wagners „Liebesverbot" war ihm offenbar nicht einmal der Titel bekannt.

Das sagt natürlich gar nichts über den beispiellosen Erfolg, den „Das Liebesverbot" mitten in der Karnevalszeit jetzt in der Münchner Staatsoper als Beitrag des Hauses zu den Gedenkfeiern zur hundertsten Wiederkehr des Todestages von Richard Wagner einheimste. Geplant sind in dieser Saison auch noch eine konzertante Aufführung der „Feen", Wagners Opern-Erstling, und des „Rienzi". Hoffentlich wendet Staatsoperndirektor Sawallisch sein außerordentliches Können und das künstlerische Potential seines Hauses danach wieder musikalisch Wichtigerem zu, selbst wenn keine Schallplattenaufzeichnung dabei herausspringt.

„Das Liebesverbot" ist ein Potpourri der leerlaufenden Formeln, montiert mit jugendlichem Geschick, Frechheit und guter Laune. Ein Begabungsnachweis erster Klasse zugleich. Wagner schrieb es basierend auf Shakespeares „Maß für Maß", 1835, gerade erst 22 Jahre alt. Aus dem Mann, der „Das Liebesverbot" schuf, hätte so etwas wie ein Gerard Hoffnung werden können. Es wurde aber Richard Wagner daraus. Das zu erklären, fällt schwer. Ponelle jedenfalls nimmt Wagners Werk auf fröhliche Art ernst, schmunzelt mitunter leicht drüber hin, aber dem Gelächter gibt er es mit Vorsatz nicht preis. Er denunziert es niemals. Er ist offenkundig in die Jugendlichkeit des Stückes verliebt. Das macht jedermann gute Laune.

Ponelle läßt das Karnevalsstück mit dem ersten Takt der Ouvertüre überschäumend heruntertollen: Alle Masken aus Pet Halmens feiner Werkstatt. Sie überschwemmen farbknatternd die Grisaillen des Bühnenbilds: Klostergärten, Hallen, Straßen, Treppen und Plätze. Der Spaß wippt selbst noch von den Balkonen. Ponelles Inszenierung ist eine einzige Pracht, und Sawallischs Dirigieren nicht minder. Es strotzt vor Temperament. Es setzt genau die Akzente. Die Holzbläser dürfen in Brighellas Gerichtsszene die lustigsten Kratzfüße machen. Aber auch Marianas schöne Romanze bekommt das rechte Gefühl mit auf ihren sanften musikalischen Weg.

Hermann Prey gibt den deutschen Tugendwächter im Südland mit betörender Stimme. Seine große Szene nebst Arie und Stretta singt er schnurstracks gleich in den Riesenjubel hinein. Sabine Hass ist die Primadonnen-Novizin, die dem Kloster enteilt, um auch anderes als fromme Gesänge zu singen, und sie hat dazu auch reichlich und köstlich Gelegenheit. Pamela Coburn ist ihr vorzüglich beim Knüpfen und Lösen von Intrigen wie im bellinihaften Duettieren behilflich.

Gleich zwei erste Tenöre setzt der junge Wagner ohne zu knausern ein, und beide hat das glückliche München auch zur Verfügung: Robert Schunk und Wolfgang Fassler wetteifern in jener schlanken heldischen Frische, aus der später dann der „Tannhäuser" brach. Alfred Kuhn ist der baßmächtig fröhliche Schmerbauch im Buffa-Dienst.

Merke: Es ist natürlich nicht verboten, „Das Liebesverbot" zu lieben. Aber mildernde Umstände hätte Friedrich, der Statthalter, bei einem Verbot der Karnevalsoper Wagners vielleicht doch verdient.

KLAUS GEITEL





Große Politik beherrschte die Rosenmontagszüge im ganzen Land. Dabei erlaubten die Narren mal einen Blick in die Zukunft wie in Köln (Bild rechts), mal machten sie sich ihren Reim auf die Vergangenheit wie in Mainz (Bild links). FOTOS: DPA/AP

Bei strahlender Sonne brachten Narren die Politik ins Rollen

dpa, Köln/Düsseldorf/Mainz

„Helau" und „Alaaf": Närrische Sprechchöre signalisierten Hochkonjunktur für „Spaß an der Freud". Schätzungsweise fünf bis sechs Millionen Menschen, ebenso viele wie im Vorjahr, feierten mit den Rosenmontagszügen den Siedepunkt der drei tollen Tage am Rhein. Weitere Millionen waren am Fernseher dabei. Strahlender Sonnenschein bei klirrender Kälte garantierte, daß selbst die Eisblumen kornblumenblau schimmerten.

Annähernd eine Million Menschen umjubelten in Köln einen wahrhaft märchenhaften Zug, der unter dem Motto „Es war einmal" Romantik und Nostalgie spiegelte. Auch wenn tonnenweise „Kamelle" (Bonbons) auf das Volk niederregneten, war es unvermeidlich, des Bundesbürgers „Tischleindeckdich" in diesem Jahr karger zu präsentieren. Der bundesdeutsche Pleitegeier hatte, wie es schien, alles bis auf die Knochen abgenagt.

Auf einem anderen der 37 Prachtwagen streichelte Bundeskanzler Helmut Kohl „Heile, heile Genscher" seinen Koalitionspartner, während der andere Helmut, Ex-Regierungschef Schmidt, aus der Ziehharmonika ein „Du kannst nicht treu sein" herauspreßte. Im „Spieglein, Spieglein an der Wand" sah Kohl ein eigenes Konterfei offenbar von der Birne zum Straußenei verfremdet.

Den etwa 700 000 Zuschauern in Düsseldorf fiel kaum auf, daß hier die Pappmachee-Puppen etwas niedriger hingen als früher. Beim Aufbau des Zugs mußte man sich buchstäblich nach der Decke der diesmal benutzten Halle strecken. „Lot d'r Mot nit senke" hieß das Motto, obwohl sich die SPD-Prominenz wohl recht unbehaglich in der „Kohl-Suppe" fühlte, die Franz-Josef Strauß auf einem Großwagen mit kannibalischer Freude aufbrühte.

Einleuchtend war, daß in Zeiten der zunächst vermuteten „Neuwahl-Verkohlung" der Reitersmann Hans-Dietrich Genscher auf hohem Roß thronte, das sich als hölzernes Schaukelpferd entpuppte. Mehrdeutig wirkte eine Darstellung, bei der Kohl den Genscher im Angesicht des grünen Ungetüms umfaßte.

Den internationalen Anstrich unterstützten Gäste aus Belgien, Holland, Norwegen und der Schweiz, aber auch „einheimische" Geishas, Nippon-Töchter aus der größten japanischen Kolonie Europas in dieser Stadt.

Das „Mainzer Rad auf Narrenfahrt" brachte etwas mehr als 500 000 Narren ins Rollen. Auf einem der Wagen ließ sich Genscher von einer Krankenschwester beide Hände verbinden: „Links verbrandt, recht ver-kohlt" lautete die Diagnose. Der doppelte Helmut (Schmidt und Kohl) stiftete einen „Wanderpreis", denals Pleitegeier zerrupften Bundesadler.

Die Duisburger standen, schon wegen der Originalität, diesmal den Mainzern in der Anziehungskraft kaum nach. Fast eine halbe Million Zuschauer standen hier im Bann der Wikinger, die auf dem „Historischen Festzug" zur 1100-Jahr-Feier wie anno 883 die Stadt erstürmten.

Im Bonner Zug mit dichtem Spalier aus 400 000 Schaulustigen symbolisierte man an einer Angel den Fünf-Prozent-Köder, der für die Liberalen und Grünen fast ein wenig zu hoch hing. Auf dem Bundesschiff demonstrierte Genscher das Kunststück, nach allen Seiten offen zu sein, zumal ihm Schmidt und Kohl den Rücken zukehrten. SPD-Chef Willy Brandt präsentierte sich als Sterngucker, der in seinem Fernrohr allerdings nichts als ein Kohlfeld einfing.

Die Westfalenmetropole trumpfte auf ihre Art auf: „Ganz Münster ist ein Freudenthal" hieß es, weil eine Narrenzunft dieses Namens ihr 150jähriges Bestehen beging. Die meiste Farbe in den Zug brachten „Pappköppe und Dönekes" aus dem niederländischen Losser.

Stark war das niederländische Element auch im Flickenlappen-Zug am Aachener Dreiländereck, wo sich die katholischen Bewohner der benachbarten Provinz Südlimburg seit je lieber rheinisch-übermütig als kalvinistisch-spröde gaben. Hier entfalteten nicht bezahlte Künstler und Handwerker, sondern Amateure phantasievoll Eigeninitiative aus Omas Mottenkiste.

Giftanschlag: Von Scherz kann keine Rede sein

AP, Würzburg

Der Würzburger Giftanschlag vom 31. Januar, bei dem insgesamt zwölf Studenten vergiftet wurden, und der inzwischen ein Todesopfer gefordert hat, war kein Faschingsscherz. Ein Sprecher des Polizeipräsidiums in Würzburg dementierte gestern Meldungen, nach denen die Polizeisonderkommission zur Aufklärung des Verbrechens irgendwelche Anhaltspunkte oder auch nur Vermutungen in diese Richtung habe. Zu Gerüchten, es habe sich um einen Faschingsscherz gehandelt, bei dem ein Unbekannter seinen Kommilitonen eine Glatze verpassen wollte, war es gekommen, nachdem im Januar in der „Münchner Medizinischen Wochenschrift" ein Artikel über Thallium erschienen war. In diesem Artikel war Thallium unter anderem als ein Enthaarungsmittel beschrieben worden.

Der Polizeisprecher erklärte, das Motiv der mysteriösen Giftanschläge an drei Stellen im Universitätsbereich mit Orangensaft und anderen Getränken, die mit Thallium in hoher Konzentration versetzt worden waren, sei immer noch völlig ungeklärt.

Gegenwärtig befinden sich noch sechs Studenten mit Thallium-Vergiftungen in der Klinik. Der Zustand eines 21jährigen Jurastudenten ist weiterhin ernst.

Neuer Schneesturm

AP, New York

Ein heraufziehender weiterer Schneesturm machte gestern die Aussichten auf eine Normalisierung der Verkehrslage im Osten der Vereinigten Staaten vorerst zunichte. Der Sturm zog über Georgia nach South Carolina. Gleichzeitig stiegen die Temperaturen jedoch an, so daß die Behörden mit einem Übergang des Schneefalls in Eisregen rechneten. Der Flugverkehr in New York war weiterhin durch zugeschneite Rollbahnen stark behindert. Erst am Wochenende waren mindestens 69 Menschen bei einem schweren Schneesturm ums Leben gekommen.

Dritter Selbstmordversuch

dpa, Washington

Der Reagan-Attentäter John W. Hinckley (28) hat am Wochenende zum dritten Mal erfolglos versucht, Selbstmord zu begehen. Nach Angaben der Polizei hatte Hinckley in der psychiatrischen Klinik, in die er nach dem Prozeß eingeliefert wurde, Gift genommen. Ihm wurde der Magen ausgepumpt.

Ford zahlt 20 Millionen

SAD, New York

Die Ford Motor Company zahl[t] rund 20 Millionen Dollar (48 Millionen Mark) Schadenersatz in 12[.] außergerichtlichen Vergleichen fü[r] Todesfälle, Verletzungen und materielle Schäden, die nach Auffassun[g] von Klägern durch einen Konstruktionsfehler im Getriebe von mehreren US-Fordtypen der Jahrgäng[e] von 1966 bis 1979 entstanden. Ei[n] Konstruktionsfehler des Automatikgetriebes soll zu mindestens 150 schweren Verletzungen und fast 10[.] Todesfällen geführt haben.

ZU GUTER LETZT

In der Nähe von London hält ei[n] Landgasthaus mit dem Name[n] „Himmelreich" die Gäste zum Gebet an. Der Wirt hat die Speisenfo[l]ge durch zehn Gebetsvorschläg[e] ergänzt. Spezieller Service nac[h] Art des Hauses: Auf Wunsch bete[t] der Kellner mit . . . (aus dem Informationsdienst der Katholischen Nachrichten-Agentur).

Verschlossene Türen führten zur Katastrophe

64 Tote bei Kinobrand in Turin – Ursache unklar

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Bei einem der folgenschwersten Kinobrände der letzten Jahre kamen am Sonntagabend in Turin 64 Menschen – vorwiegend Jugendliche – ums Leben.

Am selben Tag ereignete sich in Italien ein weiteres tragisches Unglück: *In Champoluc im Aostatal* stürzten drei Kabinen eines Skilifts in den Abgrund. Zehn Menschen fanden dabei den Tod, einer wurde lebensgefährlich verletzt.

Staatspräsident Sandro Pertini klagte gestern bei der Ankunft in Turin: „Immer wieder wird das italienische Volk von schweren Tragödien heimgesucht."

Die Ursache der verheerenden Brandkatastrophe im Turiner Kino „Statuto", wo das französische Filmlustspiel „Die Ziege" gezeigt wurde (Zeitungsreklame am Sonntag: „Seit 13 Wochen wird gelacht"), ist vorläufig noch ungeklärt. Die Ermittlungsbehörden ziehen sowohl einen Kurzschluß als auch fahrlässige Brandstiftung (Zigarettenstummel, Feuerwerkskörper) in Betracht und schließen selbst die Möglichkeit eines Attentats nicht aus.

Der Pächter des in der Innenstadt gelegenen Filmtheaters, Raimondo Capello, wurde unter der Anklage der fahrlässigen Tötung verhaftet. Offenbar macht ihm die Staatsanwaltschaft zum Vorwurf, daß die Notausgänge auf der Galerie, wo die meisten Menschen ums Leben kamen, verschlossen waren.

Über den Hergang der Katastrophe berichtete die Kinokassiererin: „Es war gegen 18.50 Uhr, und die dritte Nachmittagsvorstellung hatte schon begonnen. Plötzlich hörte ich drei heftige Schläge, drei Explosionen. Ich dachte an Feuerwerkskörper, an einen Karnevalsscherz. Wenige Sekunden später füllte sich der Treppenaufgang mit Rauch, und ich sah, wie die Vorhänge in Flammen aufgingen."

Pächter Capello bestätigte: „Es ist wahr, im Korridor gab es plötzlich eine riesige Stichflamme, fast eine Explosion. Dann waren die Treppen in Rauch gehüllt."

Der anscheinend mit Gas durchsetzte Rauch, der entstand, als die Plastiksessel in Flammen aufgingen, war es, der den meisten der umgekommenen Besucher zum Verhängnis wurde. Die überwiegende Mehrzahl der Toten ist nicht verbrannt, sondern erstickt. Der Kinosaal wurde für sie zur Gaskammer.

Auf der Galerie hatten 18 Menschen, als sie die Notausgänge verschlossen fanden, noch in der Toilette und in einem Abstellraum Zuflucht gesucht. Aber auch sie erstickten.

Ein 19jähriges Mädchen, das im Parterre direkt neben dem Ausgang gesessen hatte und noch *rechtzeitig auf die Straße flüchten* konnte, berichtete einem Rundfunkreporter: „Ich saß in der letzten Reihe. Plötzlich hörte ich ein Geräusch, als ob eine Gasheizung angehe. Sofort schlugen die Flammen hoch. Ich stürzte nach draußen. Dort hörte ich noch, wie von innen die Leute an die versperrten Türen der Notausgänge pochten und riefen: ‚Macht doch auf! Macht doch auf!' Dann fiel ich in Ohnmacht."

Die bisher größte Katastrophe in einem Kino hatte sich am 19. August 1978 in Abadan (Iran) ereignet. Durch ein Attentat waren damals mehr als 400 Menschen ums Leben gekommen.

Bei anderen Brandkatastrophen gab es 1982 in Taipeh/Taiwan zwölf Tote, 1980 in Bagdad 59 Erstickungstote, 1978 in Manila zwölf Tote, 1963 in Diourbel/Senegal 64 Tote, 1960 in Amounda/Syrien 152 Tote, 1948 in Rueil/Frankreich 89 Tote und 1946 in Atlanta/USA 121 Tote.

FBI-Agenten verbreiten Panik in Mafia-Familien

Erfolge im Kampf gegen organisiertes Verbrechen

H. STÜCK, Washington

Blutige Rache übten Gangster im US-Bundesstaat Georgia an einem FBI-Agenten, der lange unerkannt im „Milieu" gelebt hatte und dabei zum Schein Mitglied einer auf teure Autos spezialisierten Diebstahlbande geworden war. „Ein *Pistolenlauf wurde ihm tief in* die Nase gesteckt", so jetzt FBI-Direktor William Webster, „und mit dem Lauf wurde ihm dann brutal die Nase abgerissen."

„Darauf", so Webster weiter, „warfen die Verbrecher den Beamten in einen offenen Transporter, um ihn zu einem Hinrichtungsort zu bringen. Während der halsbrecherischen Fahrt gelang es dem Mann jedoch, abzuspringen und sich trotz seiner schweren Verletzung in Sicherheit zu bringen."

Der FBI-Chef zitierte den Fall vor einem Senatsausschuß, um die aufopferungsvolle Arbeit seiner Beamten beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu illustrieren. Als greifbare Erfolge dieses seit zwei Jahren besonders intensiv geführten Kampfes nannte Webster die Verurteilung von 350 Mitgliedern des landesweit aktiven „Crime Syndikats", auch Cosa Nostra oder Mafia genannt, und „panikartige" Reaktionen der Unterwelt, die auf erhebliche Verunsicherung schließen ließen.

„Crime Syndikat" besteht aus 25 „Familien"

Weitere 300 Mafia-Mitglieder, so Webster weiter, warteten derzeit in Gefängnissen auf ihren Prozeß. Trotz der Fahndungserfolge bestehe der harte Kern des organisierten Verbrechens jedoch noch immer aus 2000 „Vollmitgliedern", um die sich etwa 20 000 Zuträger und Komplizen scharten.

Organisatorisch ist das „Crime Syndikat" laut Webster in 25 „Familien" unterteilt, die von einem regelrechten Präsidium, Kommission genannt, zentral geleitet und koordiniert werden. „Die derzeitige Kommission", so Webster, „ist äußerst sicherheitsorientiert und vorsichtig, sie verläßt sich nur noch auf Leute, die ihr seit langem bekannt sind."

Auf Fragen mußte Webster jedoch einräumen, daß sich die Kommission neuesten Erkenntnissen zufolge noch nicht wieder zu einem generellen „Einstellungs-Stopp" für Nachwuchsgangster entschlossen hat, wie sie ihn zwischen 1957 und 1972 aus Angst vor Polizei-Infiltration praktiziert hatte.

Die „Fußtruppen" genießen nur geringen Schutz

*Zum Einführungsritual für Voll*mitglieder des „Crime Syndikats" gehört laut Webster auch nicht mehr der Nachweis eines Mordes. Seit einiger Zeit werde von den Bewerbern nur noch verlangt, daß sie vor Erteilung der letzten Weihen einen Mord als Komplize und Augenzeuge miterleben. Bei der Verteilung der Beute bekämen die 2000 Vollmitglieder den Löwenanteil. Die Helfer und assoziierten Mitglieder genössen weniger Schutz durch die Familien und müßten sich mit einem geringen Beuteanteil zufriedengeben.

„Das Gefühl der Sicherheit, des Respekts und des Schutzes, das einst den Fußsoldaten des organisierten Verbrechens zuteil wurde", sagte Webster, „ist gegenseitigem Mißtrauen und Furcht gewichen, da wir inzwischen längst nicht mehr nur am Fuß der Verbrechenspyramide herumstochern, sondern schon bis zu den Kapos (Unterführern) und Spitzenleuten vorgedrungen sind." (SAD)

11 000 Gläubiger haben ein Dach über dem Kopf

AEG-Vergleich in Frankfurt wird Mammut-Spektakel

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

60 000 Gläubiger, der wirtschaftliche „Bodensatz" des spektakulären Beinahe-Konkurses der AEG in 1982, hängen als drohende Lawine über Frankfurt. Niemand weiß, wie viele von ihnen an den Main kommen werden, wenn am 9. März um 9.30 Uhr Richterin M. Peppler in Frankfurts größtem Veranstaltungsraum, der 11 000 Menschen fassenden Festhalle auf dem Messegelände, den Vergleichstermin zur endgültigen Abwendung des AEG-Konkurses eröffnen wird.

Für Manfred Wick, Vizepräsident des Frankfurter Amtsgerichts und in dieser Eigenschaft zuständig für die organisatorische Vorbereitung des Mammut-Spektakels, läuft die Verfahrens-Logistik sozusagen als blindes Rennen. Die zum Gerichtssaal umfunktionierte Festhalle wird „auf Verdacht" für 5800 anreisende AEG-Gläubiger bestuhlt. Dazu kommen bei Bedarf 2000 Stehplätze. Wick: „Anhaltspunkte, ob es mehr oder weniger Teilnehmer werden, haben wir nicht!" Werden es weniger, wirft das keine Probleme auf; dann bleibt ein Teil der Stühle leer. Kommen mehr, dann müssen die letzten Platzreserven ausgenutzt werden. Dr. Schützen von der Messe- und Ausstellungsgesellschaft als Hausherr: „Maximal 3000 Leute können wir noch auf weiteren Stehplätzen unterbringen, danach ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Mehr als 11 000 Menschen läßt die Polizei nicht in die Halle!" Was geschehen soll, wenn am 9. März in Sachen AEG-Vergleich die 11 000 überschritten wird, weiß *niemand. Laut Gesetz muß aber* jeder Gläubiger die Möglichkeit haben, sich zur Sache zu äußern.

Beim Vergleichs-Petenten selbst, der AEG, hält man die Platzreserve der Festhalle für ausreichend. AEG-Sprecherin Demuth: „Stellt man in Rechnung, daß die Gläubiger bei einer Reise nach Frankfurt alle Spesen selbst tragen müssen, und berücksichtigt man weiter, daß beim Vergleichstermin die Fronten völlig klar sind, daß da nichts mehr ausgekocht und ausgehandelt wird, dann kann man davon ausgehen, daß viele Gläubiger Zustimmung oder Ablehnung zum Vergleichsvorschlag schriftlich äußern werden."

Beim Frankfurter Amtsgericht läßt sich in diesen Tagen bereits erkennen, daß viele der 60 000 AEG-Gläubiger die Reisespesen sparen und schriftlich votieren. Vizepräsident Wick: „Die Briefe kommen waschkorbweise!" Die mit der Abwicklung des Vergleichs beauftragte Richterin Peppler bewältigt im Endspurt vor dem 9. März den bisher gewaltigsten „Brocken" ihrer Laufbahn. Sie residiert, der Einfachheit halber, in einem Büro des AEG-Konzerns. Um sie vor Störungen zu schützen, erhielt sie vom Gericht eine Geheimnummer, die nicht einmal der Telefonzentrale des Amtsgerichts bekannt ist. 40 bis 50 Justizwachtmeister sollen während der Vergleichsverhandlung im riesigen Rund der Festhalle für Ruhe und Ordnung sorgen. Das Gericht rechnet allerdings damit, daß sich die Zahl der anwesenden Gläubiger nach den beiden ersten Verhandlungstagen erheblich verkleinert. Die Verhandlung soll dann in der benachbarten kleineren Kongreßhalle (2200 Sitzplätze) fortgesetzt werden.

In den Mittagspausen werden die hungergeplagten Gläubiger auf dem Messegelände vergebens nach einer Labung suchen – niemand fühlt sich für die Ernährungsfrage zuständig. Das Gericht sieht sich nicht als zuständig an. Vizepräsident Wick: „Für uns ist das eine normale Vergleichsverhandlung. Wenn bei uns im Amtsgericht verhandelt wird, kümmern wir uns ja auch nicht darum, wo die Prozeßteilnehmer zu Mittag essen!" Ähnlich hält man es bei AEG. „Diese Leute sind Vergleichspartner vor Gericht, aber nicht unsere Gäste!"

WETTER: Im Norden sonnig

Wetterlage: Zwischen einem von Großbritannien bis Finnland sich erstreckenden Hoch und einem Tief über dem westlichen Mittelmeer hält die Zufuhr von Kaltluft an.

Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland: Bei meist nur geringer Bewölkung tagsüber sonnig und Erwärmung auf minus 3 bis null Grad, nachts Abkühlung auf minus 6 bis minus 10 Grad, in ungünstigen Lagen bis minus 14 Grad. Schwacher bis mäßiger Ostwind.

Süddeutschland: Aus hochnebelartiger Bewölkung zeitweise leichter Schneefall, Nachmittagstemperaturen zwischen minus 2 und minus 5 Grad. Nachts Frost um minus 10 Grad. Meist mäßiger, in Kammlagen frischer Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Fortbestand der winterlichen Witterung.

Deutscher Wetterdienst 14. Februar 1983, nachm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	–3°	Kairo	22°
Bonn	–4°	Kopenh.	0°
Dresden	–7°	Las Palmas	16°
Essen	–4°	London	0°
Frankfurt	–2°	Madrid	–4°
Hamburg	–6°	Mailand	1°
List/Sylt	–2°	Mallorca	3°
München	–4°	Moskau	–11°
Stuttgart	–4°	Nizza	4°
Algier	9°	Oslo	0°
Amsterdam	–2°	Paris	–2°
Athen	12°	Prag	–3°
Barcelona	2°	Rom	7°
Brüssel	–4°	Stockholm	–5°
Budapest	0°	Tel Aviv	17°
Bukarest	6°	Tunis	12°
Helsinki	–10°	Wien	–5°
Istanbul	11°	Zürich	–3°

Sonnenaufgang am **Mittwoch:** 7.35 Uhr, Untergang: 17.38 Uhr. **Mondaufgang:** 9.18 Uhr, Untergang: 21.22 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Premierenkrieg zwischen Kino und TV

Erstmals läuft in den USA ein Film gleichzeitig auf der Leinwand und im Fernsehen an

WOLFGANG WILL, New York

Wenn Ende dieser Woche der Musical-Film „The Pirates of Penzance" uraufgeführt wird, ist das mit einem einmaligen wirtschaftlichen und künstlerischen Spektakel verbunden. Denn erstmals in der Geschichte Hollywoods hat ein Film – dieser mit Linda Ronstadt und Kevin Kline in den Hauptrollen – nicht nur Premiere in Kinos, sondern gleichzeitig auch im Kabelfernsehen. Damit kollidieren unterschiedliche ökonomische Interessen: Amerikas Kinobesitzer sehen ihre Theaterpfründe gefährdet, Hollywood erhofft sich aber zusätzliche Premierengäste und damit erhöhte Einnahmen.

Universal, Hersteller des Films, der 12 Millionen Dollar gekostet hat, geht mit dieser Methodik ein Pokerspiel ein und setzt auf die einzig sicher erkennbare Karte: das ist die Bequemlichkeit, die offeriert wird – bei einer Premiere dabeisein zu können, ohne das Haus verlassen zu müssen, einer Uraufführung quasi am „heimischen Herd" oder „elektronischen Kamin", wie es ein Hollywood-Produzent formulierte, beiwohnen zu können. Aber offen ist diese Frage: Wie groß wird die Zahl der Bequemen und gleichzeitig Premierenbesessenen sein?

Davon hängt vieles für die ohnehin in Bedrängnis geratenen Kinos wie auch für Universal, die Kabelfernseh-Industrie und die Zukunft der Zelluloid- und Elektronik-Medien ab. Nur 17 Kabel-Systeme übertragen die Premiere, und wer den Film sehen will, muß zusätzlich zur üblichen Kabel-Gebühr eine „Premieren-Gebühr" in Höhe von etwa zehn Dollar zahlen. 1,5 bis zwei Millionen US-Haushaltungen haben die technische Möglichkeit, die Premiere zu empfangen. Universal hat eine Million Dollar in die Werbung für die Kabel-Premiere investiert und erwartet von den zehn Dollar Zuschauer- oder Einschaltgebühr 60 Prozent. Universal hat die Kabelsysteme zusätzlich um die Garantie gebeten, daß 30 Prozent ihrer verkabelten Haushalte auch für die zehn Dollar Sondergebühr die „Piraten von Penzance" abonnieren.

Die 62 Theater-Besitzer in 30 amerikanischen Städten, in deren Kinos der Film am Freitag Premiere haben wird, blicken voller Sorge in die Zukunft, denn sie sehen Premieren-Gäste wegbleiben. Hollywood setzt große Hoffnungen in das neue Angebot, selbst wenn es im Falle dieses Filmes noch nicht so recht klappen sollte. Die kühne Rechnung: Wenn 1985 etwa fünf Millionen US-Haushaltungen technisch so ausgestattet sind, daß sie über ihr Kabelsystem gegen Sonderbezahlung ein besonders angebotenes Ereignis, eben eine Filmpremiere, empfangen können, kann das für einen einzigen Abend eine Zusatzeinnahme bis zu 50 Millionen Dollar ausmachen.

In den letzten Monaten gab es allerdings zwei herbe Enttäuschungen auf diesem Gebiet: Im November wurde Kabelfernsehbeziehern an einem Abend im Sonderabonnement das Musical „Sophisticated Ladies", einen Monat später das nordamerikanische Abschiedskonzert der Rock-Gruppe „The Who's" angeboten – und in jedem Falle machten nur 12 Prozent der Kabel-Besitzer davon Gebrauch. Aber Universal kann auch noch eine andere Fehlrechnung gemacht haben. „Unsere Politik ist unverändert", sagt dazu der Präsident einer Kette von Kinos in Kalifornien, „wir werden keinen Film ins Programm aufnehmen, der schon über Kabel-TV gelaufen ist." Mehr-Fronten-Krieg also im Flimmer-Bereich – das Experiment mit der „Piraten"-Premiere kann weitreichende Folgen haben. (SAD)

Scotland Yard glaubt an weitere „Mordhäuser"

Fieberhafte Suche nach Freundin des Verdächtigen

SAD, London

Hat der Massenmörder von London noch mehr als 17 Männer umgebracht? Scotland Yard befürchtete gestern, daß es außer den beiden bereits bekannten Tatorten noch weitere Mordhäuser gibt. Während Kripo-Beamte in Dreier-Teams die Knochensuche im Garten des Hauses Melrose Avenue 195 fortsetzten, begannen Kollegen mit der Fahndung nach einer Freundin des Ex-Polizisten Dennis Nilsen (37), der des Mordes an einem der Opfer angeklagt ist.

Die Frau, die ihren Namen mit Jackie Grant angab, war am Wochenende ahnungslos auf dem Londoner Flughafen gelandet. Vom Flugplatz aus rief sie den Münzfernsprecher des Hauses Cranley Gardens 23 an, in dem Nilsen am Mittwoch verhaftet worden war. Sie fragte nach „Dennis". „Er ist nicht hier. Wissen Sie nicht, was passiert ist?" sagte der Mann, der das Gespräch annahm – ein Polzist. Die Anruferin erklärte, sie habe einen Koffer mit „Sachen von Dennis". Der Beamte forderte sie auf, den Koffer auf die Wache zu bringen, aber sie kam nicht.

In Cranley Gardens 23 hat die Polizei die Überreste von drei Männern gefunden. Ein Opfer war ei[n] 20jähriger Stadtstreicher au[s] Schottland. Die beiden andere[n] sind nur vorläufig identifiziert wo[r]den. Im Garten von Melrose Avenue 195 vermutet die Kripo Leichenteile von mindestens 13 anderen jungen Männern. Aber Fahndungsleiter Norman Briers räum[t] ein: „Es ist gut möglich, daß wir al[s] Ergebnis unserer Ermittlunge[n] weitere Adressen aufsuchen müssen."

Die Suche im Garten wird vo[r]aussichtlich bis zum Wochenend[e] andauern. Danach wird der Fußbo[den] im Haus aufgerissen. Aber di[e] Kripo rechnet nicht damit, etwa[s] unter den Fußböden zu finden. Da[s] Haus wurde in den letzten ac[ht] Monaten von Grund auf renovie[rt] und erhielt dabei auch neues Pa[r]kett. Es ist zu zwei Eigentumswohnungen umgebaut worden, von de[]nen die obere noch unverkauft is[t].

In die Erdgeschoßwohnung wi[ll] die blonde Londonerin Oiana Ke[a]ting (27) mit einer Freundin einziehen. Sie erstand die Wohnung vo[r] 14 Tagen für 124 000 Mark. „M[ir] kam sie damals wie eine Traumwohnung vor", sagte sie gestern

